

*Die Rechtslage
der reformierten Gemeinden
in Berlin-Brandenburg*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Gerichtsreferendar
Hans-Jürgen Zastrow
aus Berlin*

1966

*Die Rechtslage
der reformierten Gemeinden
in Berlin-Brandenburg*

*Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts-und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau*

*vorgelegt von
Gerichtsreferendar
Hans-Jürgen Zastrow
aus Berlin*

1966

Dekan: Prof. Dr. Horst E h m k e
Referent: Prof. D. Dr. Erik W o l f
Korreferent: Prof. Dr. Günther W e n d t

Tag der mündlichen Prüfung: 18./19.Juli 1966



Diese Arbeit wurde gedruckt mit einer Spende des
Badischen Oberkirchenrates.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Kapitel

Geschichte und gegenwärtiger Bestand der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

I.	Der Ursprung der Berliner evangelischen Gemeinden	1
1.	Die Einführung der Reformation	1
2.	Die Entstehung der deutsch-reformierten Gemeinden	2
3.	Die Entstehung der französisch-reformierten Gemeinden	3
II.	Die Entwicklung der altpreußischen Union	5
III.	Die evangelischen Gemeinden in der Union und ihr heutiger Bestand	10
IV.	Die Rechtsquellen	12
Anhang:	Übersichtskarte der reformierten Gemeinden	17

2. Kapitel

Die Auswirkung von Grundsätzen reformierter Kirchenverfassung in der Ordnung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

I.	Gemeinde und Amt	20
1.	Gemeindeprinzip	20
2.	Verhältnis von Amt und Gemeinde	21
3.	Ämter der Gemeinde	23
a)	Pfarrer	24
b)	Älteste	24
c)	Diakone	24
4.	Gemeindekirchenrat (Presbyterium)	25

	Seite
II. Gemeinde und Kirche	26
1. Das Verhältnis von Gemeinde und Kirche .	26
2. Leitungsorgane vom "Gemeindetypus" . . .	27
3. Kollektivorgane	28
4. Leitungsorgane vom "Amtstypus"	30
a) Superintendent	31
b) Generalsuperintendent	32
c) Bischof	32
III. Staat und Kirche	33

3. Kapitel

Verfassung und Verwaltung der reformierten Gemein- den in Berlin-Brandenburg

I. Ordnung des Gottesdienstes	37
1. Ius Liturgicum	37
2. Wortverwaltung	39
a) Predigtordnung	39
b) Seelsorgeordnung	40
aa) Einzelseelsorge	40
bb) Seelsorge an Kirchenfremden . . .	41
cc) Seelsorgerliche "Handhabung des Schlüssels"	41
3. Sakramentsverwaltung	42
a) Taufordnung	42
b) Abendmahlsordnung	43
4. Lebensordnung	43
a) Evangelische Unterweisung	43
b) Konfirmation	44
c) Trauung	45
d) Kirchliche Bestattung	45
5. Zusammenfassung	46
II. Ordnung der Gemeinde	46
1. Der Einzelne in der Gemeinde	46
a) Beginn und Beendigung der Gemeinde- gliedschaft	46
b) Gastweise Teilnahme	50
2. Die Rechtsgestalt der Gemeinde	54

Die Familienhäupter der Parochie wählen den Prediger dann in ihrer Kirche. Dazu begeben sich die Gemeindeglieder nacheinander ins "Parquet". Dort sitzt an einem Ende des Tisches der Sekretär oder ein Ältester, der die Generalliste der Familienhäupter der Parochie führt. Zur Kontrolle des Wahlvorganges muß erst der Name des Wählers in der Liste vermerkt werden, bevor er sich an das andere Ende des Tisches begibt, um sein Zeichen bei dem Namen eines der vorgeschlagenen Prediger zu machen. "Das Ganze muß so eingerichtet werden, daß nur die beiden Deputierten des Ober-Consistoriums und der Sekretär, der das Verzeichnis der Prediger führt, sehen können, wie die Stimmen abgegeben werden."¹⁾ Auch für sie bleibt natürlich unerkennbar, für wen gestimmt worden ist. Danach werden die Stimmen gezählt und der Gemeinde bekanntgegeben²⁾. Wenn innerhalb von 24 Stunden aus der Parochie kein Widerspruch erfolgt, so wird dem Consistorium³⁾ mit der Bitte Bericht erstattet, einen Prediger zu berufen⁴⁾.

c) Rechtsstellung des Pfarrers

Für die weitere Ordnung des Pfarramtes gelten die allgemeinen Bestimmungen der Grundordnung und der Pfarrerdienst- und Besoldungsgesetze, die für die Pfarrer reformierten Bekenntnisses oder in reformierten Gemeinden keine Sonderregelungen enthalten.

Eine Besonderheit für die Pfarrer an den französisch-reformierten Gemeinden in Berlin besteht darin, daß sie ihre Besoldung direkt von der Gemeinde erhalten, der dafür jedoch ein Zuschuß von der Kirche gewährt wird⁵⁾.

Daneben gibt es noch Abänderungen beim Lehrbeanstandungs-

1) Reglements 1 IX § 19

2) Reglements 1 IX § 22

3) Nach einer Auskunft des rechtskundigen Sekretärs, Herrn Centurier, vom 11.7.1965. Nach den Reglements an den "König".

4) Reglements 1 IX § 23

5) Brief des Consistoriums der Französischen Kirche zu Berlin vom 27.4.1965 und Brief des rechtskundigen Sekretärs vom 11.7.1965; siehe unten S.96.

auch aus dem Pfarralmanach für die Kirchenprovinz erkennen¹⁾. Diese Rechtslage steht nicht mit den Regelungen der Discipline oder den Reglements in Einklang. Eine entsprechende Bestimmung war auch in den bei Mengin abgedruckten Edikten nicht zu finden.

Für die Besetzung der reformierten Pfarrstellen in der Provinz hat sich folgende Übung herausgebildet: Die freie Pfarrstelle wird vom Konsistorium im Kirchlichen Amtsblatt ausgeschrieben. Die Namen der Bewerber werden der Gemeinde mitgeteilt, die einen von ihnen zum Pfarrer wählt und ihre Entscheidung dem Konsistorium mitteilt. Auf Grund der langen Übung kann diese Regelung als Gewohnheitsrecht angesehen werden. Das Verfahren entspricht in wesentlichen Punkten dem Pfarrerwahlgesetz.

cc) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin

In der Französischen Kirche zu Berlin wird der Pfarrer nach den Bestimmungen der Reglements gewählt. Zwei Handlungen kennzeichnen den Wahlvorgang: Aufstellung der Kandidaten durch ein Wahlkollegium und Wahl durch die Versammlung der Familienväter der Parochie.

Das Wahlkollegium steht unter der Leitung von zwei Mitgliedern des "Ober-Consistoriums" (jetzt Konsistorium). Es setzt sich zusammen aus den Predigern, Anciens und Anciens-Diacres der betreffenden Parochie sowie dem Sekretär, dem Trésorier und dem Receveur der Compagnie²⁾. In dieser Versammlung werden sechs Prediger namhaft gemacht, über die anschließend beraten und zweimal abgestimmt wird³⁾. Die Namen der drei Prediger, auf die die meisten Stimmen entfallen, werden am folgenden Sonntag in allen Kirchen der Compagnie bekanntgegeben und den Familienvätern zur Wahl vorgeschlagen⁴⁾.

1) Bei den Angaben für den französisch-reformierten Kirchenkreis.

2) Reglements 1 IX § 1

3) Reglements 1 IX §§ 3, 6, 11; Eine Änderung des Wahlverfahrens hat sich dadurch ergeben, daß heute für die Beratung keine sechs Bewerber namhaft gemacht werden können.

4) Reglements 1 IX § 14

4. Kapitel

Die Rechtsgestalt der Union in Berlin-Brandenburg

I.	Die Diskussion um das Wesen der Union . . .	110
1.	Problemlage	110
2.	Begriff	111
3.	Einordnung der EKU (APU) in Vergangenheit und Gegenwart	112
a)	Die Entwicklung bis 1922	112
b)	Gegenwärtiger Streitstand	114
aa)	Neue Ansätze	114
bb)	Gegenwärtige Einordnungsversuche	115
4.	Theologischer Streitstand	116
a)	Auffassungen der VelKD und der EKU	117
b)	Auffassungen der Reformierten	119
II.	Gegenwärtige Aufgliederung der Union in Berlin-Brandenburg	120
1.	Theologische Aussagen	120
a)	Rechtsgestalt der Kirche	120
b)	Bekenntnisbegriff	122
aa)	Aussagen in der Grundordnung	122
bb)	Aussagen in den Lehrverpflichtun- gen und Gelübden	123
2.	Grundlinien gegenwärtiger Unionsverfas- sung	124
3.	Ergebnis	125
4.	Rechtsfolgen	126

Literaturverzeichnis

A. Quellen und Materialien

- BÖHM, Hans-DIBELIUS, Otto : Zur Neugestaltung der Kirche,
(Hrsg.) Berlin 1936
- IMMER, Karl (Hrsg.) : Bekenntnissynode der Deutschen
Evangelischen Kirche, Barmen 1934
- Kirchenbuch CALVINS : Berlin 1931
- MEJAN, François (Hrsg.) : Discipline de l'église réformée
de France, Paris 1947
- MENGIN, Ernst : Das Recht der französisch-
reformierten Kirche in Preußen,
Berlin 1929
- MERZYN, Friedrich (Hrsg.) : Das Verfassungsrecht der EKD
und ihrer Gliedkirchen, o.O., o.J.
- MURET, Eduard : Geschichte der französischen
Kolonie in Brandenburg-Preußen,
Berlin 1885
- MYLIUS, Christian Otto : Corpus constitutionum Marchica-
rum, 6. Band, Anhang: Recueil des
Edits, Ordonnances, Reglements
et Rescriptes, Berlin und Halle
1750
- NIESEL, Wilhelm (Hrsg.) : Um Verkündigung und Ordnung der
Kirche, Die Bekenntnissynoden
der Evangelischen Kirche der
altpreußischen Union 1934-1943,
Bielefeld 1949
- REGLEMENTS für die Compagnie des Consisto-
riums der französischen Kirche
zu Berlin, Berlin 1876
- PFARRALMANACH für die Kirchenprovinz Berlin-
Brandenburg, Berlin-Brandenburg,
o.J.
- VERFASSUNGSURKUNDE für die Evangelische Kirche der
altpreußischen Union, Berlin 1922
- VERHANDLUNGEN der Berlin-Brandenburgischen
Provinzialsynode, zweite Tagung
der ersten Synode, Berlin 1950

B. Schrifttum

a) Lehr- und Handbücher, Monographien

- ALTHAUS, Paul : Die christliche Wahrheit,
II. Band, Gütersloh 1948

- BARTH, Karl : Die Ordnung der Gemeinde (Zur dogmatischen Grundlegung des Kirchenrechts), München 1955
- ders. : Die Möglichkeiten einer Bekenntnisunion, o.O. 1935
- BAUR, Jürgen : Gott, Recht und weltliches Regiment im Werke Calvins, Bonn 1965
- BOHATEC, Joseph : Calvins Lehre von Staat und Kirche, Breslau 1937
- BONHOEFFER, Dietrich : Sanctorum Communio, München 1954
- BREDT, Johann Victor : Neues evangelisches Kirchenrecht für Preußen, Berlin I.Band 1921, II.Band 1922, III.Band 1923
- BRUNNER, Peter : Das lutherische Bekenntnis in der Union, Gütersloh 1952
- FOERSTER, Emil : Die Entstehung der Preussischen Landeskirche, Tübingen I.Band 1905, II.Band 1907
- FRIEDBERG, Emil : Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, Leipzig, 6.Auflage, 1909
- FRIEDRICH, Otto : Einführung in das Kirchenrecht, Göttingen 1961
- FROST, Herbert : Die Rechtsstellung des Kirchenkreises der Evangelischen Kirche im Rheinland, Bonn 1958
- GAMMENTHALER, Yolande : Das Gemeindeprinzip der reformierten Landeskirche, Winterthur 1956
- GEPPERT, Walter : Das Wesen der preussischen Union, Berlin 1939
- GRUNDMANN, Siegfried : Der Lutherische Weltbund, Köln und Graz 1957
- HANSCH, Karl : Die Disziplinargerichtsbarkeit in der evangelischen Kirche, Göttingen 1961
- HECKEL, Johannes : Lex charitatis, München 1953
- HEINTZE, Johannes : Die Grundlagen der heutigen preussischen Kirchenverfassung, Greifswald 1931
- HESSE, Konrad : Der Rechtsschutz durch staatliche Gerichte im kirchlichen Bereich, Göttingen 1956
- HILDEBRANDT, Walter : Das Gemeindeprinzip der christlichen Kirche, Zürich 1951
- HOLSTEIN, Günther : Die Grundlagen des evangelischen Kirchenrechts, Tübingen 1928

- HOLTZE, Friedrich : Geschichte der Stadt Berlin, Tübingen 1906
- ders. : Geschichte der Mark Brandenburg, Tübingen 1912
- KIRCHHEIM, Artur von : Kirchenrecht, Berlin 1906
- LIERMANN, Hans : Deutsches evangelisches Kirchenrecht, Stuttgart 1933
- ders. : Grundlagen des kirchlichen Verfassungsrechts nach lutherischer Auffassung, Berlin 1954
- LÖFFLER, Harry : Die französisch-reformierte Gemeinde zu Königsberg/Pr., Diss.iur. Königsberg/Pr. 1931
- LÜCKHOFF, Albrecht : Die lutherische Freikirchenverfassung in Deutschland, Diss.iur. Freiburg i.Br. 1960
- MARSSON, Richard : Die preußische Union, Berlin 1922
- MAURER, Hartmut : Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der evangelischen Kirche, Göttingen 1958
- MEINECKE, Werner : Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1962
- MENGIN, Ernst : Das Recht der französisch-reformierten Kirche in Preußen, Berlin 1929
- MOURS, Samuel : Les églises réformées de France, Paris und Straßburg 1958
- MURET, Eduard : Geschichte der französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen, Berlin 1885
- NIESEL, Wilhelm : Das Evangelium und die Kirchen. Ein Lehrbuch der Symbolik, Neukirchen/Krs.Moers 1960
- RIEKER, Karl : Grundsätze reformierter Kirchenverfassung, Leipzig 1899
- ROSEN-von HOEWEL, Harry - : Kirchenrecht, Stuttgart/Düsseldorf
KÜHN, Oskar 1960
- SCHAPER, Ewald : Die geistespolitischen Voraussetzungen der Kirchenpolitik Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, Stuttgart 1938
- SCHOEN, Paul : Das evangelische Kirchenrecht in Preußen, Berlin I.Band 1903
- SCHOOFS, Friedrich Herm. : Geschichte und Gegenwartsgestalt der kirchlichen Gerichtsbarkeit der evangelischen Kirche in Deutschland, Diss.iur. Köln 1963

- SCHÜLE, Charles : Die Grundlagen des reformierten Kirchenrechts, Basel 1926
- SCHWARZLOSE, Karl : Grundzüge des deutsch-evangelischen Kirchenrechts und des orthodox-morgenländischen Kirchenrechts, Bonn 1924
- SEHLING, Ernst : Kirchenrecht, Berlin 1908
- SMIDT, Reinhard : Sind in der Verfassung der evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover vom 24.9.1922 die reformierten Kirchenverfassungsgrundsätze zum Ausdruck gekommen? Diss.iur. Göttingen 1926
- STAHL, Friedrich Julius : Die lutherische Kirche und die Union, Berlin 1858
- STEINMÜLLER, Paul : Einführung der Reformation in der Kurmark Brandenburg durch Joachim II., Halle 1903
- TAUCHERT, Erich : Das Recht der evangelischen Jugendarbeit, Diss.iur. Freiburg i.Br. 1965
- VOGEL, Franz Joseph : Rom und die Ostkirche, Aschaffenburg 1961, 2.Auflage
- WASSE, Günter : Die Werke und Einrichtungen der evangelischen Kirche, Göttingen 1954
- VOIGT, Alfred : Kirchenrecht, Neuwied a.Rh./Berlin 1961
- WOLF, Erik : Recht des Nächsten, Frankfurt/M. 1958
- ders. : Ordnung der Kirche, Frankfurt/M. 1961

b) Zeitschriftenaufsätze, Beiträge in Festschriften

- ADAM, Alfred : Bekenntnisstand und Bekenntnisbindung, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 1962-63, S.190 ff.
- BARTH, Karl : Theologisches Gutachten zu den "Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche", Kirche in der Zeit 1963, S.414-416
- BECKMANN, Joachim : Die Evangelische Kirche der Union, in: Lamparter, und ihr Netz zerriß, S.322 ff.
- ders. : Die Einheit der EKD und ihre Probleme, in: Jahrbuch des Evangelischen Bundes VIII, 1965, S.3 ff.

- BENN, Ernst Victor : Die Neuordnung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1952-53, S.312 ff.
- ders. : Bekenntnisstand und Bekenntnisbindung, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1962-63, S.176 ff.
- ENGELHARDT, Hanns : Die Schutzbestimmungen zugunsten der Sonderbekenntnisse in der Ordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1961-1962, S.374-387
- GABRIEL, Ernst : Die Einführung der Reformation in der Mark Brandenburg, Reformierte Kirchenzeitung, 1963, S.275-278
- GOLLWITZER, Helmut : Die Union und die "Hauptergebnisse des Kirchenkampfes", Kirche in der Zeit, 1956, S.25 ff.
- HECKEL, Johannes : Kirche und Kirchenrecht nach der Zwei-Reiche-Lehre, in: Heckel-Grundmann, Der Christ von heute in Kirche und Staat, 1964, S.36 ff.
- JACOBI, Erwin : Staat und Kirche nach der Verfassung der DDR, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1951-52, S.132-134
- KUHN, Jochen : Kirchengzucht und Kirchenbegriff, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1962-63, S.270 ff.
- LIERMANN, Hans : Die kirchliche Mitgliedschaft nach geltendem evangelischen Kirchenrecht, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1955, S.382-399
- MANOURY, Karl : Unkonfessionell reformiert, Reformierte Kirchenzeitung, 1954, S.197
- MORITZ, Bruno : Der deutsch-reformierte Kirchenkreis von Berlin und Brandenburg, Reformierte Kirchenzeitung, 1953, S.181
- OBERMAYER, Klaus : Weltliches Recht und Evangelisches Kirchenrecht, in: Liermann-Festschrift, 1964, S.150 ff.
- SCHEVEN, Dieter : Gerichtsbarkeit und evangelische Kirche, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1955, S.155 ff.
- SMEND, Rudolf : Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1951, S.4 ff.

- SÖHNGEN, Oskar : Über das Jus Liturgicum, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1961-62, S.303 ff.
- STEUP, Gerhard : Die Einheit der Kirche, Reformierte Kirchenzeitung, 1953, S.412 ff. und S.439 ff.
- THÜMMEL, Gerhard : Finanzausgleich und Kirchenverfassung, Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 1956, S.241 ff.
- WENDT, Günther : Das Ältestenamt im Aufbau der evangelischen Kirchenverfassung, in: Existenz und Ordnung, Festschrift für Erik Wolf zum 60.Geburtstag, 1962, S.87 ff.
- WOLF, Erik : Zur Rechtsgestalt der Kirche, in: Bekennende Kirche, Festschrift für Martin Niemöller, 1952, S.254-261

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ALR	Allgemeines Landrecht für den Preußischen Staat
Anm.	Anmerkung
APU	Evangelische Kirche der altpreußischen Union
Art., Artt.	Artikel
betr.	betrifft, betreffend
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKL	Evangelisches Kirchenlexikon
EKU	Evangelische Kirche der Union
FG	Finanzgericht
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GO	Grundordnung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg
Grundsätze	Grundsätze über Amt und Gemeinde aus der GO
KABl.	Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg
Kap.	Kapitel
KidZ	Kirche in der Zeit
KJ	Kirchliches Jahrbuch
LebO	Ordnung des Kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche der Union
LVG	Landesverwaltungsgericht
NotVO	Notverordnung
Ordnung	Ordnung der Evangelischen Kirche der Union
Pr.OVG	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
Richtlinien I	Richtlinien zur neuen Agenda, I.Band
Richtlinien II	Richtlinien zur neuen Agenda, II.Band
RKZ	Reformierte Kirchenzeitung

s. (s.o., s.u.)	siehe (siehe oben, siehe unten)
S.	Seite
VELKD	Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche in Deutschland
VG	Verwaltungsgericht
Vorspruch	Vorspruch, Von Schrift und Bekenntnis aus der Grundordnung
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchen- recht
Ziff.	Ziffer

1.Kapitel

Geschichte und gegenwärtiger Bestand der Evangelischen

Kirche Berlin-Brandenburg

I. Der Ursprung der Berliner evangelischen Gemeinden

1. Die Einführung der Reformation

Fast fünfhundert Jahre, nachdem mit der Gründung des Bistums Brandenburg die Christianisierung dieses Landes begonnen hatte¹⁾ und etwa dreihundert Jahre nach der Gründung Berlins²⁾, wurde der öffentliche Bekenntnisakt Joachims II. am 1. November 1539 im Dom zu Berlin veranlaßt: er nahm das Abendmahl nach evangelischer Art³⁾. Damit hatten die Reformationsversuche der märkischen Bevölkerung, die Joachim I., der Bruder des Erzbischofs Albrecht von Mainz, auch durch sehr energisches Vorgehen nicht zu unterdrücken vermochte, zusammen mit der ein Jahr später erschienenen Kirchenordnung ihre Vollendung gefunden⁴⁾.

Unter Kurfürst Johann Georg vollzog sich eine streng lutherische Entwicklung. Der "Philippismus" wurde in der Mark unterdrückt, die Pfarrkandidaten wurden auf die Konkordienformel verpflichtet und man war in der Lehre ständig auf Abwehr von "Kryptocalvinisten" bedacht. Der Anschluß Brandenburgs an den allgemeinen lutherischen Typus "war sichergestellt"⁵⁾.

Doch im Jahre 1613 erfolgte der Übertritt des Kurfürsten Johann Sigismund zum Calvinismus (Confessio Sigismundi oder Confessio Marchica)⁶⁾. Schon sein Vater, Kurfürst Johann

1) Das Bistum wurde 948 gegründet; Holtze, Brandenburg, S.1.

2) Die ältesten Urkunden erwähnen Cölln und Berlin 1237/44; Holtze, Berlin, S.3.

3) Zscharnack (Schulze), RGG I (1957), Sp.1383; Holtze, Brandenburg, S.45 und Berlin, S.31; Steinmüller, S.63.

4) Zscharnack (Schulze), RGG I (1957), Sp.1379; Steinmüller, S.72.

5) Zscharnack (Schulze), RGG I (1957), Sp.1379.

6) Holtze, Brandenburg, S.65 und Berlin, S.41 ff.; Gabriel, RKZ 1963/275-278.

Georg, soll heimlich zum Calvinismus übergetreten sein. Gewiß ist, daß er familiäre Beziehungen zu reformierten Herrscherhäusern anknüpfte, in den Kirchen Berlins abschaffte, was noch an die katholische Vergangenheit erinnerte und seinen Kurprinzen zum Studium auf die überwiegend mit reformierten Lehrkräften besetzte Universität Straßburg schickte. Der Kurfürst erwartete anfangs, trotz der den Calvinismus nicht einschließenden Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens (1555), daß seine Untertanen ihm folgen würden. Er stieß aber mit der Abschaffung der Verpflichtung auf die Konkordienformel, seinen calvinistischen Gottesdienstreformen, seinem Verbot der Kanzelpolemik, seinem Versuch eines Religionsgesprächs (Oktober 1614) auf so heftige Opposition bei den lutherischen Geistlichen, daß er unter geschichtlich bedeutsamem Verzicht auf die Durchführung des Rechtssatzes "cuius regio eius religio" im Revers vom 5/6.2.1615 den ungehinderten Bestand des Luthertums anerkannte¹⁾. Die Zahl der Reformierten wuchs in Berlin-Brandenburg darum nur allmählich, insbesondere durch Zuwanderung.

2. Die Entstehung der deutsch-reformierten Gemeinden

Die deutsch-reformierte Kirche - im Unterschied zu den durch die Réfugiés gegründeten Gemeinden - entwickelte sich von ganz bescheidenen Anfängen aus. Als Kurfürst Johann Sigismund im Jahre 1613 sein Bekenntnis wechselte, konnte nur eine reformierte Gemeinde bei der Domkirche zu Berlin gebildet werden. "Die Domkirche zu Berlin wurde zu einer der reformierten Religion gewidmeten Pfarrkirche bestimmt."²⁾ Dieser Gemeinde gehörten die Mitglieder des Hofes und viele hohe Staatsbeamte an. Erst als am Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts die aus der Pfalz vertriebenen Reformierten nach Berlin und in die Mark Brandenburg zuzogen, entstanden neue Gemeinden.

1) Zscharnack (Schulze), RGG I (1957), Sp.1380.

2) Schoen, S.23.

Ferner erhielt die deutsch-reformierte Kirche durch den Teil der tausendfünfhundert böhmischen - beziehungsweise böhmisch-mährischen Brüder Zuwachs, die 1737 in Berlin und Rixdorf-Neukölln¹⁾ eingewandert waren und sich 1747 der reformierten Kirche angeschlossen hatten²⁾.

Im Todesjahr Friedrich Wilhelms I. (1740) standen in Berlin 17 und in der Mark 35 Pfarrer im Amt³⁾.

Die Domkirche in Berlin erhielt durch einen formellen Stiftungsbrief vom 9. Juni 1632 ihre selbständige Organisation, die vorbildlich für die anderen reformierten Gemeinden wurde. Die einheitliche Regelung der Verfassungsverhältnisse erfolgte durch die königliche "Ordnung der reformierten Kirchen und des dazu bestellten Direktorii" vom 10. Juli 1713 und die dieser folgende "Königlich Preussische Evangelisch-Reformierte Inspektions-, Presbyterial-, Klassikal-, Gymnasien- und Schulordnung" vom 24. Oktober 1713. Die dem Kirchendirektorium unterstehenden Kirchen und Schulen wurden in Klassen eingeteilt, deren Leitung Inspektoren übertragen wurde. Die synodalen Elemente in der deutsch-reformierten Kirchenverfassung sind nie vollzogen worden und nur in den Gemeinden erhielt sich die presbyteriale Ordnung⁴⁾.

3. Die Entstehung der französisch-reformierten Gemeinden

Eine weitere Gruppe der reformierten Gemeinden bildete die Französische Kirche der Einwanderer. Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, öffnete schon 1661 und dann in verstärktem Maße nach der Aufhebung des Edikts von Nantes (Edikt von Fontainebleau, 1685) durch das Potsdamer Edikt vom 29. November 1685 den Hugenotten den Zuzug in seine Länder und gewährte ihnen neben verschiedenen Privilegien freie Religionsausübung⁵⁾⁶⁾.

1) Kotowski, Staatslexikon I, Sp. 1074.

2) Holtze, Berlin, S. 52.

3) Moritz, RKZ 1953 Sp. 181.

4) Schoen, S. 24.

5) Löffler, S. 1-10; Holtze, Berlin, S. 52 ff.; v. Kirchheim, S. 142.

6) Mengin, S. 4-16.

Daraufhin fanden in Brandenburg 25 000 französische Reformierte eine neue Heimat¹⁾. Aus dem Fürstentum Orange wanderten nach der "Landnahme" durch Frankreich (1702) die Reformierten - etwa 1 600 Personen - nach Brandenburg-Preußen aus. Das hugenottische Element war in Berlin so stark, daß um 1700 jeder dritte Einwohner ein Franzose war²⁾³⁾. Am 9. August 1682 fand der erste Gottesdienst in der Schloßkapelle statt. Später blieb der Französische Dom in Berlin Mittelpunkt und Vorbild für die anderen französisch-reformierten Gemeinden in Brandenburg⁴⁾. Im Todesjahr Friedrich Wilhelms I. (1740) standen in Berlin 13 und in der Mark 19 französische Pfarrer im Amt⁵⁾.

Die Kurfürsten und Könige in Brandenburg-Preußen schenkten den "Kolonien" der Franzosen ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie bauten die Kirchen, bezahlten die Prediger und regelten mit einer Vielzahl von Ordres, Rescripten etc., die teilweise heute noch gelten⁶⁾, die Rechtslage der Gemeinden. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte in einer Deklaration vom 7. Dezember 1689 entschieden, daß die Discipline ecclésiastique, die in Frankreich für alle reformierten Gemeinden verbindlich war, in den in Brandenburg gestifteten französischen Kirchen im Namen des Kurfürsten gehandhabt werden sollte; er behielt sich jedoch die Entscheidung auf Appellationen vor. Diese Kirchenverfassung stellt eine presbyterial-synodale Organisation dar. Da der Kurfürst auch über die französischen Gemeinden sein landesherrliches Kirchenregiment in Anspruch nahm, konnte in Brandenburg die Kirchenverfassung gemäß der Discipline ecclésiastique nie vollständig durchgeführt werden.

-
- 1) Mours, S. 176. Davon waren z.B. 150 aus Thiérache und etwa 2000 bis 3000 aus Metz nach Berlin gekommen. Eine genaue und ausführliche Angabe der Geburtsorte der Flüchtlinge ist bei Muret, S. 316 enthalten.
 - 2) Galling, RGG III (1959), Sp. 473.
 - 3) nach Holtze, Berlin, S. 52 war das Verhältnis 1:5.
 - 4) von Kirchheim, S. 142.
 - 5) Moritz, RKZ 1953, Sp. 181.
 - 6) vollständig abgedruckt bei Mylius; siehe auch unter IV dieses Kapitels.

Für die Erledigung der in der Deklaration von 1689 erwähnten Appellationen, sowie für die Ausübung eines höheren Kirchenregiments in allen Streitigkeiten wurde eine Commission ecclésiastique bestellt, die seit dem Patent vom 26. Juli 1701 den Namen "Ober-Consistorium" führt. Dieses Ober-Consistorium hatte in den französischen Kirchen- und Konsistorialangelegenheiten alle Rechte und Attribute der deutschen Konsistorien.

In einem Règlement vom 13. November 1713 wurde die Stellung des Ober-Consistoriums dahin bestimmt, daß es den Platz der Synoden einnehme. In den Jahren 1736 und 1737 wurde eine Reihe von Inspektoren als Organe des Ober-Consistoriums bestellt, deren Aufgabe und Stellung dem lutherischen Superintendenten entsprach. Es blieb für die französischen Gemeinden also nur die presbyteriale Ordnung der Einzelgemeinde mit dem Consistorium, die freie Handhabung der Kirchenzucht, die Diakonie und die selbständige Vermögensverwaltung unberührt¹⁾.

II. Die Entwicklung der altpreußischen Union

In Brandenburg-Preußen bestand wegen der Zugehörigkeit der Kurfürsten und Könige zum reformierten Bekenntnis, obwohl die Bevölkerung fast vollzählig sich zur lutherischen Konfession bekannte, schon seit Generationen der Wunsch nach einer kirchlichen Einigung²⁾. Sie konnte aber nicht gelingen, solange sich die beiden Bekenntnisse unnachgiebig gegenüberstanden. Deshalb bemühte sich das preußische Herrscherhaus, zuerst eine gegenseitige Anerkennung beider Kirchen herbeizuführen und so auf eine Annäherung zwischen ihnen hinzuwirken.

Seit dem Westfälischen Frieden (1648) waren die Reformierten als Augsburgische Konfessionsverwandte anerkannt und bildeten zusammen mit den Lutheranern das Corpus Evangelicorum. Die beiden Bekenntnisgruppen blieben aber streng getrennt.

1) Schoen, S. 22.

2) Adam, RGG VI (1962), Sp. 1141; Bredt I, S. 143.

Der Große Kurfürst sandte 1645 Theologen seines Vertrauens - darunter auch den lutherischen Theologen Calixt aus Helmstedt - zu den Thorner Religionsgesprächen mit der ausdrücklichen Weisung, nach Möglichkeit eine Einigung zwischen den Evangelischen zu erreichen¹⁾. Zu dem gleichen Zweck vermittelte er 1662 in Berlin ein Kolloquium zwischen Theologen beider Bekenntnisse. Er schaffte die Verpflichtung der Geistlichen auf die Konkordienformel ab und verbot den Besuch der Universität Wittenberg; andererseits verhielt er sich ablehnend gegenüber den Beschlüssen der Dordrechter Synode.

König Friedrich I. gründete in Berlin und Charlottenburg sogenannte "Unionskirchen", in denen nicht nur ein Simultangottesdienst angeordnet, sondern auch ein aus beiden Konfessionen gemischtes Ministerium und Kirchenkollegium eingerichtet wurde. Er berief im Jahre 1703 Theologen beider Konfessionen nach Berlin, die das "Friedenswerk" in Beratung nehmen sollten und dachte an einen Zusammenschluß aller Evangelischen weit über die Grenzen seines Landes bis zur Schweiz und nach England. König Friedrich Wilhelm I. bemühte sich, Streitigkeiten zwischen den Konfessionen zu verhindern, um dadurch zunächst ein friedliches Nebeneinanderleben zu ermöglichen. Er verbot das Predigen über den Hauptangriffspunkt bei den Reformierten, die Lehre von der Prädestination, und er verlangte von den Lutheranern mit aller Bestimmtheit die Einstellung ihrer maßlosen Angriffe. Er begünstigte die Einführung von Simultaneen und baute mehrere "Unionskirchen"²⁾.

Eine Abschwächung der strengen Gegensätze brachte auch die pietistische Strömung mit sich³⁾. Weitere Kräfte zur Annäherung der Konfessionen machte dann die Zeit der Aufklärung frei⁴⁾. Das Allgemeine Landrecht (1794) enthielt Bestimmungen, die sich als Ansätze zu einer Union ansprechen lassen⁵⁾.

1) Peschke, RGG VI (1962), Sp.872.

2) Schoen, S.205.

3) Die Herrenhuter wurden 1746 genehmigt; Kupisch, RGG V (1961), Sp.563.

4) Zur Lage des Kirchenwesens am Ende des 18. Jahrhunderts, Foerster I, S.1 ff., Schaper (passim).

5) ALR II, 11, § 39.

Daraus geht hervor, daß die Auffassung über das Abendmahl nicht mehr als ein "wesentlicher" Unterschied angesehen wird:

"Protestantische Kirchengesellschaften des Augsburger Bekenntnisses sollen ihren Mitgliedern wechselseitig die Theilnahme auch an ihren eigentümlichen Religionshandlungen nicht versagen, wenn dieselbe keine Kirchenanstalt ihrer eigenen Religionspartei, deren sie sich bedienen können, in der Nähe haben."

Die Gestaltung des Kirchenregiments wurde von den Bestimmungen im Allgemeinen Landrecht noch nicht berührt. Es gab nach wie vor ein lutherisches¹⁾, ein französisch-reformiertes Ober-Consistorium²⁾ und ein deutsch-reformiertes Kirchendirektorium³⁾. Im Zuge der Steinschen Reformen wurden die drei genannten Behörden aufgehoben und ihre Geschäfte den allgemeinen Regierungsorganen übertragen⁴⁾.

Der Unionsaufruf König Friedrich Wilhelms III. zum Reformationsfest des Jahres 1817 sollte die lang gehegten Pläne verwirklichen⁵⁾. Der König wünschte eine evangelisch-christliche Kirche zustande zu bringen "unter dem Einfluß eines besseren Geistes, der das Außerwesentliche beseitigt und die Hauptsache im Christlichen, worin die beiden Konfessionen eins sind, festhält"⁶⁾. Die Theologen Jablonski und Schleiermacher hatten den König bei den Plänen zur Gestaltung der Union beraten; Herder, Planck, Sack und andere traten jetzt öffentlich für die Union ein⁷⁾.

Der Aufruf vom 27. September 1817 war kein Unionsedikt, sondern nur eine - allerdings feierliche - Anregung zu ihrer kirchlichen Durchführung und hatte selbst keine die Kirchenverfassung ändernde Kraft⁸⁾. Immerhin war dort, wo die Ge-

1) Es bestand seit 1750.

2) Es bestand seit 1701. Zur Geschichte: Mengin, S.12 ff.

3) Es bestand seit 1713. Zur Organisation: Löffler, S.14 ff.

4) Publikandum vom 16.12.1808, Nr.4; Verordnung vom 26.12.1808, §§ 5 und 23. Seit 1815 gibt es das Evangelische Konsistorium. Siehe dazu: Foerster I, S.134 ff.

5) Zur unmittelbaren Vorgeschichte: Foerster I, S.267 ff.

6) Der Text dieser und der weiteren Urkunden ist abgedruckt bei Marsson, S.181 ff. und Geppert, S.206 ff.

7) Foerster I, S.271 ff.; Schoen, S.206.

8) Zur Entwicklung der Union auf Grund der königlichen Erlasse seit 1817 siehe Schoen, S.207 ff., Stahl, S.468 ff., Geppert, S.25 ff., Marsson, S.47 ff., Holstein, S.244 ff. und zur Frage des Bekenntnisses besonders: Adam, ZevKR 1962-63/187.

meinden ihm folgten, die Union im Sinne der Kabinettsorder als Konsensusunion begründet¹⁾. Am 30. Oktober 1817 feierten alle Berliner Gemeinden, unter großer Beteiligung ihrer Glieder das Abendmahl nach dem neuen Ritus, mit dem Brauch des Brotbrechens (statt der bisher bei den Lutheranern üblichen Oblatenverteilung) und der Einsetzungsworte des Herrn (statt der lutherischen Distributionsformel: "Das ist der wahre Leib")²⁾. Verschiedene Gemeinden sind dem Wunsch des Königs gefolgt und erklärten ihren Beitritt zur Union.

Die einen erklärten ausdrücklich ihren Beitritt und stellten ihn durch förmliche Unionsurkunden fest, die anderen vollzogen ihn stillschweigend durch eine unionsweise Feier des Abendmahls³⁾. Die französisch-reformierten Gemeinden sind der Union jedoch nie beigetreten⁴⁾. So groß die Begeisterung auch anfangs war, unterlag doch der Fortgang der Union noch manchen Hemmungen und Rückschlägen⁵⁾.

Gegenüber dem Widerstand in den östlichen Provinzen des Königreichs⁶⁾ wurde in einem Erlaß vom 20. April 1830 noch einmal betont, daß die Union kein "neues Bekenntnis" bringe. Dasselbe besagt eine Allerhöchste Kabinettsorder vom 28. Februar 1834, die dazu noch betonte, daß der Beitritt zur Union Sache des freien Entschlusses der Gemeinde sei. In einer Allerhöchsten Kabinettsorder vom 6. März 1852 wurde klar ausgesprochen, daß die Union kein "drittes Bekenntnis" schaffen sollte. Als Ziel der Union wurde jetzt hingestellt, die beiden Bekenntnisse in einer Landeskirche zu vereinigen.

-
- 1) Die Volkszählung ergab 1816 in Preußen: 391 114 Reformierte, 5 873 146 Lutheraner (Verhältnis 1:14); s. Bredt I, S. 147.
 - 2) Schoen, S. 209.
 - 3) Schoen, S. 210.
 - 4) Mengin, S. 14. Sie gehörten aber der Landeskirche an, Pr.OVG 46/163.
 - 5) Ein weiteres Fortschreiten der Pläne des Königs bedeutete die Einführung der Agende (1822). Vpn 7782 Gemeinden haben sie 5343 angenommen; die französisch-reformierten Gemeinden haben sie als erste angenommen; siehe v. Kirchheim, S. 149.
 - 6) Aus diesem Widerstand gingen die lutherischen Freikirchen hervor; siehe Lückhoff, S. 6 ff.

Demgemäß wurde der Oberkirchenrat auch zusammengesetzt aus Mitgliedern beider Konfessionen, welche bei konfessionellen Fragen eine "itio in partes" vornehmen sollten¹⁾.

Der König stellte mit den Erlassen vom 12. Juli und 11. Oktober 1853 gegenüber Mißverständnissen klar, daß er nicht daran denke, die Union aufzuheben; er wünsche nicht, daß der Hader der Konfessionen wieder auflebe und die Einheit der Kirche unmöglich mache. Damit sollten sowohl der geltende, altüberlieferte Bekenntnisstand, als auch die bisherigen Ergebnisse der Union festgehalten werden. Für die neugegründeten Gemeinden freilich, wie sie vor allem in den westlichen Provinzen entstanden, galt der Konsensus der Bekenntnisse als Grundlage²⁾.

Nach dem Ende des unmittelbaren, landesherrlichen Kirchenregiments (1918) gab sich die Kirche ihre erste Verfassung (1922) und nannte sich "Evangelische Kirche der altpreußischen Union"³⁾.

Ausgangspunkt für die Neuordnung der Kirche nach dem 2. Weltkrieg war das Treysaer Statut vom 31. August 1945. Die Kirchenprovinzen wurden selbständig. Es entstanden sechs (sieben) Landeskirchen: Rheinland, Westfalen, Sachsen, Berlin-Brandenburg, Pommern, Schlesien und seit 1960 noch Anhalt⁴⁾. Die Kirchenprovinzen erhielten ein eigenes Regiment. Abgeschlossen wurde dieses Werk durch die Ordnung vom 20. Februar 1951⁵⁾. Der Zusammenhalt der altpreußischen Union blieb erhalten als "die Gemeinschaft der in ihr zusammengeschlossenen Gliedkirchen im Dienste am Evangelium"⁶⁾. Die Leitung sollte nicht mehr ein übergeordnetes Kirchenregiment, sondern ein Organ brüderlich-kirchlicher Verbundenheit sein. "Zur Förderung der Einheitlichkeit besteht ein Gesetzgebungs-

1) Allerhöchste Kabinettsorder vom 6.2.1852.

2) Adam, RGG VI (1962), Sp.1142.

3) Zur Entwicklung des kirchlichen Verfassungsrechts von 1846 bis 1922: Heintze (passim).

4) Beschluß betreffend die Vereinbarung über den Beitritt der Evangelischen Landeskirche Anhalts, Abl.d.EKD 1961/1.

5) Abl.d.EKD 1951 Nr.85.

6) Art.1 Ordnung.

recht, das jedoch nur mit Zustimmung jeder Gliedkirche wirksam durchgeführt werden kann."¹⁾

Die ehemals altpreußische Union nennt sich heute "Evangelische Kirche der Union"²⁾. Sie ist gegründet auf das prophetische und apostolische Zeugnis der Heiligen Schrift. Sie bezeugt ihren Glauben in Gemeinschaft mit der alten Kirche durch die altkirchlichen Glaubensbekenntnisse: das apostolische, das nicaenische und das athanasianische Bekenntnis. In ihren lutherischen, reformierten und unierten Gemeinden gelten für die Auslegung der Heiligen Schrift die reformatorischen Bekenntnisse und die Theologische Erklärung von Barmen³⁾⁴⁾. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ist eine der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union.

III. Die evangelischen Gemeinden in der Union und ihr heutiger Bestand

Die Union hat Veränderungen im Bestand und in den Verfassungseinrichtungen der reformierten Gemeinden mit sich gebracht. Die kirchenregimentliche Leitung ist für alle Gemeinden, ohne Rücksicht auf ihren Bekenntnisstand, in der Zentral- und in der Provinzialinstanz eine gemeinsame. Die deutsch-reformierten Gemeinden bildeten auch auf der Kreisebene keine besondere Klasse oder Inspektion in Brandenburg. Sie unterstanden zusammen mit den lutherischen Gemeinden bis zum Jahre 1948 dem Superintendenten ihres (Wohnsitz-)Kirchenkreises⁵⁾. Die Domgemeinde zu Berlin, die vornehmste der reformierten Gemeinden und Vorbild der anderen, ist im Jahre 1817 eine unierte Gemeinde geworden. Sie behielt als Hofkirche, für die der König das Patronat übernommen hatte, ihre eigene, selbständige Ordnung. Mit der Domgemeinde in Berlin

1) Artt.6,7 Ordnung. Eingehend zur Rechtslage nach 1945 Benn, ZevKR 1952-53, S.312 ff.

2) Vorrede zur Ordnung, Abl.d.EKD 1954 Nr.89 und Nr.127.

3) Grundartikel der Ordnung.

4) Zum theologischen Streit um die Grundartikel, Geppert (für die fast gleichlautende Präambel der Verfassung von 1922), S.397 ff., Brunner, S.52 ff.

5) Schoen, S.220.

hatten die deutsch-reformierten Gemeinden ihren Mittelpunkt verloren, während der Französische Dom am Gendarmenmarkt in Berlin weiterhin das verbindende Glied zwischen den verstreut liegenden Gemeinden bildete.

Die französisch-reformierten Gemeinden unterstanden ebenfalls der gemeinsamen Zentralinstanz. Sie bildeten in Berlin-Brandenburg aber einen eigenen Kirchenkreis, dem ein vom Konsistorium ernannter Prediger des Kreises als Inspektor vorstand. Der geistliche Inspektor - dieses Amt bestand bis 1948 - hatte die Stellung eines Superintendenten. Schon vor 1830 trafen sich die Ältesten und Prediger der Gemeinden auf Synoden, die aber nur unregelmäßig einberufen wurden. Erst seit 1870 finden sie jährlich statt¹⁾.

In Berlin-Brandenburg gibt es also heute lutherische, deutsch-reformierte²⁾, sowie französisch-reformierte³⁾⁴⁾ und evangelisch-unierte Gemeinden⁵⁾.

- 1) Mitteilung des Präses des französisch-reformierten Kirchenkreises, Pfarrer Manoury; die Angaben bei Mengin, S.15, stimmen nicht, wonach erst seit ca. 1873 die Kreissynode besteht.
- 2) Nach Pfarralmanach: der deutsch-reformierte Kirchenkreis umfaßt 6 Gemeinden, von denen aber nur 4 zur Landeskirche zählen. Zu diesen 4 Gemeinden gehören ca. 2230 Seelen. Die Errichtungsurkunde für den Kreis spricht von 8 Gemeinden.
- 3) Der französisch-reformierte Kirchenkreis umfaßt 14 Gemeinden mit etwa 8 552 Seelen. Im Gegensatz zum Pfarralmanach zählen die "Franzosen" 17 Gemeinden.
- 4) Die geographische Lage aller reformierten Gemeinden ist aus der Karte auf Seite 17 zu ersehen.
- 5) Der Pfarralmanach zählt nur die Oberpfarr- und Domkirche sowie die Parochialkirche als unierte Gemeinden auf. Sie unterstehen direkt der EKU, aber sie nehmen auch an den Sitzungen der (Gebiets-) Kreissynode teil. Weiter soll es in Berlin-Brandenburg keine unierten Gemeinden geben. Bei der Beratung der Grundordnung führte der Synodale Böhm aus (Verhandlungen, S.50), daß eine Gemeinde nur dann als uniert gelte, wenn bei ihr ein Unionskatechismus in Gebrauch steht. Die Synodalen Dres. Varrentrapp und Ernst wiesen darauf hin (Verhandlungen, S.360), daß es mehrere unierte Gemeinden in Form des latenten Konsensus gemäß Holstein gebe. Das Pr.OVG hatte in seinen Entscheidungen ebenfalls von unierten Gemeinden in Berlin gesprochen, siehe unten S.113 Anm.10.

Die Grundordnung zählt im Gegensatz zur Ordnung der EKU keine unierten Gemeinden auf.

Daneben zählt der Pfarralmanach für die Kirchenprovinz (lutherische) Gemeinden auf, in denen ehemals je ein Pfarrer dem lutherischen und einer dem reformierten Bekenntnis angehörte¹⁾. Die Gemeinden mit lutherischem Bekenntnis überwiegen.

Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg zählt ca. 4 700 000 Seelen. Darin sind die Zahlen für die reformierten Gemeinden enthalten, die zusammen etwa 10 782 Seelen zählen²⁾.

IV. Die Rechtsquellen

Die Grundordnung vom 15. Dezember 1948 enthält das kirchliche Verfassungsrecht für Berlin-Brandenburg³⁾. Die Kirche ist gegründet auf das prophetische und apostolische Zeugnis der Heiligen Schrift und bezeugt mit der alten Kirche ihren Glauben durch die altkirchlichen Symbole: das Apostolicum, das Nicaenum und das Athanasium. Für alle Gemeinden lutherischen Bekenntnisses stehen folgende Bekenntnisschriften in Geltung: die Augsburgische Konfession⁴⁾, die Apologie, die Schmalkaldischen Artikel, der kleine und der große Katechismus Luthers; ferner in einigen auch die Konkordienformel. Für die deutsch-reformierten Gemeinden gelten der Heidelberger Katechismus⁵⁾ und⁶⁾ in den französisch-reformierten Ge-

- 1) In den Kirchengemeinden Dreifaltigkeit, Friedrichswerder und Dorotheenstadt, die unter dem Großen Kurfürst gebildet worden sind, wurde damals je eine lutherische und eine reformierte Pfarrstelle errichtet, weil nicht wenige Glieder dieser Gemeinden aus Gegenden mit reformierter Konfession stammten. Nach Einführung der Union ging das Bedürfnis nach Wahrung des konfessionellen Charakters verloren. Daß diese Termini auch heute noch beibehalten werden, hat lediglich historische Bedeutung; Auskunft des Konsistoriums vom 27. Juni 1965.
- 2) Diese Angaben, die aber schon veraltet sind, wurden aus dem Pfarralmanach entnommen. Für die jüngere Zeit sind Zahlen für die reformierten Gemeinden nicht vorhanden.
- 3) KABl. 1949/3 Anlage.
- 4) Die Bekenntnissynode der APU in Halle (1937) zählte die Bekenntnisse in gleicher Form auf. Dort wurde damit das unveränderte Augsburgische Bekenntnis gemeint; Niesel, S. 34.
- 5) Er ist auch in den französisch-reformierten Gemeinden im Gebrauch; siehe Rescript vom 9. 11. 1717.
Die Confessio Marchica wird nicht mehr aufgezählt.

meinden die Confession de foi (Gallicana) und die Discipline ecclésiastique¹⁾. Außerdem wird von der Kirche die Theologische Erklärung von Barmen als ein grundsätzlich verpflichtendes Dokument anerkannt²⁾.

Von besonderer Bedeutung für Ordnung und Kultus der reformierten Gemeinden sind folgende Rechtsquellen:

Moderamensordnung vom 16.Juli 1951³⁾

Ordnung für die Vereinigte Synode der Evangelisch-reformierten Gemeinden vom 9.Januar 1957⁴⁾

Urkunde über die Errichtung eines deutsch-reformierten Kirchenkreises vom 8.Mai 1951⁵⁾

Ordnung für den französisch-reformierten Kreiskirchenrat vom 30.November 1949⁶⁾

Ordnung der Französisch-Reformierten Kreissynode vom 2.Dezember 1952⁷⁾

-
- 6) Die Bekenntnissynode in Halle formulierte hier "und außerdem". Bei den Beratungen zur Grundordnung wurde auf Wunsch der französisch-reformierten Gemeinden "außerdem" gestrichen, da sie an den Heidelberger Katechismus als Bekenntnisschrift nicht gebunden sind.
- 1) Die Discipline steht nicht in ihrer unveränderten - wie bei Mengin, S.64 ff. abgedruckten - Form in Geltung, sondern mit den Änderungen, die sie auf den Nationalsynoden bis etwa zum Jahre 1680 erfahren hat; Auskunft des Präses des französisch-reformierten Kirchenkreises, Pfarrer Manoury, vom 4.12.1965.
- 2) Bekenntnissynode Halle: "Wo die Bindung an die Heilige Schrift und die Bekenntnisse der Kirche, wie sie in der Theologischen Erklärung der Bekenntnissynode der DEK in Barmen zur Abwehr der gegenwärtigen Irrlehren bezeugt worden ist, nicht anerkannt wird, kann auch die Geltung eines reformatorischen Bekenntnisses nicht zu Recht behauptet werden." Niesel, Bekenntnissynoden, S.34. Bei den Beratungen zur Grundordnung erklärte der Synodale Böhm (Verhandlungen, S.47), daß die Theologische Erklärung kein formelles Bekenntnis, aber mehr als eine geschichtliche Aussage sei.
- 3) KABl.1951/56.
- 4) KABl.1957/31.
- 5) KABl.1951/28. Die "Verfassungsurkunde" für die evangelisch-reformierte Bethlehemsgemeinde wurde nicht aufgezählt, da sie jetzt durch Artt.10,11 GO gegenstandslos geworden ist.
- 6) Diese Urkunde wurde bisher nicht veröffentlicht. Sie ist im Anhang dieser Arbeit auf S.128 f. abgedruckt.
- 7) KABl.1955/52.

Notverordnung zur einstweiligen Neuordnung der Rechtsverhältnisse der reformierten Gemeinden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 29. und 31. Januar 1963 ¹⁾

Erläuterungen des Evangelisch-reformierten Moderaments Berlin-Brandenburg zur Ordnung des Kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche der Union vom 6. Mai 1955 ²⁾

Richtlinien zur neuen Agenda vom 29. Januar 1962 ³⁾

Richtlinien für die Einführung und Verwendung der Agenda für die Evangelische Kirche der Union (II. Band: Die Kirchlichen Handlungen) in den reformierten Gemeinden Berlin-Brandenburg vom 15. September 1965 ⁴⁾

Für die französisch-reformierten Gemeinden gelten aus der großen Zahl der Edikte noch: ⁵⁾ ⁶⁾

- 1) KABl. 1963/8 und 19.
- 2) KABl. 1958/1.
- 3) KABl. 1962/30.
- 4) KABl. 1966/1
- 5) Die folgenden Edikte sind bei Mengin, S. 168 ff. abgedruckt.
- 6) Bei der Vielzahl der erlassenen königlichen Edikte, Patente, Reglements, Rescripte und Kabinettsordern fällt die Auswahl der gegenwärtig noch geltenden Quellen schwer. Sie enthalten heute nur noch geltendes innerkirchliches Recht, da die staatsrechtlichen Bestimmungen mit der Neuordnung des preußischen Städtewesens fortgefallen sind. Mit der Errichtung des Oberkirchenrates und dem Erlöschen des Summepiskopats waren der Oberkirchenrat und jetzt die Landeskirche hieraus zum Schutz der Sonderbekenntnisse verpflichtet.

Die Grundordnung bestätigt im Art. 152 Abs. 2 (ebenso Art. 152 Abs. 1 der Verfassung von 1922), daß das geltende kirchliche Recht in Kraft bleibt; aufgehoben wurde ausdrücklich nur das Amt des geistlichen Inspektors (Art. 102 Abs. 1 GO). Jedoch auch Mengin ging davon aus, daß nicht mehr alle königlichen Erlasse geltendes Recht sind. Er traf ohne nähere Begründung eine Auswahl.

Die noch geltenden Rechtsquellen sind nach den Grundsätzen der Rechtswissenschaft zu ermitteln. Trotz der Eigenständigkeit des Kirchenrechts ist es bei seiner Gemeinsamkeit mit dem weltlichen Recht erlaubt, Methode und Darstellung der Rechtswissenschaft anzuwenden (Wolf, Ordnung S. 4; Obermayer, Liermann-Festschrift, S. 156 ff.; Barth, Ordnung, S. 52, 64 ff.). Das Ergebnis wird aber immer an Art. 2 GO zu prüfen sein, wonach alle Ordnung mit der im Vorspruch gegebenen Grundlage im Einklang stehen muß.

Nach diesen Grundsätzen hat bei mehreren, für den gleichen Bereich bestimmten Ordnungen die jüngere vor der

...

Edit de Sa Serenité Electorale contenant les Droits, franchises, & privileges accordés aux François des la Religion Reformée qui s'establissent dans ses Estats,
Donné à Potsdam le 29.Octobre 1685

Déclaration de Sa Serenité Electorale de Brandebourg au sujet du Gouvernement des Eglises Françaises recueillies dans ses Estats,
donné à Cologne sur la Sprée le 7.Décembre 1689

Règlement adressé aux Consistoires des églises françaises recueillies dans les états de Brandebourg, au sujet des deniers des pauvres, des baptêmes, des mariages, & des sépultures,
8.Mars 1698 ¹⁾

Patent, dass die Frantzösische Comission Ecclesiastische auff den Fuss des teutschen Consistorii gesetzet werden solle,
vom 26.Julii 1701

Sr.Königl.Majest. in Preussen allergnädigster Edict, Kraft dessen alle, in Dero Landen, sich befindende, und künftig ankommende, wegen der Protestantischen Religion, vertriebene frantzösische, und andere Refugirten, naturalisiret, und denen gebohrnen Teutschen Unterthanen, egalisiret werden, den 13.Martii 1709.

Reglement de Sa Majesté le Roy de Prusse, pour reduire en Parroisses les trois Eglises Françaises des Villes de sa Résidence. Du 9.Jan.1715. Avec les Remonstrances du Consistoire François contre ce Reglement; les Remarques faites sur les Remonstrances; & la Resolution finale de Sa Majesté. Du 19.Fevrier 1715.

Rescript, an das Frantzösische Ober-Consistorium, dass selbiges die Verfügung machen soll, dass der Heidelbergische Catechismus so bald möglich

älteren (lex posterior derogat legi priori), die besondere (spezielle) vor der allgemeinen den Vorrang (lex specialis derogat legi generali). Soweit durch die jüngeren und speziellen die älteren und allgemeinen Ordnungen aufgehoben sind - auch stillschweigend - gelten diese subsidiär.

Angesichts dieser schwer überschaubaren Rechtslage könnte es die Zusammenarbeit der Reformierten mit der Landeskirche nur verbessern, wenn die Beteiligten gemeinsam die Edikte auf ihre Gültigkeit untersuchten. Ebenso könnte die Arbeit dadurch erleichtert werden, indem festgestellt wird, wer heute die Aufgaben des "Ober-Consistoriums" und des "Königs" nach den Edikten und den "Reglements" ausübt.

in das Frantzösische übersezdet, und neben der Frantzösischen Evāngelisch-Reformierten Glaubens-Bekānntnüss etc. gedruket werden; vom 9. November 1717.

Edit concernant les Eglises Françoises, enjoignant en general aux Consistoires, une exacte Observation de la Discipline; ordonnant de déposer du Ministère les Pasteurs; & de casser les Lecteurs, Chantres & Maitres d'Ecoles, scandaleux ou incapables; & chargeant tant les Inspecteurs que le Consistoire Supérieur François, de veiller soigneusement à faire regner l'Ordre, & à procurer l'Instruction & Edification des Peuples. Donné à Berlin, le 23. Février 1737.

Reglements für die Compagnie des Consistoriums der französischen Kirche zu Berlin, 1791¹⁾

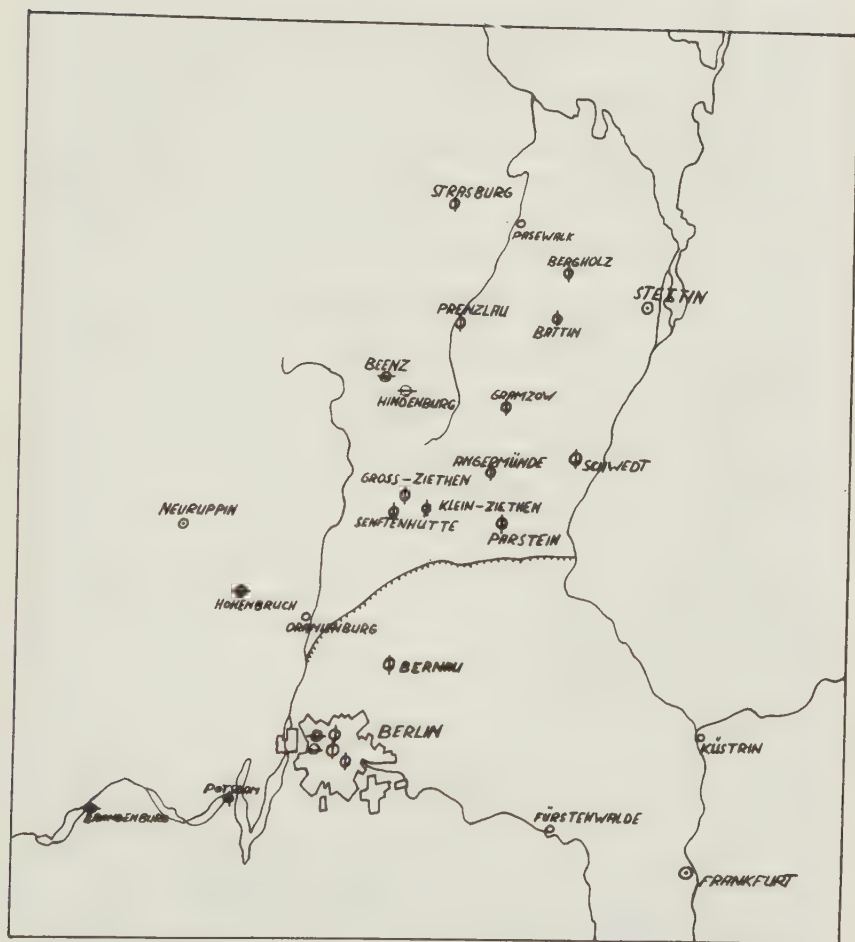
Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. Oktober 1809, betr. die künftige Verfassung der französischen Kolonie.

Allerhöchste Kabinettsorder vom 3. Februar 1812.

Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. April 1830, den Einfluss der Union auf die, an die reformirte oder lutherische Konfession geknüpften Stiftungen, Schenkungen oder auf andere Weise erworbene Rechte evangelischer Gemeinden, Kirchliche- oder Schulstellen betreffend.

1) In deutscher Übersetzung: Berlin, 1876.

ANHANG: ÜBERSICHTSKARTE DER REFORMIERTEN GEMEINDEN



MAßSTAB 1 : 1 125 000

⊕ — DEUTSCH — REFORMIERTE GEMEINDEN

⊙ — FRANZÖSISCH — REFORMIERTE GEMEINDEN

A. Deutsch-reformierter Kirchenkreis

Der deutsch-reformierte Kirchenkreis wird aus folgenden Gemeinden gebildet:

1. Schloßkirchengemeinde in Berlin-Köpenick (560) ¹⁾
2. Bethlehemskirchengemeinde in Berlin (950)
3. St.Johannis-Kirchengemeinde in Brandenburg (600) ²⁾
4. Lindenhagen (Hindenburg) ³⁾
5. Beenz ³⁾
6. Hohenbruch (430) ⁴⁾
- Attachiert sind ihm ferner: ⁵⁾
7. Görlitz ⁶⁾ ⁷⁾
8. niederländisch-reformierte Gemeinde in Berlin

B. Französisch-reformierter Kirchenkreis

Zur französisch-reformierten Kreissynode gehören folgende Gemeinden:

1. Berlin-Friedrichstadt (Französischer Dom) (2650)
2. Berlin-Kloster (2020 und 40)
3. Berlin-Louisenstadt (1390)
4. Angermünde (160)
5. Battin (34)
6. Bernau (45)
7. Bergholz (350)
8. Gramzow (130)
9. Groß-Ziethen ⁸⁾
10. Klein-Ziethen ⁸⁾
11. Parstein ⁸⁾

-
- 1) Die Zahlen in der Klammer nennen die Anzahl der Gemeindeglieder. Sie sind aus dem Pfarralmanach entnommen, Stand 1964
 - 2) Sie entstand aus einer Vereinigung der deutsch- und der französisch-reformierten Gemeinde vor 150 Jahren
 - 3) Im Pfarralmanach werden die Gemeinden entgegen der Errichtungsurkunde als eine Gemeinde geführt. Sie haben zusammen 120 Glieder
 - 4) Sie hat sich erst später dem Kirchenkreis angeschlossen. Der Almanach führt sie nicht als reformierte Gemeinde
 - 5) Mitteilung des rechtskundigen Sekretärs vom 1.8.1964
 - 6) Zur Rechtslage: Artt.8,9,59,95 Kirchenordnung Schlesien
 - 7) Zur Geschichte: Bericht in BKZ 1965/154
 - 8) Pfarralmanach nennt sie als eine Gemeinde mit 850 Glieder

12. Potsdam (152)
13. Prenzlau (150) 1)
14. Senftenhütte (120)
15. Strasburg (300) 2)
16. Schwedt (250)

Mit Ausnahme von Angermünde, Berlin, Potsdam, Groß- und Klein-Ziethen, Prenzlau und Schwedt haben die oben angeführten Gemeinden keine eigene Kirche, sondern benutzen gemeinsam mit der lutherischen Gemeinde das am Ort befindliche Gotteshaus; dagegen besitzen die deutsch-reformierten Gemeinden alle ihre eigene Kirche.

-
- 1) Vereinigung einer deutsch- und französisch-reformierten Gemeinde
 - 2) Vereinigung einer deutsch- und französisch-reformierten Gemeinde aus dem Jahre 1950

2. Kapitel

Die Auswirkung von Grundsätzen reformierter Kirchenverfassung in der Ordnung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg

I. Gemeinde und Amt

1. Gemeindeprinzip

Ein Hauptunterschied zwischen der lutherischen und der reformierten Kirche besteht im Recht der Verfassung der Gemeinde¹⁾. Im Bereich des reformierten Protestantismus gilt die Kirchenverfassung nicht nach menschlichem Ermessen, sondern iure divino²⁾. Außerdem unterscheiden sich lutherische und reformierte Ordnungen darin, daß nach reformierter Lehre die (Orts-) Gemeinde die Trägerin der Kirchengewalt ist und nicht die (Gesamt-) Kirche³⁾. Die größeren Kirchenkörper besitzen sie als ein aus dem ursprünglichen Recht der Gemeinde abgeleitetes Recht. Dieser Sachverhalt soll in dem Begriff "Gemeindeprinzip" zum Ausdruck gebracht werden⁴⁾⁵⁾. Die Ausbildung des Gemeindeprinzips ist bei Calvin angelegt, aber praktisch auch im reformierten Kirchenbereich weithin nicht geschehen⁶⁾. Im ganzen Raume des Calvinismus ist es nicht zur Ausformung einer Gemeindeverfassung gekommen. In den deutschen reformierten Gemeinden am Niederrhein hat erst die Bedrückung durch Territorialherren zu echter autonomer Gemeindebildung geführt⁷⁾.

Die stärkere Betonung der Gemeinde im reformierten Kirchen-

- 1) "Die Gemeinde ist ein Gegenstand der theologischen Verkündigung und zugleich die wichtigste Institution der evangelischen kirchenrechtlichen Grundsatzlehre." Hildebrand, S.5.
- 2) Art.25 Confession de foi; siehe auch: Barth, Ordnung, S.11; Rieker, S.68.
- 3) Grundmann, RGG III (1959), Sp.1575; Rieker, S.80.
- 4) Die Entsprechung ist das Kirchenprinzip bei den Lutheranern, Wolf, RGG II (1958), Sp.1329-1338. Auch der frühe Luther bejahte das Gemeindeprinzip, Bohatec, S.500,505.
- 5) Dazu: Schüle, S.122 ff.(125-137); Gammenthaler, S.39-51.
- 6) Rieker, S.81.
- 7) Wolf, RGG II (1958), Sp.1334.

recht erklärt sich aus zwei rechtstheologischen Grundsätzen. Einmal wird der einzelne nur als Glied der Gemeinde erwählt¹⁾. Zweitens haben alle von Gott gestifteten Ämter, die für die Kirche konstitutiv sind, ihre vollgültige Gestalt in der Gemeinde gefunden²⁾. Das Amt besteht im Dienst an der Gemeinde³⁾.

2. Verhältnis von Amt und Gemeinde

Im Abschnitt "Von Schrift und Bekenntnis" des Vorspruches der Grundordnung werden die geltenden Bekenntnisse genannt und das zwischen ihnen bestehende Verhältnis bestimmt. In dem darauf folgenden Abschnitt, der "Grundsätze über Amt und Gemeinde" überschrieben ist, werden unter vier Ziffern die iure divino begründeten Elemente der Verfassung kenntlich gemacht, "auf die die folgende Ordnung gegründet ist".

Der Vorspruch wurde vom altpreußischen konfessionellen Ausschuß erarbeitet, in dem die Vertreter aller Provinzen Altpreußens mitgearbeitet und sich auf diesen Text geeinigt haben. Der Vorspruch sollte in alle Ordnungen der Provinzkirchen aufgenommen werden, so daß er als geistliches Band alle Kirchen der altpreußischen Union miteinander verbinden sollte⁴⁾.

In Ziffer 1 des Abschnitts "Grundsätze über Amt und Gemeinde" wird zu Beginn eine theologische Umgrenzung für die Gemeinde gesucht. In dieser Umschreibung sind weder alle Elemente eines lutherischen, noch reformierten Kirchenbegriffs zu finden⁵⁾, sondern sie läßt (nur) die in beiden Kirchenbegriffen übereinstimmend enthaltenen Elemente erkennen.

1) Schmidt, EKL II (1958), Sp.618-626.

2) Friedrich, EKL II (1958), Sp.1475; Smidt, EKL III (1958), Sp.151.

3) Liermann, Grundlagen, S.7.

4) Böhm, Verhandlungen, S.46.

5) Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion über den Kirchenbegriff in den Bekenntnissen siehe: Bohatec, S.267 ff., 380 ff.; Niesel, Symbolik, S.202 ff.; Heckel, Lex, S.12, 174 ff.; ders., Zwei-Reiche-Lehre, S.11 ff.; Friedrich, S.84; Adam, RGG III (1959), Sp.1574.

Sie werden jedoch in Beziehung zur Gemeinde gebracht und deren Aufgaben damit begründet¹⁾.

Daraus folgt die Bedeutung der Gemeinde und die Aufgaben ihrer Glieder. Alle Gemeindeglieder sind für das gottesdienstliche Leben der Gemeinde verantwortlich. Zur Verwirklichung dessen leitet und erbaut der Heilige Geist die Gemeinde durch mannigfache Gaben, Dienste und Ämter. Die Ausübung der Dienste bedarf grundsätzlich eines Auftrages der Gemeinde. Somit erscheinen die Ämter einander zugeordnet und sollen dazu dienen, das Regiment Christi in der Gemeinde zu festigen²⁾.

Das berechtigt aber nicht zu der Schlußfolgerung, daß alle Ämter den Aussagen dieser Grundsätze entsprechend im Dienst an der Gemeinde aufgingen. Im gleichen Absatz schon fällt auf, daß die Begriffe "Gemeinde" und "Kirche" nicht als Synonyme, sondern unterschiedlich verwendet werden³⁾. Überwiegend wird dabei das eine Amt, das sich in einer Mannigfaltigkeit von weiteren Ämtern entfaltet, mit der Kirche in Verbindung gebracht. Das wird vor allem in Ziffer 2 deutlich. Die Kirche kann und darf nicht - so wird dort ausgeführt - ohne solche Dienste und Ämter sein; nur sie allein hat das Recht, das Amt zu- und abzuerkennen. Wenn wir davon ausgehen, daß der Begriff "Kirche" für die Vereinigung der evangelischen Gemeinden in Berlin-Brandenburg steht⁴⁾, so erscheint das Amt als eine tragende Institution der Kirche.

Eine Lösung des Problems, welcher dieser Begründungen der Vorrang einzuräumen ist, versuchen die Ausführungen unter Ziffer 3 zu geben. Danach sind einerseits "alle Amtsträger an die Gemeinde gewiesen; sie sind ihr für eine ihrem Auftrag entsprechende Amtsführung verantwortlich". Andererseits ist die Gemeinde an das Amt gebunden⁵⁾.

1) "Die Einzelgemeinde, ihr Leben und ihre Ordnung, (ist) das Kernstück jeder Ordnung der Kirche", Böhm, Verhandlungen, S.43,50.

2) Niesel, Symbolik, S.201.

3) Zur Bedeutung der Gemeinde in der Lebensordnung: Kuhn, ZevKR 1962-63, S.274 ff.

4) Art.1 GO

5) Die Grundordnung beinhaltet dazu jeweils Erweiterungen,

Unter diesen Voraussetzungen ist das Verhältnis von Amt und Gemeinde dialektisch zu sehen¹⁾. Dabei ist jedoch zu beachten, daß in Ziffer 4 unter Berufung auf das Priestertum aller Gläubigen und die damit verbundenen Rechte und Pflichten aller Gemeindeglieder das lutherische Amtsverständnis eine stärkere Hervorhebung erfahren hat²⁾.

3. Ämter der Gemeinde

Calvin versteht die Kirche primär vom "ministerium" her. Das ministerium ist mehrfältig, ebenso wie die Fähigkeiten und die Aufgaben der Kirche selbst³⁾. Nach der von Jesus Christus eingesetzten Ordnung sind vier Ämter biblisch-theologisch begründet. Es sind die des Pastors, Doktors, Ältesten und Diakonen⁴⁾. Die Doktoren, Ältesten und Diakonen sind nicht Gehilfen der Pastoren, sie stehen selbständig und gleichberechtigt neben ihnen. Das Amt der Doktoren und Pastoren wurde später zu einem Amt verbunden. Diese Ämter werden in die Verantwortung der Gemeinde gelegt⁵⁾.

Die Grundsätze nennen in ihrer Ziffer 1 ebenfalls eine Mehrämterordnung. Das eine gestiftete Amt, das die Versöhnung verkündigt, gliedert sich mehrfach auf. Ohne dabei bestimmte Namen für die Amtsträger zu nennen, haben drei Ämter ihre rechtstheologische Begründung erfahren, wobei sich das Predigtamt in einer Mannigfaltigkeit von Ämtern der Verkündung und der Lehre zeigt. Diese rechtlich geordneten, kirchlichen Ämter sind keine weltlichen Einrichtungen⁶⁾. Alle Ämter

die andererseits auch zu Einschränkungen führen:

a) Alle Amtsträger sind jedoch in der Erfüllung des göttlichen Auftrags, die rechte Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung zu üben, frei gegenüber der Willkür der Gemeinde und nur an diesen Auftrag gebunden.

b) Doch ist die Gemeinde frei gegenüber einer willkürlichen, den göttlichen Amtsauftrag überschreitenden oder verlassenden Amtsführung.

1) Weber, RGG I(1957), Sp.1597; Wolf, RGG II(1958), Sp.1329-1338.

2) Zur Veränderung der Aufgaben der Gemeinde und die wieder mehr in den Vordergrund drängende Betonung des Amtes in der EKK: Kuhn, ZevKR 1962-63, S.279.

3) Weber, RGG I(1957), Sp.1597.

4) Eph.4,11 ff.; Röm.12,7; 1 Kor.12,28

5) Smidt, EKL III(1958), Sp.150.

6) Grundsätze, Ziff.2

sind gleich- und einander zugeordnet; denn mit Herrschaftsbefugnissen ausgerüstete Führungsämter verstoßen gegen die Heilige Schrift¹⁾²⁾.

a) Pfarrer³⁾

Dieses Amt umfaßt nach reformiertem Verständnis die Auslegung der Schrift, Sakramentsverwaltung, Kirchenzucht und die seelsorgerische Arbeit⁴⁾. Die Grundsätze umschreiben die Aufgaben der Pfarrer als "Amt der Verkündung und der Lehre", die in Artikel 15 näher konkretisiert werden. Die Grundordnung zählt dabei die gleichen Bereiche auf.

b) Älteste⁵⁾

Die Leitung der Gemeinde liegt nach reformiertem Verständnis bei den Ältesten. Sie üben auch die Zucht aus⁶⁾.

Für die Aufgaben der Ältesten wird gleichfalls eine Umschreibung in den Grundsätzen gegeben: sie fördern in der Leitung und Verwaltung der Kirche den Dienst der Verkündigung und wachen darüber. Es ist ein Amt voller geistlicher Verantwortung⁷⁾. Die Leitung der Kirche wird von den Pfarrern und Ältesten gemeinsam ausgeübt.

c) Diakone⁸⁾

Da es zur Unehre Gottes gereichen würde, wenn in der Kirche Arme und Kranke wären, deren Not nicht durch gegenseitige Hilfe der Gemeindeglieder gelindert wird⁹⁾, so ist die Armen- und Krankenpflege und die Almosenverwaltung

1) Grundsätze, Ziff.3

2) In der weiteren Ausbildung der Ämter in der Grundordnung werden dann an späterer Stelle durch neue Formulierungen und andere Begründungen vieles wieder verwischt, z.B. die Artt.15 ff. zu der Rechtsstellung der Pfarrer, der anderen Amtsträger der Gemeinde und der Ältesten. Für die Inkonsistenz zwischen dem Vorspruch und den einzelnen Regelungen auch Ringhandt, Verhandlungen, S.80.

3) Wolf, Ordnung, S.602

4) Bohatec, S.453

5) Wolf, Ordnung, S.626

6) Bohatec, S.454

7) Böhm, Verhandlungen, S.100

8) Wolf, Ordnung, S.629

9) Friedrich, S.85

Aufgabe der Diakone¹⁾.

Für die Aufgaben der Diakone enthalten die Grundsätze ebenfalls eine, wenn auch nicht sehr genaue, Abgrenzung.

Dort heißt es, daß sie das Wort von der Versöhnung in Lob und Dank und einem Leben der brüderlichen Liebe Tat werden lassen. Somit zwar als ein "Amt" auch in Berlin-Brandenburg anerkannt, hat es doch als "anderer Amtsträger" keine hervorgehobene, dieser Bedeutung entsprechende Ausformung erfahren.

4. Gemeindekirchenrat (Presbyterium)

Das Presbyterium wird nach reformierter Verfassungslehre aus den Pfarrern und den Ältesten gebildet²⁾. Es ist das Organ der Kirchenleitung und der Kirchengliederung. Die Funktionen und ihre Träger stehen gleichberechtigt nebeneinander. Alle wichtigen Entscheidungen in der Kirche sollen nicht von einem einzelnen kirchlichen Amtsträger, sondern von einem Kollegium getroffen werden³⁾. Damit soll die Gefahr einer erneuten Hierarchie gebannt werden. Als Kirchengliederungsorgan und Aufseher der Gemeinde mußte das Presbyterium aus Mitgliedern bestehen, die nicht bloß ihre kirchlichen Amtspflichten gewissenhaft erfüllten, sondern im sittlichen und kirchlichen Lebenswandel der Gemeinde ein Beispiel geben könnten⁴⁾.

Der Gemeindekirchenrat entspricht diesem Vorbild weitgehend, Die Leitung der Kirche und die Kirchengliederung wird von den Pfarrern und Ältesten unbeschadet des besonderen Auftrags des Pfarrers⁵⁾ gemeinsam ausgeübt⁶⁾. Der Pfarrer, der der Vorsitzende des Gemeindekirchenrates ist, hat insoweit eine hervorgehobene Stelle, als er die Beschlüsse verwirklicht

1) Friedrich, EKL I (1957), Sp.915; Schütz, EKL I (1957), Sp.919; Jannasch, RGG II (1958), Sp.162.

2) Weerda, EKL III (1959), Sp.304 ff.

3) Rieker, S.123

4) Smidt, S.21

5) Art.48 Abs.1 GO

6) Grundsätze, Ziff.1, Artt.38,48 GO

und den Schriftwechsel durchführt. In einzelnen Fragen der Lebensordnung steht ihm ein sofortiges, alleiniges Entscheidungsrecht zu¹⁾, in anderen kann er vom Gemeindekirchenrat nicht überstimmt werden²⁾.

II. Gemeinde und Kirche

1. Das Verhältnis von Gemeinde und Kirche

Bei uneingeschränkter Geltung des der reformierten Lehre entstammenden "Gemeindeprinzips" ist nur die Gemeinde "eigentlich" Kirche. Die Kirche versteht sich als Verwaltungsgemeinschaft, Gesamtzahl der Gemeinden oder ihre "Dachorganisation"³⁾⁴⁾. Demgegenüber bedeutet das "Kirchenprinzip", daß nur die Kirche "eigentliche" Gemeinde ist⁵⁾.

Bei der Darstellung des Verhältnisses von Amt und Gemeinde nach den Grundsätzen der Grundordnung haben wir als rechtstheologische Begründung für die Gemeinde und ihre Ordnung erkannt: Seine Gemeinde ist die Kirche Jesu Christi auf Erden. In den weiteren Regelungen der Grundsätze wechseln jedoch die Begriffe "Gemeinde" und "Kirche" miteinander ab. Zwischen ihnen besteht keine Identität, sie werden nicht als Synonyme gebraucht. Dies ergibt sich aus den Hinweisen auf das Amt, die Leitung und die Rechte und Verpflichtungen gegenüber einer weltlichen Instanz. Für Gemeinde und Kirche werden je eigene Ordnungsaufgaben genannt. In den Ausführungen der vier Ziffern der Grundsätze wird das "Gemeindeprinzip" stärker betont⁶⁾, während in der Ausgestaltung der einzelnen Ordnungsbereiche mit den mehrfachen Aufsichts-

1) Artt.46 Abs.2, 73 LebO

2) Artt.9,61 LebO. In diesen beiden Regelungen zeigt sich das Spannungsverhältnis von Amt und Gemeinde besonders, Kuhn, ZevKR 1962-63, S.275 ff.

3) Wolf, Ordnung, S.569

4) Die französisch-reformierten Gemeinden in Berlin nennen sich daher auch Französische Kirche zu Berlin.

5) Althaus, S.305

6) "Die Einzelgemeinde, ihr Leben und ihre Ordnung, (ist) das Kernstück jeder Ordnung der Kirche", Böhm, Verhandlungen, S.43.

Einspruchs- und Ersetzungsbefugnissen der Leitungsorgane das "Kirchenprinzip" eine größere Ausweitung erfahren hat¹⁾. So wie Gemeinde und Amt aufeinander gewiesen sind, so stehen auch Gemeinde und Kirche zueinander in dialektischer Entsprechung²⁾³⁾.

2. Leitungsorgane vom "Gemeindetypus"⁴⁾

Presbyterien und Synoden sind nach den reformierten Verfassungsgrundsätzen Träger der Kirchengewalt in dem Sinne, daß sie mit ihren Beschlüssen, Anordnungen und Maßnahmen allein dem Haupt der Kirche, Jesus Christus, zu dienen haben. Jegliche Priester- und Laienherrschaft in der Kirche ist deshalb nicht zu dulden. Keine Gemeinde hat vor der anderen einen Vorrang. Die Zusammenfassung der einzelnen benachbarten Gemeinden geschieht durch die Synoden, die sich aus Predigern und amtierenden Ältesten zusammensetzen. Hierbei unterscheiden wir Kreis- (colloque, classis) und Provinzialsynoden. Sie sind als echte regionale Leitungsgemeinden aufgebaut. Es erhebt sich über den synodal vereinigten Gemeinden keine Kirche, die dann ein hervorgehobenes Regierungs- und Führungsrecht geltend machen kann. Es gibt keine behördlichen Verwaltungsorgane.

Die sachliche Zuständigkeit erstreckt sich auf alle Angelegenheiten, die für die Gesamtheit der ihr zugehörigen Gemeinden von Bedeutung und Interesse sind, als Rechtsmittel- und Schlichtungsinstanz und für gewisse Aufsichtsbefugnisse.

Dem Vorbild der reformierten Kirchenverfassung entsprechend sind die Gemeinden in Kreis- und Provinzialsynoden zusammengefaßt. Für diesen Zusammenschluß enthält die Grundordnung

1) Für die Inkongruenz zwischen Vorspruch und den einzelnen Regelungen: Ringhandt, Verhandlungen, S.80.

2) Wolf, Ordnung, S.569

3) "Christus ist in jedem einzelnen ganz und doch nur Einer und wiederum in keinem ganz, und wird nur von allen Menschen zusammen ganz besessen. So ist jede einzelne Gemeinde Leib, und doch gibt es nur einen Leib, und wiederum kann nur die Gesamtgemeinde alle Beziehungen im Leibe Christi aktualisieren"; Bonhoeffer, S.168.

4) Wolf, Ordnung S.689 ff.; Smidt S.33 ff.; Weerda, EKL III (1959), Sp.304-309.

keine theologische Begründung; es werden dafür nur praktische Zweckgesichtspunkte angeführt¹⁾.

Die Zusammensetzung und die Aufgaben der Synoden lassen ihren Mischcharakter²⁾ aus "Amts"- und "Gemeindetypus" erkennen, wobei die "amtstypischen" Elemente in der Provinzialsynode stärker ausgeprägt sind. Die Synoden bestehen nicht nur aus den Pfarrern und den gewählten Ältesten, sondern auch zu einem Teil aus Mitgliedern, die von der Kirchenleitung beziehungsweise vom Kreiskirchenrat ernannt werden³⁾. Als Aufgaben zählt die Grundordnung nur solche auf, die für den Kreis oder für die Landeskirche von allgemeiner Bedeutung sind. Es werden speziell der Vollzug der aufgetragenen Wahlen, Verwaltung der Gelder, Schaffung besonderer Einrichtungen und für die Provinzialsynode noch die Gesetzgebungsbefugnis genannt⁴⁾. Außerdem sind sie berechtigt, den Gemeinden Rat und Mahnung für ihr geistliches Leben zu erteilen⁵⁾.

3. Kollektivorgane⁶⁾

Ein Organ, das während der Zeit, da die Synode nicht versammelt ist, die dringlichen Aufgaben durchführt, kennt die frühe Entwicklungsstufe der Presbyterial-Synodalverfassung nicht. Diese Organe entstanden aus der Sachnotwendigkeit, nach ihr bildeten sich kollegiale Konsistorien. Dem reformierten Gedanken entspricht eine weitgehende Abhängigkeit der leitenden Organe von der Gesamtheit der Kirchengemeinden und ihrer Vertretungsorgane. Grundsätzlich sind deshalb die reformierten Synoden die eigentlichen Behörden des Kirchenregiments, die Organe kirchlicher Leitung und Verantwortung⁷⁾.

1) Artt.81, 119, 120 GO

2) Zur Entstehung und Problematik der Mischverfassung in der Vergangenheit: Liermann, Kirchenrecht, S.172-175; Wolf, Ordnung, S.406-411.

3) Artt.84 Abs.1 Ziff.4 und 5, Abs.2 und 3; 85 Ziff.2-5; 127 Abs.1 Ziff.4-7, Abs.2; 128 Ziff.3 und 4 GO.

4) Artt.81, 82, 119-125 GO

5) Artt.81, 121 GO

6) Hierzu die Literaturangaben auf S.27, Fußnote 4.

7) Rhon, S.31 ff.; 71 ff.; Rieker, S.161 ff.

Kollektivorgane sind in Berlin-Brandenburg heute der Kreiskirchenrat und die Kirchenleitung. Sie nehmen gegenüber den Synoden und den Leitungsorganen vom "Amtstypus" eine eigenartige Zwischenstellung ein. Das zeigt sich in den ihnen zugewiesenen Aufgaben.

Der Kreiskirchenrat besteht aus 5 oder 6 Mitgliedern. Es gehören ihm der Superintendent kraft seines Amtes, ein bis zwei Geistliche und drei Kreisälteste auf Grund einer Wahl an¹⁾. Dem Kreiskirchenrat sind einerseits die Aufgaben der Kreissynode zugewiesen, solange sie nicht tagt oder nicht einberufen werden kann²⁾; andererseits sind ihm eigene Aufgaben wie Kreiskirchenvisitationen, Überwachung der wirtschaftlichen Gemeindeverwaltung, Beschwerdeinstanz für die von der Gemeinde geübte Zucht³⁾, Beratung des Superintendenten etc. übertragen⁴⁾.

Einen überwiegend "amtstypischen" Aufbau zeigt die Kirchenleitung. Sie besteht aus allen Mitgliedern der Kirchenleitungsorgane vom "Amtstypus" als geborenen (konsistorialen) Mitgliedern und aus gewählten Synodalen (presbyterialen Mitgliedern) in gleicher Zahl. Von den aus der Synode gewählten Angehörigen sollen nicht mehr als die Hälfte im Pfarramt angestellte Geistliche sein⁵⁾. Dieses kirchliche Leitungsorgan umfaßt insgesamt 20 Mitglieder⁶⁾.

Die Kirchenleitung nimmt ihr zugewiesene und, in geringem Umfang, eigene Aufgaben wahr. So sind ihr die Aufgaben der Provinzialsynode übertragen, wenn diese nicht tagt oder nicht einberufen werden kann. Dabei steht ihr für die Erledigung wichtiger Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, ein Notverordnungsrecht zu⁷⁾. In Ausführung dieser

1) Art.97 GO

2) Artt.92 Abs.2, 93 GO

3) Art.94 Abs.1 GO; Beschwerdeinstanz ist in einigen Angelegenheiten der Superintendent allein, siehe unten S.32

4) Artt.92 Abs.3, 94-96 GO

5) Art.135 GO

6) Durch die gegenwärtige politische Lage in Berlin-Brandenburg besteht für jede regionale Synode eine Kirchenleitung. Im Bereich der Regionalsynode Ost gehören ihr 14 und im Bereich West 12 Mitglieder an, siehe unten S.89 f.

7) Art.132 Abs.2 GO

Aufgaben steht sie unter einer mehrfachen, im Zweifelsfalle entscheidenden Kontrolle der Synode¹⁾.

Als eigene Angelegenheiten der Kirchenleitung sind vor allem das Recht zur Berufung der im provinzialkirchlichen Dienst anzustellenden Geistlichen und kirchlichen Beamten oder Angestellten zu nennen²⁾, sowie das Recht, Beschlüsse der Gemeindekirchenräte, der Kreissynoden und der Kreiskirchenräte außer Kraft zu setzen, wenn sie mit Schrift und Bekenntnis nicht vereinbar sind oder eine in anderer Weise nicht zu behebende Gefahr für das kirchliche Leben darstellen³⁾.

4. Leitungsorgane vom "Amtstypus"

Den reformierten Grundgedanken über das Kirchenordnungsrecht war die Errichtung eines durch einen einzelnen Amtsträger verwalteten geistlichen Aufsichtsamtes ursprünglich völlig fremd, während es in den lutherischen Kirchen schon seit der Reformation bestanden hat⁴⁾. In der "Discipline" wird ausdrücklich die Unzulässigkeit der Superintendenten- und ähnlicher Ämter festgestellt⁵⁾. Danach dürfte es solche Ämter in reformierten Kirchenbereichen eigentlich gar nicht geben⁶⁾.

Dieser Grundsatz wurde aber bald praktisch abgeschwächt;

1) Artt.132 Abs.4 und 5, 133 Abs.2 GO

2) Art.133 Abs.3 GO

3) Art.134 Abs.1 GO; diese Regelung findet auf die reformierten Organe gemäß Art.134 Abs.2 GO keine Anwendung.

4) Friedrich, EKL III (1959), Sp.1231; Wolf, Ordnung, S.699ff.

5) 1.Kapitel, Art.XVIII: On se gardera de la coüture qui s'est trouvée en quelques lieux, de députer certains Ministres par les Synodes Provinciaux pour visiter les Eglises. Etant suffisant l'ordre dont on a usé jusques ici pour avoir connaissance des scandales. Et est condamnée cette manière de nouvelles charges et états, pour être de dangereuse conséquence, comme aussi sont rejetez tous noms de superiorité, comme Anciens de Synodes, Superintendants, et autres semblables. Si seront les avertissemens pour assembler les Colloques ou Synodes, ou des choses qui en dépendent, adressés à une Eglise, et non à un certain Ministre, ou autre particulier d'icelle ...

6) Rieker, S.119 ff.

vor allem im Bereich der deutschen Reformation mußte auf ihn infolge des sogenannten "landesherrlichen Kirchenregiments" weithin verzichtet werden.

Erst auf der Duisburger Generalsynode (1610) wurde das Amt eines "Inspektors" eingeführt, das allmählich, dem lutherischen Superintendenten vergleichbar, ausgestaltet wurde¹⁾. Seine Rechtsstellung gegenüber den Gemeinden ist jedoch eine andere. Der "Inspektor" wird von der Synode für wenige Jahre gewählt und ist ihr Vertrauensmann.

Kirchliche Leitungsorgane vom "Amtstypus" sind in Berlin-Brandenburg der Superintendent, der Generalsuperintendent und der Bischof²⁾³⁾, auf deren Rechtsstellung auch Grundsätze aus dem reformierten Verfassungsrecht einwirken.

a) Superintendent

Die beiden Entwicklungslinien, die zur Entstehung und Ausgestaltung dieses Amtes beigetragen haben, lassen sich noch deutlich aus der Grundordnung ablesen. Autonom-gemeindliche Stellung wechselt mit autoritativ-amtlicher ab, wobei letztere jedoch das Übergewicht hat, wie die folgende Darstellung zeigt.

Der Superintendent wird von der Kirchenleitung auf Vorschlag des Bischofs für den Kirchenkreis berufen. Wenn jedoch mehr als zwei Drittel der Gemeindepfarrer des Kreises und die Mitglieder des Kreiskirchenrates widersprechen, muß der Bischof einen anderen Vorschlag unterbreiten⁴⁾. Der Superintendent wird auf Lebenszeit bestellt. Er kann nur mit Zustimmung der Kirchenleitung oder auf Anraten des Bischofs im Einvernehmen mit dem Konsistorium zurücktreten. Wenn er diesem Rat nicht folgt, so entscheidet die Kirchenleitung⁵⁾.

Der Superintendent ist Pfarrer in einer Gemeinde seines

1) Frost, S.131 ff.

2) Zur Rechtsstellung des Pfarrers siehe oben S.24.

3) Die Präpste sind die geistlichen Leiter der Abteilungen Berlin und Brandenburg im Konsistorium, Art.142 Abs.2 GO.

4) Art.77 Abs.1 GO

5) Art.78 Abs.2 GO

Kreises¹⁾. Er ist Träger eines selbständigen geistlichen Leitungsamtes, sein Wirken aber ist brüderlicher Dienst unter Gottes Wort, er ist der Vertrauensmann der Geistlichen²⁾.

Der Superintendent leitet zusammen mit dem Kreiskirchenrat den Kreis und führt die Visitationen durch³⁾. Er ist Vorsitzender der Synode und des Kreiskirchenrates und vertritt den Kreis vor der Öffentlichkeit.

Er nimmt in der Verwaltung des Kirchenkreises auch bestimmte, eigene Aufgaben wahr. Dabei handelt es sich vor allem um Beschwerden in Fragen der Lebensordnung⁴⁾.

b) Generalsuperintendent

In der Bestellung⁵⁾ und in den Aufgaben⁶⁾ des Generalsuperintendenten sind ausschließlich "amtstypische" Elemente zu erkennen. Seine Pflichten decken sich nahezu mit denen des Bischofs. Seine Stellung ist geistlich-rechtlich die eines Bischofsvertreters⁷⁾.

c) Bischof

Der Bischof ist nach der geltenden Grundordnung der "leitende Geistliche" in Berlin-Brandenburg⁸⁾. Damit ist jedoch keine geistliche Leitungsgewalt gemeint; denn die Errichtung besonderer, mit Herrschaftsbefugnissen ausgerüsteter Führungsämter verstößt gegen die Heilige Schrift⁹⁾. Die Rechtsstellung des Bischofs entspricht weniger dem "Amtstypus" als die des Generalsuperintendenten. "So ist denn der Bischof im Grunde genommen der synodale Bischof, der ebenso frei und ungebunden gegenüber den Leitungsorganen ist, wie der Pastor gegenüber seinem Gemeindekirchenrat."¹⁰⁾¹¹⁾

1) Art.78 Abs.1 GO

2) Artt.72, 75 Abs.1 GO

3) Artt.72 Abs.2, 88 Abs.1, 92 Abs.1 GO

4) Art.61 LebO (Versagung der Trauung)

5) Art.111 GO

6) Artt.107, 109, 110, 127 Ziff.1, 135 Abs.1 Ziff.3 GO

7) Böhm, Verhandlungen, S.63

8) Art.113 Abs.2 GO

9) Grundsätze, Ziff.3; Böhm, Verhandlungen, S.61

10) Böhm, Verhandlungen, S.64

11) Zur Rechtsstellung des Bischofs, siehe Anhang zum 3.Kapitel, S.101.

III. Staat und Kirche

Übereinstimmend fordern die Reformatoren eine strenge Unterscheidung von geistlichem und weltlichem Regiment¹⁾. Nach Calvin regiert Gott die ganze Welt und ihre "inferiora" durch den Staat und die Kirche, damit durch beider Tätigkeiten das Heil und die äußere Wohlfahrt des Menschengeschlechtes befestigt werde²⁾.

Der Einzelstaat ist eine organische Einheit mit zwei Gewalten, der weltlichen und der kirchlichen. Diese werden von dem in einem "Staatsorganismus vereinigten Volk" umfaßt. Der Christ hat dem Staat und der Kirche Gehorsam zu leisten, da er - weil beide Regimente von Gott gesetzt sind - dadurch auch gegenüber Gott Gehorsam übt³⁾.

Der Staat hat dabei die Aufgabe, das ganze menschliche Geschlecht und insbesondere auch die Kirche zu schützen und zu erhalten. Die Kirche wacht über Einheit und Reinheit der Lehre, wozu auch die Amtsausübung der Prediger und die Verwaltung des Kirchenvermögens gehören⁴⁾.

Staat und Kirche dürfen auf ihren unterschiedenen Betätigungsgebieten Selbständigkeit beanspruchen, weil sie als von Gott eingesetzte Ordnungen gleichwertig sind. Daher ist es unzulässig, daß der eine Teil sich eigenmächtige Übergriffe in das Betätigungsgebiet des anderen erlaube. Jede Vermischung von weltlicher und geistlicher und geistlicher mit weltlicher Gewalt ist unzulässig. Die Herrschaft der Kirche über den Staat ist eine papistische Tyrannei. Aber auch die Herrschaft des Staates über die Kirche läuft auf eine Tyrannei hinaus⁵⁾. Damit steht nicht im Widerspruch, daß Calvin (wie Luther) die Obrigkeit als ein "praecipuum membrum ecclesiae" bezeichnet hat; denn Gott hat ihr eine besondere Würde zum Schutz der Kirche gegeben. In der Kirche

1) Mit eingehender Abgrenzung gegenüber der lutherischen Lehre: Niesel, Symbolik, S.242 ff.

2) Bohatec, S.611

3) Zum Widerstandsrecht gegen eine tyrannische Obrigkeit siehe: Bohatec, S.75 ff.; Baur, S.126 ff.

4) Bohatec, S.611 ff.; Baur, S.144 ff.

5) Bohatec, S.614; Baur, S.145.

darf sie sich jedoch nur als Privatperson betätigen, da sonst der Unterschied zwischen geistlicher und weltlicher Macht verwischt wäre¹⁾. Obwohl die weltliche Obrigkeit nicht zugleich auch die geistliche Obrigkeit sein kann, schließt Calvin die Möglichkeit nicht aus, daß dieselbe Person zugleich ein weltliches und ein geistliches Amt bekleidet²⁾. Zwischen dem weltlichen und dem geistlichen Regiment besteht eine wunderbare Harmonie und Zusammenarbeit³⁾; denn wie die Kirche den Staat als Beschützer braucht, so ist umgekehrt die Kirche eine wesentliche Stütze des Staates. Es wäre daher ein Irrtum anzunehmen, Calvins Ziel sei ein "theokratischer", von der Kirche beherrschter Staat gewesen. Er arbeitete auf das Ideal eines christlichen Staates hin, aber er wollte keine Priesterherrschaft. Das bürgerliche und das geistliche Regiment werden bei Calvin mit den Augen des menschlichen Körpers verglichen, deren eines durch die Verletzung des anderen ungemein leiden würde. Die Kirche hat deshalb auf die weltlichen Behörden zu achten, "mit denen sie durch ein heiliges Band vor Gott verbunden" ist, "um in gemeinsamer Arbeit dasselbe Ziel zu erreichen". Jede Obrigkeit muß sich daher von der Kirche Gottes Wort sagen lassen⁴⁾.

Im folgenden soll nicht das Verhältnis von Kirche und Staat mit den gegenseitigen Abgrenzungen und Verknüpfungen allgemein erörtert⁵⁾, sondern nur seine in der Grundordnung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg enthaltene Regelung aufgezeigt werden.

Die Grundordnung hat zwar auf grundsätzliche oder umfassende Fixierung der rechtlichen Beziehungen zwischen Kirche und

1) Bohatec, S.625 ff.

2) Baur, S.146

3) Bohatec, S.625 ff.; Baur, S.149 ff.

4) Bohatec, S.614; Baur, S.149, 267

5) Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, daß das Gebiet der Kirche im Bereich zweier, unterschiedlicher Verfassungssysteme liegt. Die staatliche, verfassungsrechtliche Lage behandelt für die regionale Synode West: Smend, ZevKR 1951-52, S.4 ff.; Scheuner, RGG III (1959), Sp.1327 ff.; Reicke, EKL III (1959), Sp.1120-1121; und für die regionale Synode Ost: Jacobi, ZevKR 1951-52, S.113 ff.; Meinecke, S.55 ff.; Reicke, EKL III (1959), Sp.1120.

Staat verzichtet; sie enthält aber gewisse Richtlinien und gibt Hinweise auf die rechte theologische Haltung der Kirche gegenüber dem Staat und für die Funktionen der Kirche im öffentlichen Leben.

Das Verhältnis von Kirche und Staat erläutern die Barmer Erklärung¹⁾ und zahlreiche Artikel der Grundordnung. Die Eigenständigkeit von Kirche und Staat ergibt sich aus These 5 der Barmer Erklärung; beide bestehen nach göttlicher Anordnung. Aus dieser Eigenständigkeit ergibt sich die Grenzziehung zwischen beiden; denn weder Staat noch Kirche dürfen über ihren besonderen Auftrag hinaus sich vermessen, die einzige und totale Ordnung des menschlichen Lebens zu werden und zu wollen. In den Artikeln der Grundordnung wird dieses Verhältnis näher bestimmt. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg leitet sich selbst²⁾. Über Lehre und Ordnung entscheidet sie, gebunden an Schrift und Bekenntnis, allein. Sie ist unabhängig in der Aufstellung ihrer Grundsätze und der Gestaltung ihrer Einrichtungen, in Verleihung und Aberkennung ihrer Ämter und in der Erfüllung ihrer Aufgaben³⁾. Die Kirche hat ihre Unabhängigkeit zu wahren⁴⁾.

Außer diesen Sätzen zur Abgrenzung vom Staat enthält die Grundordnung auch Bestimmungen, die von der Verantwortung der Kirche für das Geschehen in der Welt sprechen; denn die geistliche Mitte der Kirche ist faktisch auch die Mitte des Wesens und Bestandes des Staates. Als freie Kirche kann sie ihn an seine Grenzen und damit an seine Bestimmung erinnern⁵⁾⁶⁾.

1) Die Theologische Erklärung von Barmen ist eine Bekenntnisschrift der Kirche, Vorpruch Ziff.5; s.o. S.13 Anm.2.

2) Artt.2 Abs.2, 119 GO

3) Grundsätze, Ziff.2, Art.2 GO

4) Art.119 GO

5) Barth, Ordnung, S.26; These 5 der Theologischen Erklärung; siehe auch Art.41 DDR-Verfassung.

6) Neuerdings: "Die zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche"; KidZ 1963, S.230-233. Dazu das im wesentlichen zustimmende Gutachten von K.Barth (KidZ 1963, S.414 416), das auf Bitten des Moderaments von Berlin-Brandenburg erstellt worden ist.

Die Provinzialsynode, der Bischof und die Kirchleitung¹⁾ haben acht auf die geistigen, kulturellen, sozialen und politischen Strömungen des öffentlichen Lebens und sorgen dafür, daß die Kirche ihren Dienst am Volk und an der nicht-christlichen Welt wahrnimmt. Sie wachen darüber, daß die Geltung der Gebote Gottes im öffentlichen Leben anerkannt wird, und erheben Einspruch, wenn die Menschen verführt oder gezwungen werden, die Gebote zu übertreten. Sie sollen dafür eintreten, daß "Regierung und Volk die ihnen durch die Herrschaft Christi gesetzten Grenzen innehalten und der Verkündigung der Frohen Botschaft Raum geben"²⁾.

1) In geringem Umfang auch die Organe des Kirchenkreises, Artt.72 Abs.2, 81, 93 GO.

2) Artt.114, 119, 120 GO.

3. Kapitel

Verfassung und Verwaltung der reformierten Gemeinden in Berlin-Brandenburg¹⁾

I. Ordnung des Gottesdienstes

Die "geistliche Rechtsgestalt" der Kirche als einer Bekenntnisgemeinschaft zeigt sich in der Gottesdienstordnung. Die Gottesdienstordnung geht jeder anderen Ordnung vor; sie ist bekenntnisgebunden und bekenntnisbezeichnend. Die Ordnung der Gemeinschaft gestaltet sich aus der Ordnung im Gottesdienst²⁾.

1. Ius Liturgicum³⁾

Die grundlegenden Zeichen der Kirche (notae externae) sind Wort und Sakrament. Die geordnete Wort- und Sakramentsverwaltung erfolgt im Gottesdienst.

Die Agende ist die Quelle für das Ius Liturgicum. In Berlin-Brandenburg gilt die Agende der EKV vom 29.1.1964⁴⁾. An diese Agende sind die Gemeinden gebunden; sie ist für jeden Diener am Wort verbindlich⁵⁾. Sie ist so angelegt, daß sie allen Gemeinden gerecht werden kann; entsprechend der bisherigen Gestaltung der Agende⁶⁾ enthält sie mehrere Formulare. Die "Andere Form" ist für den Gottesdienst der reformierten Gemeinden bestimmt⁷⁾.

- 1) Das 3.Kapitel enthält nicht das gesamte geltende Recht für die reformierten Gemeinden. Die Rechtslage wird nur insoweit dargestellt, als für diese Gemeinden Besonderheiten und Eigentümlichkeiten bestehen.
- 2) Barth, Ordnung, S.35 ff.; Wolf, Niemöller-Festschrift, S.254 ff.
- 3) Zur Geschichte des Ius Liturgicum unter besonderer Berücksichtigung für die EKV, Söhngen ZevKR 1961-62, S.303 ff.
- 4) Sie wird nach und nach in Kraft gesetzt; I.Teil, KABl.1962/30, II.Teil, KABl.1965/58 mit Durchführungsbestimmungen, dazu KABl.1965/63 und 1966/12.
- 5) Artt.34, 121 GO
- 6) Geppert, S.372 ff.; Beckmann, Lamparter, S.365-370.
- 7) "Von den drei Formularen für die Kindertaufe und den zwei Formularen für die Taufe eines Erwachsenen, die die Tauf-agende der Evangelischen Kirche der Union enthält, sind das Formular A3 (Kindertaufe) und das Formular E2 (Erwach-

...

Der Bekenntnisbezogenheit der Gottesdienstordnung sollte damit entsprochen werden. Die Agende hat die grundsätzliche Zustimmung des Moderamens gefunden; freilich hat es auch von seinem Recht, den Gottesdienst mit Einschluß der Sakramente und die Dienste der Predigt im Rahmen der gesamtkirchlichen Ordnung zu ordnen¹⁾, Gebrauch gemacht, indem es einige Einschränkungen und Veränderungen festlegte. "Das Moderamen bekundet mit der Freistellung des Gebrauchs der neuen Agende seinen Willen" - so heißt es in den Richtlinien dazu²⁾ - "an der Union festzuhalten und soweit als möglich, die Gemeinschaft mit den nichtreformierten Gemeinden zu pflegen". Es sollen aber Formulierungen und Gebräuche vermieden werden, die dem reformierten Verständnis biblischer Aussagen nicht entsprechen³⁾.

Ein besonders wichtiger Satz der Richtlinien bestimmt, daß in Gemeinden, wo seit Generationen völlig andere Gottesdienstformen bestehen, diese unangetastet bleiben sollen⁴⁾. Damit ist der Agendenzwang der Grundordnung praktisch aufgehoben; diese Befreiung hat ihre Rechtsgrundlage in den Artikeln 151 Abs.1, 67, 106 und 126 der Grundordnung.

senentaufe) für die Gemeinden bestimmt, die der Vereinigten reformierten Kreissynode angehören", Beschluß der regionalen Synode in West-Berlin, KABl.1962/30; Richtlinien II, Ziff.II,1.

1) Art.106 Abs.1 GO

2) Richtlinien zur neuen Agende vom 29.1.1962, KABl.1962/30; Richtlinien für die Einführung und Verwendung der Agende für die Evangelische Kirche der Union (II.Band: Die Kirchlichen Handlungen) in den reformierten Gemeinden Berlin-Brandenburg vom 15.9.1965, KABl.1966/1.

3) Richtlinien II, Ziff.I 1.

4) Richtlinien I, Ziff.7.

Die bethlehems-gemeinde in Berlin, die einst von Einwanderern aus Böhmen gegründet worden ist, benutzt neben der reformierten Liturgie am Heiligen Abend die altüberlieferte Form der "böhmischen Christfeier", Auskunft der Bethlehemsgemeinde vom 14.5.1965.

2. Wortverwaltung

Die geltenden Gottesdienstordnungen der Gliedkirchen der EKD verstehen darunter Predigt und Seelsorge¹⁾.

a) Predigtordnung

Die Grund- und Lebensordnungen, die ebenfalls die grundsätzliche Zustimmung des Moderaments erfahren haben²⁾, stellen für die Predigt nur Grundsätze auf; vieles bleibt dem Ermessen des Predigers und der eingeführten Agende überlassen. Die Artikel 32 bis 41 der Lebensordnung geben Richtlinien für den Aufbau des Gottesdienstes, der auch in einer fremden Sprache erfolgen kann³⁾.

Die Gemeinde lebt in der Ordnung des Kirchenjahres⁴⁾. Während sich danach in den lutherischen Gemeinden die Schriftlesungen, Lieder und Gebete des Gottesdienstes, auch Altar- und Kanzelbekleidung richten, haben die zur Vereinigten-reformierten Synode gehörenden Gemeinden eine größere Freiheit für die Gestaltung der Gottesdienste im Lauf des Kirchenjahres. Es besteht kein Perikopenzwang; vielmehr wird die Predigt über fortlaufende Schriftabschnitte empfohlen⁵⁾.

Im Gottesdienst ist der revidierte Text der Luther-Übersetzung der Heiligen Schrift zu verwenden. Das gilt auch für

1) Wolf, Ordnung, S.525.

2) Bericht von der Vereinigten-reformierten Kreissynode 1954, RKZ 1954/289. Zur Lebensordnung erschienen dann die "Erläuterungen des Evangelisch-reformierten Moderaments Berlin-Brandenburg zur Ordnung des Kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche der Union am 6.5.1955", KABl.1958/1. "Mit diesen Erläuterungen werden den Gemeinden der beiden reformierten Kirchenkreise die Besonderheiten mitgeteilt, welche sich für die reformierten Gemeinden auf Grund ihres Bekenntnisses und ihrer bekenntnisbezogenen Ordnung in Bezug auf die Lebensordnung ergeben. Für die Handhabung der ganzen Lebensordnung werden die Presbyterien auf die christliche Freiheit hingewiesen, da man an jedem Ort gewisse besondere Einrichtungen haben kann (Gallicana 32). Sie werden aber auch auf die Gebundenheit hingewiesen, daß alle kirchliche Ordnung dem Frieden, der Einheit und dem Gehorsam zu dienen hat (Gallicana)." "

3) Art.4 Abs.2 GO. In den französisch-reformierten Gemeinden wird auch heute noch gelegentlich ein Gottesdienst in französischer Sprache gehalten.

4) Art.34 Abs.2 LebO.

5) Richtlinien I Ziff.3, Erläuterungen Ziff.4.

die reformierten Gemeinden. Es ist ihnen jedoch nicht verwehrt, "gelegentlich" eine "genauere" Bibelübersetzung zu verwenden¹⁾. Bei sprachlich unzutreffenden Formulierungen in der "Luther-Bibel" steht es im Ermessen des Pfarrers, eine andere Übersetzung zu verwenden, insbesondere die "Züricher Bibel".

Die im Gottesdienst der Gemeinde gesungenen Lieder werden aus dem von der Synode genehmigten Gesangbuch entnommen²⁾. Da im Gottesdienst der reformierten Gemeinden liturgisches Wechselsprechen oder Wechselsingen zwischen Pfarrer und Gemeinde nicht Brauch ist, aber der Psalmengesang besonders gepflegt werden soll, so war auch bei der Gestaltung des Gesangbuches hierauf Rücksicht zu nehmen. In Berlin-Brandenburg besteht ein einheitliches Gesangbuch mit einem besonderen Teil für die reformierten Gemeinden. Die Ausgabe enthält die Lieder 1-498 der allgemeinen Ausgabe des Evangelischen Kirchengesangbuches und an Stelle der (lutherischen) Anhänge 31 Psalmen, den Heidelberger Katechismus, die Barmer Erklärung und einige liturgische Formulare³⁾.

Taufe und Abendmahl werden im (oder in einem besonderen) Gottesdienst gefeiert⁴⁾. Dabei entspricht es guter reformierter Sitte, daß Älteste oder Diakone am Tisch des Herrn dienend beteiligt sind.

b) Seelsorgeordnung

In der Seelsorge nimmt die Kirche ihren Dienst am Wort durch Zuspruch und Tröstung, Ermahnung und Warnung wahr. Der Artikel 47 der Lebensordnung enthält die Ordnung der Seelsorge.

1) Art.36 LebO, Erläuterungen Ziff.5

2) Artt.121 GO, 36 LebO

3) "Die evangelisch-reformierten Gemeinden bleiben durch Einführung der reformierten Ausgabe des Kirchengesangbuches in voller Gemeinschaft mit den anderen evangelischen Kirchengemeinden, aber sie werden durch diese Ausgabe aufgefordert, mit den reformierten Vätern den Psalmengesang zu erneuern und sich zu dem Heidelberger Katechismus zu bekennen", Einführung des neuen Kirchengesangbuches, KABl.1953/56.

4) Artt.1, 42, 44, 46 LebO und Erläuterungen, Ziff.6.

aa) Einzelseelsorge

Zur Einzelseelsorge sind Pfarrer, Älteste, die Junge Gemeinde und alle anderen zum Dienst in der Gemeinde Gerufenen beauftragt¹⁾. Sehr ausführlich und eingehend wird in der Besuchsordnung für die reformierten Gemeinden dieser Bereich der Gemeindegliederung geregelt²⁾.

bb) Seelsorge an Kirchenfremden

Alle Gemeindeglieder sind auch gerufen, sich der nicht zur Kirche Gehörenden mit tröstenden und mahnenden Worten anzunehmen und ihnen zurecht zu helfen³⁾. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in der Besuchsordnung für die reformierten Gemeinden eingehend geregelt.

cc) Seelsorgerliche "Handhabung des Schlüssels"

Sie erfolgt durch Entgegennahme der Beichte und Ausübung der Zucht.

Die Lebensordnung unterscheidet in Artikel 48 die allgemeine von der Einzelbeichte. Die allgemeine Beichte kennen die reformierten Gemeinden im Gottesdienst als sogenannte "offene Schuld", auch wird vor dem Abendmahl eine "besondere Vorbereitung" gehalten⁴⁾. Hierzu werden entweder aus dem Heidelberger Katechismus die Fragen über das Abendmahl verlesen oder das entsprechende Formular aus dem Kirchenbuch Calvins, das einer lutherischen Vorbereitung sehr ähnlich ist⁵⁾. Einzelberichte mit Absolution durch den Pfarrer wird von den reformierten Kirchen abgelehnt. "Doch ist es biblisch begründet, wenn jemand von der Last der Sünde und Versuchungen bedrängt, sich im Stillen oder von einem Diener der Kirche oder von irgend einem Bruder, der im Gesetz Gottes gelehrt ist, Rat, Unterweisung und Trost holen will (Helvetica II, 14). Die Sündenvergebung kann von Menschen nicht vollzogen, sondern nur verkündet werden"⁶⁾.

1) Artt.47 Abs.2, 51 Abs.3 LebO; 33 Abs.3, 48 Abs.6 GO.

2) Besuchsordnung für die reformierten Gemeinden in Berlin-Brandenburg, KABl. 1952/Beilage vom 15.4.1952.

3) Art.47 Abs.2 LebO

4) Erläuterungen Ziff.8

5) Auskunft von Pfarrer Manoury vom 4.12.1965

6) Erläuterungen Ziff.8

Für die Kirchenzucht kommt die Lebensordnung als Grundlage in den reformierten Gemeinden nicht in Betracht¹⁾. Die christliche Bußzucht ist durch den Heidelberger Katechismus, Frage 85 geregelt. Der Kirchenbann und seine Aufhebung ist für die französischen Gemeinden durch Discipline V, 9-29 geordnet²⁾. Die allgemeine Bestimmung für die reformierten Gemeinden ist also im Heidelberger Katechismus enthalten. Da darin der Kirchenbann jedoch nicht vorgesehen ist, so muß für die - praktisch kaum noch vorkommende - Exkommunikation in den französisch-reformierten Gemeinden auf die Discipline mit ihrer ausführlichen Regelung des Verfahrens hingewiesen werden³⁾.

3. Sakramentsverwaltung

Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg gewährt den Gliedern aller Gemeinden Anteil an den Sakramenten⁴⁾.

a) Taufordnung

Die Taufordnung ist in den Artikeln 1-9 der Lebensordnung geregelt. In zwei Punkten ist sie durch die Erläuterungen des Moderaments modifiziert worden.

Die Taufe ist das äußere Kennzeichen der Zugehörigkeit eines Menschen zur sichtbaren Kirche. Sie begründet rechtlich die Kirchenmitgliedschaft⁵⁾.

Gemäß Artikel 2 der Lebensordnung kann jeder Christ die Taufe vollziehen, wenn das Leben des Täuflings in Gefahr ist. Dieser Satz gilt jedoch nur für die lutherischen Gemeinden. "In Gemeinschaft mit allen reformierten Gemeinden wird die Nottaufe nicht geübt, wohl aber auf Wunsch der Taufeltern, die durch den Pfarrer zu vollziehende Jähtaufe. Für die französisch-reformierten Gemeinden gilt die Regel der Discipline XI,1: Die Taufe, verrichtet durch einen Nichtbe-

1) Zur Problematik der Kirchenzucht in der Lebensordnung Kuhn, ZevKR 1962-63, S.264 ff.

2) Erläuterungen, Ziff.10.

3) Zu den Rechtsfolgen s.u. S.50.

4) Vorspruch, Ziff.7

5) Wolf, Ordnung, S.531.

rufenen, ist ganz und gar nichtig. Diese Bestimmung schließt die Anerkennung der Taufe bei den anderen christlichen Konfessionen nicht aus, insbesondere auch nicht die Anerkennung der nach lutherischem Brauch vollzogenen Nottaufe."¹⁾

Die Lebensordnung verlangt für die Taufe, daß mindestens zwei Paten bestellt werden²⁾. Da Patenschaft nach reformierter Lehre für die Gültigkeit der Taufe nicht erforderlich ist, dürfen Eltern nicht zurückgewiesen werden, die ihre Kinder selbst ohne Paten zur Taufe bringen. Sie sind aber inständig zu vermahnen, daß sie sich der Patenordnung als einem nützlichen Brauch der Kirche fügen³⁾⁴⁾.

b) Abendmahlsordnung

Die Artikel 42 bis 46 der Lebensordnung enthalten die Abendmahlsordnung⁵⁾. Das Abendmahl erneuert und bestätigt den von Gott mit den Menschen geschlossenen Bund⁶⁾.

Für den Bereich der Abendmahlsordnung hat das Moderamen von seinem Satzungsrecht keinen Gebrauch gemacht. Während jedoch gemäß Artikel 43 der Lebensordnung der Pfarrer grundsätzlich das Heilige Abendmahl allein austeilte, entspricht es guter reformierter Sitte, daß Älteste oder Diakone am Tisch des Herrn dienend beteiligt sind⁷⁾.

4. Lebensordnung

a) Evangelische Unterweisung

Die Artikel 10-12 der Lebensordnung regeln die Unterweisung⁸⁾. Das Moderamen hat dazu keine Erläuterungen gegeben.

Die Evangelische Unterweisung gründet sich auf das Gebot, alle Völker zu seinen Jüngern zu machen⁹⁾. Die Grundlage

1) Erläuterungen Ziff.2; zur Form der Taufe s.o. S.37 Anm.7.

2) Art.5 LebO

3) Erläuterungen, Ziff.3.

4) Zur Ordnung der Taufe siehe Richtlinien II, Ziff.II.

5) Zur Abendmahlsgemeinschaft siehe unten S.52.

6) Wolf, Ordnung, S.534.

7) Erläuterungen, Ziff.6

8) Siehe dazu auch die Artt.24-31 LebO über die Junge Gemeinde

9) Art.10 LebO

dafür bilden die Bibel, der in der Gemeinde geltende Katechismus und das Gesangbuch. In allen reformierten Gemeinden findet der Heidelberger Katechismus Anwendung¹⁾.

Praktisch erfolgt die Evangelische Unterweisung in den Schulen oder in den im Anschluß daran abgehaltenen Unterrichtsstunden allein auf der Grundlage des lutherischen Katechismus. Die reformierten Gemeinden haben keine eigenen Katecheten zum Unterricht angestellt, da die Zahl der schulpflichtigen Kinder zu gering ist. Die reformierten Kirchenkreise haben ebenfalls darauf verzichtet, eigene Katecheten zu berufen, da die Gemeinden sehr verstreut liegen und ein regelmäßiger Unterricht deshalb nicht möglich ist. Die Kinder aus reformierten Familien nehmen daher am allgemeinen Religionsunterricht teil, der auf der Grundlage der Bibel, des lutherischen Katechismus, des Gesangbuches und der von der Kirchenleitung festgesetzten Lehrpläne erteilt wird. Obwohl der Inhalt der Lehrpläne als "brav lutherisch"²⁾ zu bezeichnen ist, werden von reformierter Seite keine Bedenken erhoben, da der Unterricht eine allgemeine christliche Erziehung verfolgt. Es wird für ausreichend gehalten, daß die Kinder im Konfirmationsunterricht nach dem Heidelberger Katechismus unterrichtet werden.

Die reformierten Gemeinden tragen einen Teil zur Bezahlung der Katecheten bei. Die Katecheten, die Glieder einer reformierten Gemeinde sind, werden von den lutherischen Kirchenkreisen angestellt³⁾.

b) Konfirmation

Mit der Konfirmation entsteht die volle kirchliche Rechtsstellung; der Konfirmierte tritt in die Gemeinde der zum Abendmahl Berechtigten ein⁴⁾. Die Artikel 13 bis 23 der

1) Für die französisch-reformierten Gemeinden auf Grund des Rescripts vom 9.11.1717. Er gilt nicht als Bekenntnisschrift, s.o. S.12 Anm.5.

2) Auskunft von Pfarrer Manoury vom 4.12.1965.

3) Zur Rechtslage der Katecheten und der Kirchlichen Erziehungskammer s.u. S.72.

4) Wolf, Ordnung S.544.

Lebensordnung enthalten die Bestimmungen über die Konfirmation, zu denen das Moderamen keine Erläuterungen erlassen hat¹⁾.

c) Trauung

Die Trauordnung ist in der Lebensordnung in den Artikeln 53 bis 66 geregelt. Besondere Erläuterungen hat das Moderamen dazu nicht gegeben.

In der Trauung versprechen die Ehepartner, ihr gemeinsames Leben als echte Christen zu führen²⁾. In der Lebensordnung ist auf die Gefahren einer Ehe hingewiesen, in der ein Partner nicht evangelisch ist³⁾; zusätzlich warnt das Moderamen eindringlich unter Hinweis auf Discipline XIII, 4 und 20 vor einer Mischehe mit einem Katholiken⁴⁾.

d) Kirchliche Bestattung

Die Ordnung der Bestattung ist in den Artikeln 67 bis 76 der Lebensordnung enthalten. Erläuterungen des Moderamens bestehen dazu nicht⁵⁾.

In der kirchlichen Bestattung, bei der die Kirche den Sieg Christi über Sünde und Tod bezeugt, wird das Leben des Verstorbenen und das Leid der Hinterbliebenen unter Gottes Wort gestellt und der Entschlafene unter Gebet zur letzten Ruhe geleitet⁶⁾. Im Verwaltungsbereich des Berliner Stadtsynodalverbandes bestehen 111 überwiegend gemeindeeigene Kirch-

1) "Es wird angesichts der in Gang befindlichen Gespräche über die Neuordnung der Konfirmation davon abgesehen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu den entsprechenden Formularen in der Agende Empfehlungen zu geben"; Richtlinien II, Ziff.VI.

2) Art.53 Abs.2 LebO

3) Art.56 LebO

4) Erläuterungen, Ziff.11; siehe auch Discipline V,16: "Der Gebrauch des heiligen Abendmahls wird den Sündern untersagt,.... Aber weder dieses Verbot, noch derselben Ursachen.. soll der Gemeinde kundgetan werden, es wäre denn..; desgleichen solche, die sich wider alle Vermahnung mit dem Papsttum verheiraten, wie auch Eltern, Vormünder und andere, die an Eltern Statt sind, und ihre Kinder und Mündel daselbst verehelichen."

5) Siehe jetzt: Richtlinien II, Ziff.III. Darin werden nur die allgemeinen Durchführungsbestimmungen wiederholt.

6) Art.67 Abs.1 LebO.

höfe¹⁾. Sie dienen der Beisetzung aller verstorbenen evangelischen Einwohner Berlins, ohne Rücksicht auf ihre Gemeindezugehörigkeit²⁾. Im Gegensatz zu Predigern anderer Religionsgesellschaften und den berufsmäßigen Rednern kann wie der zuständige Gemeindepfarrer jeder evangelische Geistliche die Beisetzung ohne besondere Genehmigung leiten³⁾.

Die drei Kirchhöfe der französisch-reformierten Gemeinden in Berlin stehen in eigener Verwaltung. Nach einer Auskunft im Französischen Dom entspricht die Rechtslage in den hier angeführten Punkten der Kirchhofsordnung. Die Bestimmungen in den Reglements 4.Abschnitt, Kapitel XXIII sind veraltet.

5. Zusammenfassung

Für die Ordnung des Gottesdienstes schufen die Erläuterungen und Richtlinien mehrfach besondere Regeln, die jedoch von unterschiedlicher Bedeutung sind. Für den Bereich des Ius Liturgicum ergibt sich daraus eine weitgehende Befreiung von den eingeführten Formularen der landeskirchlichen Agenda. Während sich für die Wortverwaltung größere Unterschiede nur bei der Buße und der Kirchenzucht erkennen ließen und für die Sakramentsverwaltung das Verbot der Nottaufe bezeugt wurde, ergaben sich für die Aufgaben der gesamtkirchlichen Lebensordnung praktisch keine Sonderregeln bei den reformierten Gemeinden⁴⁾.

II. Ordnung der Gemeinde

1. Der Einzelne in der Gemeinde

a) Beginn und Beendigung der Gemeindegliedschaft

Durch die Taufe erfolgt die Aufnahme eines Ungetauften in die Evangelische Kirche. Er wird dadurch Glied derjenigen Gemeinde, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz oder dauernden

1) Kirchhofsordnung für die Kirchhöfe im Verwaltungsbereich des Berliner Stadtsynodalverbandes, KABl.1962/52.

2) Art.70 LebO; § 2 Abs.1 Kirchhofsordnung.

3) § 8 Abs.1 Kirchhofsordnung

4) Für die Ordnung der Einsegnung und Einweihung bestehen praktisch ebenfalls keine Abweichungen; Richtlinien II, Ziff.IV und V.

Aufenthalt hat (Territorialprinzip). Auf den Ort der Taufe kommt es nicht an¹⁾.

Das gilt jedoch nicht ohne Ausnahme. Während grundsätzlich der Zeitpunkt der Wohnsitzbegründung für die Gemeindegliedschaft bedeutsam ist, kann in besonderen Fällen eine andere Regelung zugelassen werden²⁾. Entscheidend ist dann der Zeitpunkt des Erwerbs der Gemeindezugehörigkeit. Für die Evangelischen reformierten Bekenntnisses wird es speziell in den Artikeln zehn und elf der Grundordnung ausgesprochen, daß sie sich nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen ihrer Bekenntnisgemeinde anschließen können (Personalitätsprinzip).

Wenn die Ortsgemeinde eine solche lutherischen Bekenntnisses ist, so kann sich ein Reformierter einer seinem Bekenntnis entsprechenden Gemeinde an einem anderen Ort anschließen³⁾. Wenn umgekehrt ein Lutheraner in eine Ortsgemeinde reformierten Bekenntnisses zieht, so kann er sich gemäß der Grundregel des Artikels neun der Grundordnung in Verbindung mit den Bestimmungen der Kirchenleitung einer lutherischen Gemeinde in einem anderen Ort anschließen⁴⁾.

Wenn an einem Ort lutherische und reformierte Gemeinden nebeneinander bestehen, so gehört jeder neu zuziehende Evangelische grundsätzlich der lutherischen (Gebiets-)Gemeinde an. Die reformierten Gemeinden gelten an diesen Orten, obwohl auch sie über und für ein "Gebiet" bestehen, nur als "Personalgemeinden"⁵⁾⁶⁾. Der Evangelische reformierten Be-

1) Artt.7 GO, 77 LebO

2) Art.9 GO

3) Art.11 GO

4) Bestimmungen der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg über die Gemeindezugehörigkeit in besonderen Fällen, KABl.1950/24. Die Veränderung muß vom Konsistorium gebilligt werden.

5) Allgemein zu den Personalgemeinden: Liermann, S.248, Wolf, Ordnung, S.589.

6) Die reformierten Gemeinden sind dort, wo es in dem Ort noch solche des luth. Bekenntnisses gibt, reine Personalgemeinden. Nach der Rechtsprechung des Pr.OVG waren unter der Rechtslage vor 1922 die Gemeinden in Berlin eine durch die Weichbildgrenze der Stadt bestimmte, räumlich beschränkte Personalgemeinde (Pr.OVG 66/292, 71/288, 77/292). Dieser Gedanke wurde von der Wissenschaft übernommen (Schoen, S.148, Liermann, S.249). Bei der gegen-

kenntnisses kann sich unabhängig von der Lage seiner Wohnung einer reformierten Gemeinde anschließen¹⁾.

"Anschließen" im Sinne der Bestimmungen der Grundordnung bedeutet entweder: durch die Taufe in einer reformierten Gemeinde und durch die Teilnahme am kirchlichen Leben erfolgt der Anschluß an diese Gemeinde²⁾, oder: durch Verlegung des Wohnsitzes erfolgt er dadurch, daß der evangelisch Getaufte am gottesdienstlichen Leben dieser Gemeinde teilnimmt und binnen Jahresfrist bei dem Gemeindekirchenrat der lutherischen (Gebiets-)Gemeinde die Erklärung abgibt, ihr nicht angehören zu wollen³⁾.

Wenn ein reformierter Christ ohne Wohnungswechsel Glied einer anderen Gemeinde desselben Kirchenkreises werden will, so erfolgt die Zulassung gemäß Artikel neun der Grundordnung in Verbindung mit den "Bestimmungen der Kirchenleitung über die Gemeindezugehörigkeit in besonderen Fällen". Infolge politischer Veränderungen der letzten Jahre hat sich in diesem Punkt eine bedeutsame Neuregelung ergeben. Danach gehören die Glieder einer reformierten Gemeinde, die außerhalb des örtlichen Bereichs wohnen, in dem sich die Organe dieser Gemeinde befinden, der nächstgelegenen reformierten Gemeinde ihres Wohnbereiches an⁴⁾.

Die Grundordnung setzt in den Artikeln neun bis elf voraus, daß der evangelische Christ sich bereits dem reformierten Bekenntnis verpflichtet weiß. Sie enthält aber keine Bestimmung, wie ein Evangelischer lutherischen Bekenntnisses Glied einer reformierten Gemeinde werden kann. Dafür hat das Konsistorium eine besondere Anordnung erlassen⁵⁾.

wärtigen Rechtslage sind die reformierten Bekenntnisgemeinden als reine Personalgemeinden konstituiert, da ihre Glieder nicht im Ortsgebiet zu wohnen brauchen (Artt.10, 11 GO).

1) Art.10 GO

2) Über die Bedeutung der Taufe für die Kirchenmitgliedschaft: Liermann, RGG III (1959), Sp.1493-1495.

3) Art.7 Abs.2 GO

4) Notverordnung zur einstweiligen Neuordnung der Rechtsverhältnisse der reformierten Gemeinden der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, § 1.

5) Anträge auf Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde des anderen Bekenntnisstandes, KABl.1958/12.

Auf Grund dessen kann in einem mehrere Erklärungen umfassenden Verfahren das Bekenntnis geändert werden. Diese Regelung umfaßt sechs Punkte:

1. Unterrichtung des Pfarrers der bisherigen Kirchengemeinde
2. Antrag bei dem Pfarramt der Gemeinde des anderen Bekenntnisses
3. Gemeindegemeinderat (Presbyterium, französisches Consistorium) dieser Gemeinde entscheidet über den Antrag durch Beschluß
4. Dem Antrag muß stattgegeben werden, sofern der Wechsel nicht aus äußeren Gründen angestrebt wird
5. Mit der Zustimmung des Gemeindegemeinderates (Presbyterium, französisches Consistorium) ist der Wechsel wirksam
6. Mitteilung an die bisherigen Kirchengemeinde und deren Kirchensteuerstelle.

Analog dieser Regelung wird auch die Übernahme eines Evangelischen reformierten Bekenntnisses aus einer Gemeinde des deutsch- in eine solche des französisch-reformierten Kirchenkreises und umgekehrt zuzulassen sein. Praktisch ist dieser Fall noch nicht eingetreten, da Veränderungen bisher nur durch Zuzug erfolgt sind. Die Grundordnung unterscheidet zwar nicht zwischen deutsch- und französisch-reformierten Gemeinden, sondern spricht fast ausschließlich von reformierten Gemeinden beziehungsweise vom reformierten Bekenntnis¹⁾, so daß danach im gegebenen Fall keine Bekenntnisänderung vorliegt und somit gemäß Artikel neun der Grundordnung zu verfahren wäre. Eine analoge Anwendung erscheint jedoch zweckmäßig, da über diese Anträge dann das Presbyterium beziehungsweise Consistorium entscheidet, während bei dem Verfahren gemäß Artikel neun der Grundordnung in Verbindung mit den Richtlinien der Kirchenleitung das Evangelische Konsistorium über diese Frage zu beschließen hätte.

1) So im Vorspruch, Ziff.4, Artt.10,11,22,102,106,152 Abs.2 GO. Unterscheidungen in verschiedene reformierte Gemeinden finden sich im Vorspruch, Ziff.4, Artt.67,101 GO.

Beim Übertritt aus einer anderen christlichen Glaubensgemeinschaft zur Evangelischen Kirche und bei der Wiederaufnahme eines aus der Kirche Ausgetretenen, erhält der darum Ersuchende mit der Entscheidung des Presbyteriums (Consistoriums) nach den Bestimmungen der Lebensordnung die Gliedschaft in der reformierten Gemeinde¹⁾.

Die Gemeindegliedschaft verliert, wer nach den Bestimmungen des staatlichen Rechts aus der Landeskirche austritt oder zu einer anderen Religionsgesellschaft übertritt²⁾. Der nach der Discipline V,17 in den französisch-reformierten Gemeinden ausgesprochene Bann bedeutet ebenfalls den Verlust der Gemeindegliedschaft, doch ist diese Form des Bannes bisher in Berlin-Brandenburg noch nicht vorgekommen. Sollte diese Vorschrift der Discipline jedoch einmal angewendet werden, so hätte der Bann nur zur Folge, daß der Betroffene von der Ausübung aller kirchlichen Rechte ausgeschlossen wird³⁾.

Der Verlust der rechtlichen Gliedschaft hebt also die geistliche Zugehörigkeit zur Kirche mit ihren rechtstheologischen Konsequenzen nicht auf.

b) Gastweise Teilnahme

Für die gastweise Teilnahme am kirchlichen Leben einer Gemeinde ist der Erwerb der Gemeindegliedschaft nicht immer Voraussetzung, obwohl sich die Ordnungen am Gemeindeglied orientieren⁴⁾. Es ist geradezu ein Merkmal uniierter Landeskirchen, daß sie auch ohne Gemeindegliedschaft einem Evangelischen weitgehend die gastweise Teilnahme gewähren. Für den Kreis der Gäste ist eine mehrfache Aufgliederung denkbar:

jeder wird zugelassen;

jeder aus einer Gemeinde der Gliedkirchen der EKD wird zugelassen;

jeder aus einer Gemeinde der Gliedkirchen der EKV wird zugelassen;

1) Artt.78, 80 LebO

2) Artt. 8 GO, 79 LebO

3) Auskunft von Pfarrer Manoury vom 4.12.1965.

4) Liermann, Kirchenrecht, S.199; Wolf, Ordnung, S.582.

jeder aus einer Gemeinde der Landeskirche wird zugelassen;

jeder aus einer dem Bekenntnis entsprechenden Gemeinde wird zugelassen;

Gäste werden nicht zugelassen.

Diese Möglichkeiten sind auch in den Ordnungen erkennbar. Auf Grund unterschiedlicher Regelung ergibt sich aber kein einheitliches Bild. Auch verwischen sich die Unterschiede durch die Generalklauseln in den "Präambeln" der Ordnungen immer mehr. Nach der Lebensordnung der Evangelischen Kirche der Union ergibt sich folgende Abstufung:

An der evangelischen Unterweisung können sowohl Ungetaufte, als auch diejenigen, die nicht der evangelischen Kirche angehören, teilnehmen¹⁾.

Zur Seelsorge ist die Gemeinde auch an den nicht zur Kirche Gehörenden aufgerufen²⁾.

Die Zulassung zur Taufe eines Kindes setzt die Zugehörigkeit der Eltern zu einer christlichen Kirche voraus; ebenso die Trauung bei den um sie nachsuchenden Ehepartnern³⁾.

Die Teilnahme an Gottesdienst, Konfirmation und Abendmahl verlangt die Zugehörigkeit zur Gemeinde⁴⁾.

Das Wahlrecht zu den Gemeindeorganen erfordert Zugehörigkeit zur Gemeinde⁵⁾.

Einige Sätze aus der Ordnung der EKU und aus der Grundordnung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg stehen dieser Abstufung in der Lebensordnung der EKU entgegen. Danach

1) Art.11 Abs.3 LebO. Die Taufe kann unter Umständen auch bei nichtevangelischen Eltern begehrt werden, Art.8 Abs.3 LebO.

2) Art.47 Abs.2 LebO

3) Art.4 Abs.1 LebO, die Kinder christlicher Eltern werden getauft. Artt.59 f. LebO, ein Ehepartner kann auch Glied einer anderen christlichen Kirche sein. Art.70 LebO, die Bestattung erfolgt auch, wenn der Verstorbene in die Kirche einzutreten begehrte; unter Umständen sogar, wenn er Glied einer anderen christlichen Kirche war.

4) Artt.34, 35 LebO, für Fernstehende erfolgt eine besondere Wortverkündigung; Artt.14 (Konfirmation), 45 (Abendmahl) LebO.

5) Art.13 GO

pflegt die Evangelische Kirche der Union die Gemeinschaft kirchlichen Lebens der in ihr verbundenen Gemeinden und sie hat Gemeinschaft in der Verkündigung des Wortes¹⁾. Die Angehörigen aller in der EKD geltenden Bekenntnisse werden zum Abendmahl zugelassen. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg "gewährt den Gliedern aller Gemeinden Anteil an der Gemeinschaft des Gottesdienstes und der Sakramente"²⁾.

Daraus folgt für die gastweise Teilnahme am reformierten Gemeindeleben, daß die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche für die Zulassung auch zum Abendmahl ausreicht³⁾. Nach dem Wortlaut der genannten Ordnungen wäre für die Teilnahme

1) Art.1 Ordnung

2) Vorspruch, Ziff.7

3) Auf der Bekenntnissynode der APU (heute EKU) in Halle von 1937 wurde die Abendmahlsgemeinschaft in einem Beschluß folgendermaßen begründet:

"Angesichts der Not und Frage, ob wir vor der Schrift und den sie bezeugenden Bekenntnissen recht tun, wenn wir Lutheraner, Reformierte und Unierte untereinander das Heilige Abendmahl feiern, stellt sich die Synode unter das Wort der Heiligen Schrift 1 Kor.10, 16, 17: 'Der gesegnete Kelch, welchen wir segnen, ist der nicht die Gemeinschaft des Blutes Christi? Das Brot, das wir brechen, ist das nicht die Gemeinschaft des Leibes Christi? Denn ein Brot ist's, so sind wir viele ein Leib, dieweil wir alle eines Brotes teilhaftig sind'.

Auf Grund dieses Wortes bezeugt die Synode in Einmütigkeit:

1. Jesus Christus, unser Herr und Heiland, der um unsertwillen in das Fleisch gekommen ist, sich selbst am Kreuz einmal für uns geopfert hat und leiblich auferstanden ist vom Tode, ist selber die Gnadengabe des von ihm eingesetzten Abendmahls seiner Gemeinde.
2. Daraus folgt für die Frage der Abendmahlsgemeinschaft:
Die Abendmahlsgemeinschaft zwischen Lutheranern, Reformierten und Unierten ist nicht durch den in der Union bestehenden Zustand gerechtfertigt. Abendmahlstrennung zwischen Lutheranern, Reformierten und Unierten ist nicht durch die Gegensätze des 16.Jahrhunderts gerechtfertigt. Abendmahlsgemeinschaft hat ihren Grund nicht in unserer Erkenntnis des Abendmahls, sondern in der Gabe dessen, der der Herr des Abendmahls ist.
3. Die unter uns bestehenden Unterschiede in der Lehre vom heiligen Abendmahl betreffen die Art und Weise der Selbstmitteilung des Herrn im Abendmahl. Sie beziehen sich nicht darauf, daß der Herr selbst die Gabe des Abendmahls ist.

am Gottesdienst die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde im Bereich der EKU erforderlich. Es bedarf keiner Begründung für die sachliche Unrichtigkeit dieser formalistischen Schlußfolgerung.

Exklusivbestimmungen sind getroffen für die Konfirmation und das Wahlrecht zu den Gemeindeorganen. Sie erfordern "ordentliche" Gemeindeglieder.

Auch ohne Erwerb der Gemeindegliedschaft ist also für fast alle Bereiche jedem Evangelischen im Bereich der EKD die gastweise Teilnahme nicht verwehrt. Für das Kirchenrecht gilt der Satz von der "Offenheit der Kirche". Es besteht ein dem Gliedschaftsrecht stark angenähertes Gastrecht¹⁾.

Im Zusammenhang damit müssen aber auch Rechte der Gemeinde gegenüber dem Gast beachtet werden. Eine Steuerpflicht besteht zwar nicht, aber die Kirchenzucht steht dem Presbyterium (Consistorium) auch bei gastweiser Teilnahme gegenüber dem "Gemeindefremden" zur Wahrung der Ordnung des Gottesdienstes in beschränktem Umfang zu.

Die Grundordnung sieht ferner vor, daß ein Geistlicher Gottesdienste in einer fremden Gemeinde mit Zustimmung des zuständigen Pfarrers halten darf²⁾. Diese Regelung wird bei den Urlaubsvertretungen der Pfarrer relevant. In den benachbarten lutherischen und reformierten Gemeinden in der Provinz ist es üblich, daß sich die Pfarrer gegenseitig vertreten. Dabei ist der Stellvertreter selbstverständlich an das Bekenntnis der Gemeinde gebunden³⁾.

-
4. Darum bildet die Zugehörigkeit zum reformierten Bekenntnis keinen Grund zum Ausschluß von der Abendmahlsfeier einer Gemeinde lutherischen Bekenntnisses.
 5. Darum bildet die Zugehörigkeit zum lutherischen Bekenntnis keinen Grund zum Ausschluß von der Abendmahlsfeier einer Gemeinde reformierten Bekenntnisses.
 6. Darum stehen gemeinsame Abendmahlsfeiern zwischen uns Lutheranern, Reformierten und Unierten nicht im Widerspruch zu der schriftgemäßen Verwaltung des heiligen Abendmahls;"

Niesel, Bekenntnissynoden, S.37.

1) Liermann, ZevKR 1955., S.382 ff. (399)

2) Art.26 Abs.3 GO

3) Art.22 GO

2. Die Rechtsgestalt der Gemeinde¹⁾

Die Kirche baut sich aus den Gemeinden auf, die ebenfalls selbständige öffentliche Körperschaften sind²⁾³⁾.

Die Gemeinde erfüllt ihre Aufgaben in eigener Verantwortung⁴⁾. Sie nimmt am Leben und an der Leitung der Kirche teil⁵⁾. Die Gemeinde trägt die Verantwortung für die Verkündigung des Evangeliums⁶⁾, wofür sie die erforderlichen Ämter einzurichten und zu besetzen hat⁷⁾; ebenfalls ist sie verantwortlich für die Schaffung der gottesdienstlichen Stätten und sonstiger Einrichtungen⁸⁾. Sie hat mit den finanziellen Mitteln gewissenhaft umzugehen⁹⁾. Die Gemeinden tragen zur Erfüllung der gesamtkirchlichen Aufgaben bei¹⁰⁾.

Diese Aufgaben werden von den Gemeindeorganen durchgeführt, die unter Aufsicht des Kreiskirchenrates¹¹⁾ und der Kirchenleitung stehen¹²⁾.

1) Wolf, Ordnung, S.583 ff.

2) Art.3 GO

3) Zur Frage, ob die reformierten Gemeinden Personalgemeinden sind, siehe oben S.47 Anm.6.

Über die rechtstheologische Begründetheit der Gemeinden siehe oben S.21 ff.

4) Zur Frage, wann eine Gemeinde aus der Landeskirche austreten darf, siehe unten S.126.

5) Über Neubildung, Veränderung, Aufhebung und Vereinigung von Gemeinden beschließt das Konsistorium bzw. die Kirchenleitung, Art.6 GO. Über die Vermögensauseinandersetzung entscheidet das Kirchengericht, Art.6 GO.

6) Artt.4, 48 Abs.2 GO

7) Über Einrichtung, Aufhebung und Veränderung von Pfarrstellen beschließt das Konsistorium bzw. die Kirchenleitung, Art.19 GO. Bei der Besetzung der Pfarrstellen wirkt das Konsistorium mit, Art.20 GO.

Errichtung und Besetzung von Beamtenstellen erfordert die Genehmigung des Konsistoriums, Art.52 GO.

8) Die Gemeinde entscheidet über die Benutzung der kirchlichen Räume. Dagegen besteht ein Beschwerderecht an den Kreiskirchenrat, Art.51 GO.

9) Unter Aufsicht des Kreiskirchenrates, Art.52 GO.

10) Art.4 GO. Zu diesem Fragenkreis: Thümmel, ZevKR 1956, S.241.

11) Art.46 GO

12) Artt.60, 134 GO. Bei reformierten Gemeinden tritt für den in Art.134 GO geregelten Komplex an die Stelle der Kirchenleitung das Moderamen. Eine entsprechende Regelung fehlt in Art.60 GO, obwohl sie von einigen gewünscht wird; m.E. unbegründet, da es sich hierbei nicht um eine vom Bekenntnis abhängige Frage handelt.

3. Gemeindeorgane¹⁾

Die Grundordnung kennt drei Gemeindeorgane: Gemeindegemeinderat²⁾, Gemeindebeirat³⁾ und Gemeindeversammlung⁴⁾. Der Gemeindegemeinderat wird in den deutsch-reformierten Gemeinden Presbyterium und in den französisch-reformierten Consistorium genannt. In den deutsch-reformierten Gemeinden kennt man den Gemeindebeirat und die Gemeindeversammlung, während diese "Organe" in den französisch-reformierten Gemeinden fehlen. Ähnliche Aufgaben nehmen in den französischen Gemeinden in Berlin die "Commissionen" und die "Versammlung der Familienhäupter" wahr.

Die Rechte und Pflichten, die der Gemeindegemeinderat nach der Grund- und Lebensordnung auszuüben hat, fallen also in den reformierten Gemeinden den Presbyterien (Consistorien) zu. Auch über den Aufschub der Taufe, die Ablehnung eines Paten, den Ausschluß vom Heiligen Abendmahl, Veränderung der liturgischen Ordnung entscheidet nicht der einzelne Pfarrer, sondern immer das Presbyterium (Consistorium) der Gemeinde⁵⁾. Es gebührt dieser Versammlung auch, über alle Ärgernisse in der Gemeinde zu richten⁶⁾.

Für die Organisation der Presbyterien ergibt sich in den reformierten Gemeinden eine unterschiedliche Regelung.

a) Deutsch-reformierte Gemeinden

Die deutsch-reformierten Gemeinden bilden ihre Organe nach den Bestimmungen der Grundordnung. Es gelten keine Sonderregelungen.

Das Presbyterium besteht aus den Ältesten und den in einem Gemeindepfarramt "fest angestellten" oder mit der Verwaltung eines solchen Amtes vorübergehend beauftragten geistlichen

- 1) Der Aufbau der GO und insbesondere der Gemeindeorgane entspricht den Leitgedanken der Verfassungskammer der "Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche" von 1936. Siehe: Böhm/Dibelius, S.5-7.
- 2) Artt.48-60 GO
- 3) Art.61 GO
- 4) Art.62 GO
- 5) Art.67 GO; Erläuterungen A; Richtlinien II, Ziff.I,2.
- 6) Discipline, 3.Kap. III, 5.Kap.IX; zur Bußzucht siehe oben S.42.

Amtsträgern¹⁾. Den Vorsitz führt ein Pfarrer und aus dem Kreis der Ältesten wird ein Stellvertreter gewählt²⁾.

b) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz

Die französisch-reformierten Gemeinden kennen als einziges Gemeindeorgan das Consistorium³⁾. Die anderen "Vereinigungen" stehen unter seiner Aufsicht.

In der Provinz Brandenburg entsprechen Aufgaben und Zusammensetzung des Consistoriums weitgehend den in der Grundordnung enthaltenen Bestimmungen⁴⁾. Es kommt jedoch hinzu, daß auch die Diakone Mitglieder im Consistorium sind⁵⁾.

c) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin

Für die Französische Kirche in Berlin besteht auf Grund der Reglements eine abweichende Regelung, da die drei Berliner Gemeinden gemeinsame Organe gebildet haben⁶⁾. Auf Grund der politischen Lage sind diese Organe zur Zeit doppelt vorhanden⁷⁾.

Die Generalversammlung oder die Compagnie besteht aus allen Predigern, Anciens (Ältesten), Anciens-Diacres (Diakonen)⁸⁾ und dem "défenseur des corps pieux"⁹⁾. Die Generalversammlung entscheidet über alle Angelegenheiten, die nicht dem Consistorium oder dem Diakonat überwiesen sind¹⁰⁾. Alle Mitglieder der Generalversammlung sind gleichberechtigt¹¹⁾. Zu ihren Aufgaben gehört die Berufung der eigentlichen Amtsträger: Anciens, Anciens-Diacres, ferner die Ernennung der Commissare nebst der Bildung ihrer Commissionen, sowie die

1) Art.55 GO

2) Art.56 GO

3) Discipline, 5.Kap. IV

4) Die Ordnung des Consistoriums ist im 5.Kapitel der Discipline enthalten.

5) Discipline, 5.Kap.II

6) Reglement vom 9.1.1715

7) Notverordnung vom 19. und 31.1.1963, KABl.1963/8

8) Reglements 1 I § 1

9) Reglements 1 XIV § 11. Das ist der Syndikus der milden Stiftungen, der Rechtsberater der Gemeinde. Das Amt wird von einem Rechtsanwalt ausgeübt.

10) Reglements 1 I § 3

11) Reglements 1 I § 2

Bestellung von Nebenämtern wie receveur, trésorier. Ebenso gehört dazu die Anstellung der Kirchengemeindebeamten. Sie ist zuständig für die Verwaltung der Kapitalien und Immobilien¹⁾ und für die Aufgaben des Diakonats, soweit es um größere Geldbeträge oder Regelungen für eine längere Zeit geht. Schließlich ist allein die Generalversammlung für Änderungen der Reglements zuständig²⁾.

Das Consistorium besteht aus sämtlichen Predigern, Anciens und je einem Deputierten des Diakonats aus den drei Parochien³⁾. Das Consistorium hat über das geistliche Wohl der Gemeinden, die Aufrechterhaltung der Disziplin und die Gottesdienstordnung zu wachen, die Register zu führen, die Mitglieder der Kirche festzustellen und die von den Gemeindegliedern verfaßten Bücher religiösen Inhalts zu prüfen⁴⁾.

Das Diakonat besteht aus allen Diacres der Kirche, die sich unter dem abwechselnden Vorsitz eines Predigers, der Mitglied des Consistoriums ist, versammeln. Es hat zur Aufgabe, die laufenden Einnahmen zu sammeln und für die Unterstützung der Armen Sorge zu tragen⁵⁾.

Für eine Vielzahl von ständigen und gelegentlichen Aufgaben werden Commissionen zusammengestellt. Die Commissare werden von der Generalversammlung ernannt und sind an deren Weisung gebunden⁶⁾.

1) Bei hohen Summen unter Mitwirkung der Familienhäupter, s.unten S.69.

2) Reglements 1 II, siehe jetzt auch Art.67 Abs.2 GO

3) Reglements 1 I §§ 5 und 9; der jeweilige Vorsitzende heißt modérateur. Die Namen der Parochien werden auf S.18 genannt.

4) Reglements 1 III

5) Reglements 1 I §§ 6 und 9

6) Reglements 1 II Ziff.2; 1 XII; 3

III. Ordnung des Amtes

1. Pfarramt

Die Voraussetzungen und Wirkungen des Pfarramtes, die in der Grundordnung¹⁾ und in dem Pfarrerdienstgesetz geregelt sind²⁾, gelten für alle Pfarrer der Landeskirche. Das Moderamen hat, obwohl ihm die Satzungsbefugnis für den Dienst der Predigt zusteht³⁾ und somit auch mittelbar für die Ordnung des Pfarramtes, dazu keine Erläuterungen bekanntgegeben.

a) Zulassung zum Pfarramt

Für die Anstellungsfähigkeit gelten die "gemeinkirchlichen" Voraussetzungen. Es wird vorausgesetzt, daß der Kandidat Mitglied einer der Gliedkirchen der EKD ist, gesund und frei von Gebrechen, die die Ausübung des Amtes hindern könnten und die vorgeschriebene wissenschaftliche und praktische Ausbildung erworben hat⁴⁾. Wenn der Bewerber die Anstellungsfähigkeit nicht in einer der Gliedkirchen der EKU erworben hat, so wird in einem Kolloquium festgestellt, ob er für den Dienst innerhalb der EKU geeignet ist⁵⁾. Über die Anstellungsfähigkeit entscheidet die Kirchenleitung.

In reformierte Gemeinden können gemäß Artikel 22 der Grundordnung auch Pfarrer berufen werden, die nicht dem reformierten Bekenntnis angehören. In der Praxis hat sich daraus ergeben, daß sowohl Pfarrer lutherischen Bekenntnisses in reformierten Gemeinden, als auch reformierte Pfarrer in lutherischen Gemeinden ihr Amt ausüben. Ein solcher Fall tritt ein, wenn sich ein lutherischer Pfarrer für die freie

1) Grundsätze; Artt.15-31 GO

2) Kirchengesetz über die dienstrechtlichen Verhältnisse der Pfarrer in der EKU (Pfarrerdienstgesetz), KABl.1962/Sonderausgabe vom 1.4.; Kirchengesetz vom 12.12.1963 zur Durchführung und Ergänzung des Pfarrerdienstgesetzes, KABl.1964/1; Bekanntmachung betr. die neue Fassung des Ordinationsgelübdes in der EKU, Abl. der EKD 1960/160.

3) Art.106 GO

4) § 3 Abs.1 Pfarrerdienstgesetz; zu den einzelnen Voraussetzungen: Wolf, Ordnung, S.606 ff.

5) § 3 Abs.2 Pfarrerdienstgesetz

Pfarrstelle in einer reformierten Gemeinde bewirbt und berufen wird. Der Pfarrer ist an das Bekenntnis der Gemeinde gebunden.

In der Ordination¹⁾ bekennt sich der Pfarrer zu den altkirchlichen Symbolen sowie zu den

reformierten Bekenntnisschriften oder

lutherischen Bekenntnisschriften oder

reformatorischen Bekenntnisschriften²⁾.

Sie stehen zur Theologischen Erklärung von Barmen³⁾. Die Namen der einzelnen Bekenntnisschriften ergeben sich aus dem Vorspruch der Grundordnung.

b) Berufung in das Pfarramt

Nach der Grundordnung erfolgt die Berufung ins Pfarramt durch Ernennung oder durch Wahl⁴⁾. Für die reformierten Gemeinden bestehen teilweise Sonderbestimmungen.

aa) Deutsch-reformierte Gemeinden

In den deutsch-reformierten Gemeinden wird bei der Berufung ins Pfarramt nach den Bestimmungen der Grundordnung verfahren. Die freie Pfarrstelle wird im Wechsel einmal durch das Presbyterium, das dazu einer nachträglichen Bestätigung des Konsistoriums bedarf, besetzt und zum anderen durch das Konsistorium unter vorheriger Beteiligung der Gemeinde. Nach einer Berufung in das Pfarramt durch Ernennung folgt eine durch Gemeindevahl und danach wieder durch Ernennung.

1) Das Ordinationsgelübde und der Vollzug der Ordination erfolgen in enger Anlehnung an die Beschlüsse der Bekenntnissynode in Halle; Niesel, Bekenntnissynoden, S.36 ff.

2) Darin sind die im Vorspruch genannten lutherischen und reformierten Bekenntnisschriften zusammengefaßt. Obwohl im Vorspruch der Grundordnung nur die lutherischen und reformierten Bekenntnisschriften einzeln aufgeführt sind, kann die Ordination in Berlin-Brandenburg auch nach den reformatorischen Bekenntnisschriften erfolgen. Das ergibt sich aus dem Wesen der Unionskirche und ist insbesondere auch aus der Ordnung der EKD durch die Bestimmungen über die einheitliche Vorbildung, Anstellung, geregelten Besuchsdienst und Austausch der Pfarrer ersichtlich.

3) Ordinationsgelübde, Abl.d.EKD 1960/160

4) Art.20 GO

Bei der Gemeindewahl ergibt sich folgendes Verfahren¹⁾: Wenn eine Pfarrstelle erledigt ist, schreibt sie das Konsistorium im Kirchlichen Amtsblatt aus²⁾. Das Presbyterium bereitet die Wahl vor. Nachdem es sich mit dem Moderamen und dem Konsistorium in Verbindung gesetzt hat, wird in einer Sitzung unter Leitung des Kreiskirchenrates aus den Bewerbungen ein Wahlvorschlag aufgestellt, der drei Namen enthält³⁾. Die vorgeschlagenen Geistlichen stellen sich der Gemeinde vor und in dem durch Ersatzleute der Ältesten erweiterten Presbyterium erfolgt die Wahl mit einfacher Mehrheit⁴⁾. Das Ergebnis der Wahl wird der Gemeinde im nächsten Gottesdienst bekanntgegeben⁵⁾. Wenn danach innerhalb von zwei Wochen kein Einspruch durch ein Gemeindeglied beim Presbyterium eingeht, so vollzieht das Presbyterium namens der Kirche die Berufung⁶⁾.

Das Konsistorium entscheidet über die Bestätigung und führt sie durch⁷⁾. In den beiden reformierten Kirchenkreisen ist die Bestätigung der Pfarrwahl bisher immer erfolgt. Sie hat auch nur deklaratorische Bedeutung; denn über Beanstandungen des Pfarrers, die "Lehre, Gaben und Wandel" betreffen, entscheiden die kirchlichen Gerichte.

bb) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz
Eine geschriebene Rechtsquelle für die Besetzung der Pfarrstellen in der Provinz war nicht zu ermitteln. Auf Grund einer Auskunft des rechtskundigen Sekretärs des Moderamens⁸⁾ erfolgt die Pfarrwahl aus drei vom Konsistorium der Gemeinde vorgeschlagenen Kandidaten. Dieser Sachverhalt läßt sich

1) Kirchengesetz über die Besetzung der Pfarrstellen, KABl. 1949/24; Verpflichtung der Ersatzleute der Ältesten vor einer Pfarrwahl, KABl. 1950/20; Rundverfügung betr. Besetzung von Pfarrstellen, KABl. 1950/44.

2) § 2 Pfarrwahlgesetz

3) § 3 Pfarrwahlgesetz

4) §§ 4, 5 Pfarrwahlgesetz

5) § 4 Pfarrwahlgesetz

6) § 6, 7 Pfarrwahlgesetz

7) § 7 Pfarrwahlgesetz

8) Brief des rechtskundigen Sekretärs, Herrn Senatspräsident a.D. Centurier, vom 20.8.1964.

	Seite
IV. Ordnung der Leitung	75
1. Kirchliche Leitungsorgane	75
a) Kirchenkreis	75
aa) Kreissynode	76
bb) Kreiskirchenrat	78
b) Moderamen	79
aa) Vereinigte Synode	80
bb) Moderamen	81
cc) Moderator	83
2. Pfarrkonvente	84
V. Mitarbeit in den Organen der Landeskirche .	85
1. Synoden	85
a) Kreissynode	85
b) Provinzialsynode	86
2. Pfarrkonvente	88
3. Kirchenleitung	89
4. Kirchenverwaltung	90
a) Unterrichtsverwaltung	90
aa) Junge Gemeinde	91
bb) Hochschulwesen	91
b) Behördenverwaltung	92
c) Vermögensverwaltung	94
d) Gerichtsverwaltung	96
aa) Disziplinargerichtsbarkeit	96
bb) Lehrbeanstandungsverfahren	97
cc) Verwaltungsgerichte	99
5. Landeskirchliche Ämter und Werke	100
Anhang: Bischofswahl	101
VI. Sonderregelungen für die reformierten Ge- meinden	103
1. Begründung	103
2. Verhältnis der Regelungen zueinander . .	104
3. Umfang der Sonderregelungen	105
a) Gottesdienstordnung	105
b) Gemeindeordnung	105
4. Garantien für die Sonderregelungen re- formierter Gemeinden	107
5. Funktion der Schutzbestimmung	107
6. Bedeutungen der Sonderregelungen	107

	Seite
3. Gemeindeorgane	55
a) Deutsch-reformierte Gemeinden	55
b) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz	56
c) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin	56
III. Ordnung des Amtes	58
1. Pfarramt	58
a) Zulassung zum Pfarramt	58
b) Berufung in das Pfarramt	59
aa) Deutsch-reformierte Gemeinden . .	59
bb) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz	60
cc) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin	61
c) Rechtsstellung des Pfarrers	62
d) Besondere Formen des Pfarramtes . . .	63
aa) Pfarrvikarin	63
bb) Pastorin	63
cc) Prediger	64
2. Ältestenamt	65
a) Gemeindeältester, Presbyter, Ancien .	66
aa) Deutsch-reformierte Gemeinden . .	66
bb) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz	66
cc) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin	67
b) Gemeindebeirat und Commissionen . . .	67
c) Gemeindeversammlung und Versammlung der Familienhäupter	68
aa) Deutsch-reformierte Gemeinden . .	68
bb) Französisch-reformierte Gemeinden	68
d) Lektor	69
3. Diakonenamt	70
a) Deutsch-reformierte Gemeinden	70
b) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz	71
c) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin	71
4. Katechet	72
5. Hilfsämter	73
a) Kirchenmusiker	73
b) Gemeindehelferin	74
c) Kindergärtnerin, Hortnerin	74
6. Kirchliche Verwaltungsbeamte	74

und Disziplinarverfahren. Auf diese Fragen wird noch weiter unten ausführlich einzugehen sein¹⁾²⁾.

d) Besondere Formen des Pfarramtes

Obwohl es auch hierfür in dem oben geschilderten Rahmen eine Satzungsbefugnis des Moderaments gibt, stehen gegenwärtig allein landeskirchliche Normen in Geltung.

aa) Pfarrvikarin³⁾

Frauen, die theologisch und praktisch vorgebildet und ihrer Persönlichkeit nach geeignet sind, können als Pfarrvikarinnen eingestellt werden. Ihr Amt ist ein Amt besonderer Art; es ist dem Pfarramt zwar ähnlich, aber doch deutlich von ihm unterschieden⁴⁾. Die Pfarrvikarin kann daher nicht fest in einem Pfarramt angestellt werden⁵⁾.

Die Voraussetzungen des Amtes und die Rechtsstellung ist den Bestimmungen des Pfarrerdienstgesetzes entsprechend geregelt. Die Pfarrvikarin wird von der Gemeinde gewählt. In den reformierten Gemeinden gibt es ebenfalls Pfarrvikarinnen.

bb) Pastorin⁶⁾

Frauen, die die erforderliche Eignung besitzen, theologisch-wissenschaftlich und praktisch ausgebildet sowie ordiniert sind, können als Pastorin zur Wortverkündigung und Sakra-

1) siehe unten S.96 ff.

2) Zur Ordnung bei Einführungshandlungen s. Richtlinien II, Ziff.IV.

3) Vorbildung und Anstellung von Pfarrvikarinnen, KABl.1953/39; Besoldungs- und Versorgungsordnung für Pfarrvikarinnen, KABl.1955/11; Überleitungs- und Durchführungsbestimmungen zu dem Pfarrvikarinnengesetz, KABl.1955/12; Ausführungsbestimmungen zu dem Pfarrvikarinnengesetz, KABl.1953/42.

4) Art.30 GO

5) Überleitungs- und Durchführungsbestimmungen B, KABl.1955/12

6) Verordnung über das Amt der Pastorin in der EKU, KABl.1964/10; Kirchengesetz zur Durchführung der Verordnung über das Amt der Pastorin in der EKU, KABl.1964/11 u.12.

mentsverwaltung, zum Unterricht und zur Seelsorge berufen werden. Für die Pastorin gelten die Bestimmungen des Pfarrerdienstgesetzes; sie ist "Geistlicher" im Sinne der Gesetze. Sie wird in der gleichen Form ins Pfarramt berufen wie der Pfarrer¹⁾. Bisher ist noch keine Pastorin in eine reformierte Gemeinde berufen worden. Das liegt wohl daran, daß das Amt der Pastorin erst vor kurzem in Berlin-Brandenburg eingeführt worden ist.

cc) Prediger²⁾

Es können auch Männer und Frauen, die nicht auf einer Hochschule theologisch vorgebildet sind, durch die Kirchenleitung zur Verrichtung pfarramtlicher Dienste zugelassen werden³⁾. Die entsprechend ausgebildeten Gemeindeglieder werden Prediger genannt.

Der Prediger ist zu allen pfarramtlichen Diensten einschließlich der Verwaltung der Sakramente im Rahmen des ihm erteilten Auftrags befugt. Er ist "Geistlicher" im Sinn der Gesetze⁴⁾. Die Voraussetzungen entsprechen den Regelungen des Pfarrerdienstgesetzes mit der Ausnahme, daß die vierjährige Ausbildung in einem Seminar mit anschließend praktischer Bewährung erfolgt⁵⁾. Der Prediger wird vom Konsistorium bestellt. Wahl durch die Gemeinde ist in den Ordnungen nicht vorgesehen⁶⁾.

1) § 1 Verordnung über das Amt der Pastorin.

2) Vorläufige Ordnung für die Ordination und Einführung eines Predigers, KABl.1953/25; Kirchengesetz über das Amt des Predigers in der EKU, KABl.1958/44; Notverordnung zur Ausführung und Überleitung des Kirchengesetzes über das Amt des Predigers in der EKU, KABl.1959/21; Notverordnung zur Änderung der Notverordnung zur Ausführung und Überleitung des Kirchengesetzes über das Amt des Predigers in der EKU, KABl.1960/30; Verordnung zum Kirchengesetz über das Amt des Predigers in der EKU, Abl.d.EKD 1962/626.

3) Art.31 GO

4) §§ 1, 2 Predigergesetz

5) §§ 3-7 Predigergesetz

6) Nach Auskunft des Konsistoriums -Geschäftsstelle Ost- soll am Französischen Dom ein Prediger bestellt werden. Die Gemeinde hat auf die Wahl verzichtet, da sie einen bestimmten Prediger wünscht.

Es gibt auch in reformierten Gemeinden Prediger. Gemäß dem reformierten Verfassungsrecht, das Bestandteil des Bekenntnisses ist, wird der Geistliche von der Gemeinde gewählt¹⁾. Pfarrer und Prediger sind beide zur Wort- und Sakramentsverwaltung berufen, sie sind "Diener des göttlichen Wortes". Daraus folgt, daß für die Berufung des Predigers keine andere Rechtslage gelten darf, da allein verwaltungstechnische Gründe gegen eine Wahl sprechen können²⁾.

Somit sind die Voraussetzungen des Artikels 126 der Grundordnung gegeben, da diese Bestimmung des Predigergesetzes, die eine Wahl ausschließt, mit dem Bekenntnis der reformierten Kirche nicht im Einklang steht. Das Moderamen ist also ermächtigt, mit Zustimmung der Kirchenleitung den Gegenstand auf dem Wege einer Satzung zu regeln.

2. Ältestenamt

Das Ältestenamt ist in der Grundordnung in den Artikeln 38 bis 47 geregelt. Dem Moderamen steht hier keine Satzungs-befugnis zu.

In den reformierten Gemeinden ist das Ältestenamt ein "bekenntnisgemäß unverzichtbar-wesentlicher Teil der Mehrämterordnung"³⁾. Bei den Beratungen zur Grundordnung wurde es als "ein Amt voller geistlicher Verantwortung" bezeichnet⁴⁾. Auch beim Ältestenamt lassen sich in den reformierten Gemeinden Berlin-Brandenburgs unterschiedliche Regelungen erkennen.

1) Discipline 1.Kap.VI; siehe auch Wolf, Ordnung, S.608.

2) Für die Gemeinde des Französischen Doms ist das Recht, den Geistlichen zu wählen, durch ein königliches Edikt vom 19.März 1707 ausdrücklich anerkannt (abgedruckt bei Muret, S.131). Friedrich I. überträgt darin der Gemeinde für den Fall, daß seine Nachfolger - "... was der Himmel verhüten möge..." - dem reformierten Bekenntnis nicht mehr angehören sollten, das Patronatsrecht.

3) Wolf, Ordnung, S.629

4) Böhm, Verhandlungen, S.100

a) Gemeindeälteste (Anciens)

aa) Deutsch-reformierte Gemeinden

In den deutsch-reformierten Gemeinden werden die Ältesten nach den Bestimmungen der Grundordnung durch Gemeindewahl bestellt¹⁾, wobei für das aktive Wahlrecht das 18. und für das passive Wahlrecht das 25. Lebensjahr festgesetzt ist²⁾. Der Älteste wird im Gottesdienst in sein Amt eingeführt, sofern kein begründeter Einspruch gegen seine Wahl erhoben wird. Dabei gelobt er, sein Amt sorgfältig und treu dem Worte Gottes, dem Bekenntnis und den Ordnungen der Kirche gemäß zu verwalten³⁾.

bb) Französisch-reformierte Gemeinden
in der Provinz

In den französisch-reformierten Gemeinden außerhalb Berlins werden die Ältesten nach der Vorschrift der Discipline bestellt. Das Consistorium wählt die tüchtigsten und fähigsten Gemeindeglieder aus und ernennt sie. Nach erfolgter Zustimmungserklärung der Ältesten werden sie - nachdem ihre Namen an zwei oder drei Sonntagen vorgelesen worden sind und sich kein Widerspruch erhoben hat - nach Unterschrift des Glaubensbekenntnisses und der Kirchenordnung angenommen und in ihrem Amt bestätigt⁴⁾. Seit etwa drei Jahren werden in den französisch-reformierten Gemeinden auch Frauen als Älteste gewählt und ernannt.

1) Kirchengesetz über die Bestellung der Ältesten, KABl. 1949/26 (Anlage); Änderungsgesetz, KABl. 1952/53; Kirchengesetz zur Änderung der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und zur Änderung des Kirchengesetzes über die Bestellung der Ältesten, KABl. 1965/1; Art. 41 GO.

2) Artt. 40, 43 GO. Die Wahl erfolgt auf Grund eines mehrstufigen Verfahrens und erfordert Mindestvoraussetzungen bei dem zu Wählenden. Sie entsprechen den Leitgedanken der Verfassungskammer der "Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche" von 1936, Böhm-Dibelius, S. 13-17.

3) Art. 44 GO

4) Discipline, 3. Kapitel I

cc) Französisch-reformierte Gemeinden
in Berlin

In der Französischen Kirche zu Berlin werden die Anciens von der Compagnie, bestehend aus den Predigern, Anciens, Anciens-Diacres und dem Prediger aus dem "Ober-Consistorium"¹⁾ gewählt und ernannt.

Aus der Liste der Familienhäupter werden für jede neu zu besetzende Stelle aus sechs Vorschlägen drei Personen durch die Generalversammlung ausgewählt, wobei das Alter und ihre bisherigen Ämter in der Kirche zu berücksichtigen sind²⁾. Von den drei für jede Stelle ausgewählten Familienhäuptern wird einer ernannt. Willigt er ein, dann wird sein Entschluß in der Compagnie nochmals bestätigt, und wenn kein begründeter Einspruch aus der Parochie erfolgt, dann stehen ihm alle Rechte und Pflichten eines Ältesten zu³⁾. Die Anciens werden - nachdem sie die Discipline, die Reglements und das Schriftstück, in dem sie ihre Verschwiegenheit geloben, unterschrieben haben - in einem Gottesdienst eingeführt. Jedem der Ältesten wird ein Revier zugeteilt⁴⁾. Die "Dienstzeit" dauert sechs Jahre⁵⁾, doch kann das Amt aus wichtigen Gründen früher niedergelegt werden; nach Ablauf der normalen "Dienstzeit" kann der Älteste neu berufen werden. In der Compagnie ist jede Parochie mit vier Anciens vertreten; Ehren- oder überzählige Mitglieder werden nicht aufgenommen⁶⁾ oder darin belassen.

b) Gemeindebeirat und Commissionen

Der Gemeindebeirat⁷⁾ wird in den deutsch-reformierten Gemeinden zur Beratung und Unterstützung des Presbyteriums

1) Das Konsistorium nimmt heute die Aufgaben des ehemaligen Ober-Consistoriums wahr. Die Regelung entfällt aber, da keiner der reformierten Prediger Mitglied des Konsistoriums ist.

2) Reglements 1 X § 11

3) Reglements 1 X § 25

4) Reglements 1 X § 1, 4, 5, 11

5) Reglements 1 X § 4

6) Reglements 1 X § 28

7) Bildung des Gemeindebeirates und der Dienenden Gemeinde, KABl.1949/19

gebildet. Er setzt sich aus den in der Gemeinde vorhandenen "Diensten" zusammen und wird vom Presbyterium vierteljährlich zur Berichterstattung und Aussprache einberufen¹⁾.

In der Französischen Kirche zu Berlin - nicht auch in der Provinz - werden zur Unterstützung des Consistoriums Commissionen gebildet. In einer jährlich ad hoc zusammengerufenen Sitzung der Compagnie werden für die verschiedenen kirchlichen Geschäfte Commissionen²⁾ gebildet und die erforderlichen Commissare ernannt³⁾. Ihre "Dienstzeit" beträgt ein Jahr; sie können wiedergewählt werden, aber niemand darf länger als sechs Jahre hintereinander Mitglied einer Commission bleiben⁴⁾.

c) Gemeindeversammlung und Versammlung der Familienhäupter

aa) Deutsch-reformierte Gemeinden

In den deutsch-reformierten Gemeinden wird nach der in der Grundordnung getroffenen Regelung jährlich eine Gemeindeversammlung einberufen. Der Gemeindepfarrer berichtet über die Arbeit des abgelaufenen Jahres, woran sich eine Aussprache anschließt. Berechtigte Beanstandungen und Vorschläge zur Verbesserung und Bereicherung des Gemeindelebens hat das Presbyterium zu beachten⁵⁾. Kommt es dieser Pflicht nicht nach, dann kann ihm die Kirchenleitung gemäß Artikel 60 der Grundordnung nach Anhörung des Kreiskirchenrates die weitere Ausübung seiner Tätigkeit untersagen.

bb) Französisch-reformierte Gemeinden

In der Französischen Kirche zu Berlin - nicht in den Provinzialgemeinden - gibt es eine "Versammlung der Familienhäupter". Nach einem Beschluß der Generalversammlung vom 8.4.1964⁶⁾ gelten als "Familienhaupt" im Sinne der Regle-

1) Art.61 GO

2) Ständige Commissionen sind nach den Reglements: Bau-, Beerdigungs-, Dons- und Fonds-, Rechnungs- und Registerkommission.

3) Reglements 1 XII § 1

4) Reglements 1 XII §§ 4-7

5) Art.62 GO

6) Brief des rechtskundigen Sekretärs vom 11.7.1965

ments alle Gemeindeglieder über 24 Jahre; jüngere nur, sofern sie verheiratet sind oder waren. Obwohl für diesen Beschluß gemäß Artikel 67 Absatz 2 der Grundordnung die Zustimmung der Kirchenleitung erforderlich ist, wird er bisher auch ohne beantragte Genehmigung angewendet.

Die Versammlung der Familienhäupter wird von der Generalversammlung einberufen, wenn die Wahl eines Predigers bevorsteht und wenn über größere Vermögenswerte entschieden werden muß¹⁾. Beträgt die Summe der außerordentlichen Ausgaben bis zu "20 000 Taler", dann verstärkt sich die Generalversammlung je nach der Höhe des Betrages bis auf 30 Familienhäupter. Wenn die Summe "20 000 Taler" übersteigt oder eine neue Gründung betrifft, so entscheidet die durch 30 Familienhäupter verstärkte Generalversammlung, ob die Angelegenheit wichtig und für die Kirche vorteilhaft ist. Wird diese Frage bejaht, dann entscheidet die Versammlung aller Familienhäupter abschließend. Die Umrechnung der Taler in DM erfolgt auf der Grundlage der durchschnittlichen Pfarrergehälter um 1790 und heute²⁾.

d) Lektor³⁾

In besonderen (speziell Not-)Fällen kann das Presbyterium geeignete Gemeindeglieder bitten, als Lektoren im Gottesdienst, als Helfer im Kindergottesdienst oder in der Christenlehre mitzuwirken; sie können den Besuchsdienst und in ganz besonderen Fällen auch die Wortverkündigung übernehmen⁴⁾. Für seine Hilfe im Gottesdienst und für den Inhalt des selbständig gehaltenen Gottesdienstes ist der Lektor an den zuständigen Pfarrer gewiesen⁵⁾.

1) Reglements 1 II Ziff.5

2) Ausgehend von einem jährlichen Pfarrergehalt von 300 Talern im Jahre 1790, beträgt der Umrechnungsmaßstab heute in Berlin (Ost) 1:10 und in Berlin (West) 1:20; schriftliche Mitteilung des Präses der französisch-reformierten Kreissynode, Pfarrer Manoury, vom 20.1.1966.

3) Richtlinien für den Lektorendienst in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, KABl.1957/24.

4) Artt.34, 48 Abs.4 GO

5) Richtlinien für den Lektorendienst, III

Die Discipline enthält im dritten Kapitel V und VI eine Regelung für den Fall, daß der Prediger abwesend ist. Davon ist bis heute noch kein Gebrauch gemacht worden. Das Moderamen, dem eine Satzungsbefugnis für den Dienst der Predigt zusteht¹⁾, könnte dafür besondere Richtlinien erlassen.

3. Diakonenamt

Das Diakonenamt, das nach reformierter Lehre ein bekenntnisnotwendiger Teil der Mehrämterordnung ist²⁾, existiert in allen Gemeinden. Es hat bisher eine unterschiedliche Regelung gefunden, die durch das Moderamen gemäß Artikel 106 erweitert werden könnte.

a) Deutsch-reformierte Gemeinden

In den deutsch-reformierten Gemeinden gelten die allgemeinen landesrechtlichen Normen für das Diakonenamt³⁾.

Die Ausbildung des Diakonenschülers erstreckt sich über mindestens zwei Jahre theoretischen Unterrichts und auf zwei Jahre praktischer Zurüstung in einer Diakonenanstalt⁴⁾. Nach erfolgreich bestandener Prüfung, empfangener Einsegnung und erfolgter Aufnahme in die "Brüderschaft der Diakone" erhält der Diakon vom Konsistorium eine Urkunde über seine Befähigung zur Anstellung⁵⁾. Ein Anspruch auf Anstellung besteht damit aber nicht. Soll ein Diakon aus einer Anstalt, die außerhalb des Bereichs der EKU liegt, angestellt werden, dann ist zuvor die Zuerkennung seiner Anstellungsfähigkeit für die betreffende Stelle beim Konsistorium zu beantragen. Sie erfolgt durch eine Bescheinigung, die das Konsistorium von der Durchführung eines Kolloquiums abhängig machen kann⁶⁾.

1) Art.106 GO

2) Wolf, Ordnung, S.631

3) Kirchengesetz über das Amt, die Ausbildung und die Anstellung der Diakone, KABl.1960/24; Beschluß des Rates zu § 8, Abs.5 des Kirchengesetzes über das Amt, die Ausbildung und die Anstellung der Diakone, KABl.1962/23.

4) § 5 Diakonengesetz

5) §§ 6-8 Diakonengesetz

6) Beschluß des Rates, Ziff.1

Der Diakon leistet seine Dienste in der Regel in einer Gemeinde oder in einer Anstaltsdiakonie¹⁾. Zu seinen Aufgaben gehört die Mitarbeit in der Wortverkündigung und in der Seelsorge, nachgehende Fürsorge, Besuchstätigkeit und Sammlung der ihm anvertrauten Kreise, vorzugsweise der Männer der Gemeinde und der männlichen Jugend²⁾.

Die Diakonisse oder Gemeindeschwester erhält ihre Ausbildung in einem Diakonissenmutterhaus. Ihre Arbeit gilt vor allem dem diakonischen Dienst an den Armen, Kranken, Pflegebedürftigen sowie an der Jugend und den Kindern der Gemeinde³⁾.

b) Französisch-reformierte Gemeinden in der Provinz

Die Ordnung des Diakonenamtes folgt den Regeln der Disziplin. Der Diakon wird in der gleichen Art und Weise wie der Älteste vom Consistorium bestellt⁴⁾. Es können auch Frauen gewählt und ernannt werden. Es ist Aufgabe des Diakons, die zum Unterhalt der Armen wie auch der Gefangenen und Kranken gewidmeten Gelder einzusammeln, nach der Weisung des Consistoriums auszuteilen und sich dabei dieses Personenkreises besonders anzunehmen⁵⁾.

c) Französisch-reformierte Gemeinden in Berlin

Für das Diakonenamt in der Französischen Kirche zu Berlin gelten die entsprechenden Bestimmungen der Reglements. Die Wahl und die Einführung der Anciens-Diacres vollzieht sich nach der gleichen Ordnung wie bei den Anciens⁶⁾. Das Diakonat als die Versammlung aller Diakone der Kirche unter Vorsitz eines Predigers hat zur Aufgabe, die laufenden Einnahmen zu sammeln und für die Unterstützung der Armen Sorge zu tragen⁷⁾. Das entsprechend der Reglements gebildete Diakonat ist in seiner Rechtsstellung selbständiger und in den

1) § 5 Diakonengesetz

2) Art.33 Ziff.III GO

3) Art.33 Ziff.V GO

4) Discipline, 3.Kap.I

5) Discipline, 3.Kap.IV und 4.Kap.

6) siehe oben S.67 f.

7) Reglements 1 I § 6, 1 IV und V, 3 alle Kapitel

Aufgaben umfangreicher als das nach der Disziplin eingesetzte. Es werden als Aufgaben insbesondere noch die Unterrichtsfürsorge, Lieferung von Büchern an die Kinder der Armen und Fürsorge für Durchreisende genannt.

4. Katechet¹⁾

Der Dienst des Katecheten ist für alle, auch die reformierten Gemeinden der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg einheitlich geregelt. Das Moderamen hat keine Satzungsbezugnis. Neben dem Pfarrer werden in der Regel Katecheten mit der Verkündigung des Wortes im Rahmen oder in der Art des Schulunterrichts kirchlich beauftragt²⁾. Die Katecheten werden nach zweijähriger Ausbildung im Seminar oder nach einem Lehrgang von sechs Monaten mit einem anschließenden Praktikum von einem Jahr durch die Gemeinde oder den Kreiskirchenrat angestellt. Dementsprechend führt entweder das Presbyterium oder der Kreiskirchenrat die Dienstaufsicht. Die fachliche Aufsicht liegt beim Kreiskatecheten³⁾.

Der Katechet ist in seiner Lehre an die Heilige Schrift und an die in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg geltenden Bekenntnisse gebunden⁴⁾. Die reformierten Gemeinden und Kirchenkreise haben bisher noch keine Katecheten angestellt. Die Kinder reformierter Eltern werden in der christlichen Unterweisung von den Katecheten der lutherischen Gemeinden, Kreise oder der kirchlichen Erziehungskammer unterrichtet.

1) Ordnung des katechetischen Dienstes in Berlin, KABl.1948/11; Ordnung des katechetischen Dienstes in Brandenburg, KABl.1949/17; Ordnung der Ausbildung und Anstellung im katechetischen Dienst in Berlin-Brandenburg, KABl.1949/7; Vorläufige Ordnung für Praktikanten im katechetischen Dienst, KABl.1950/19; Prüfungsordnung für Hilfskatecheten in Berlin-Brandenburg, KABl.1954/2; Ordnung für Kreiskatecheten, KABl.1956/35; Dienstordnung für Katecheten, KABl.1956/37.

2) Art.33 Ziff.I GO

3) Dienstordnung für Katecheten, II

4) Dienstordnung für Katecheten, I, 1

5. Hilfsämter

Die Discipline nennt nur die vier biblisch begründeten Ämter. Da das Diakonenamt auf die Armen- und Krankenpflege beschränkt ist, können die "Hilfsämter" auch nicht als ein Teil davon angesehen werden. Die Bestimmungen der Reglements machen dies deutlich, indem sie die Hilfsämter unter die Aufsicht des Consistoriums oder des Diakonats stellen. Diakonenamt und Hilfsamt können nicht von ein und demselben Gemeindeglied ausgeübt werden. Die Reglements bestimmen außerdem, daß der Verwalter eines Hilfsamtes nicht zum Ancien oder Ancien-Diacre gewählt werden darf¹⁾²⁾.

Es ist allen Hilfsämtern gemeinsam, daß dem Moderamen für ihren Bereich keine Satzungsbefugnis zusteht. In allen Gemeinden gelten die gleichen Ordnungen. Die Träger der Hilfsämter begründen ihr Anstellungsverhältnis mit der Gemeinde.

a) Kirchenmusiker

Der Kirchenmusiker trägt die Verantwortung für die kirchliche Musikpflege in der Gemeinde³⁾.

Kirchenmusiker, die ihre Befähigung durch die vorgeschriebenen Prüfungen in einer der Gliedkirchen der EKU bestanden

1) Reglements 1 X § 24

2) Außerdem bestehen in der Gemeinde Friedrichstadt (Französischer Dom) noch weitere "Ämter", die nicht unter die bisher beschriebenen eingeordnet werden können und auch nicht in den Reglements stehen: Direktor des Hugenottenmuseums, Bibliothekar, Archivar. Es handelt sich um ehrenamtlich tätige Gemeindeglieder. In Zusammenarbeit mit staatlichen und kirchlichen Stellen wurde von ihnen Leben und Werk des Dichters Fontane bearbeitet; gegenwärtig widmen sie sich der gleichen biographischen Aufgabe zum Gedächtnis des Mathematikers Euler. Beide gehörten der Gemeinde an.

3) Kirchengesetz über die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit von Kirchenmusikern, Berufsordnung für das kirchenmusikalische Amt, Kirchenmusikalische Fachaufsichtsordnung, KABl.1962/Sonderausgabe vom 1.4.1962, S.18-23; Richtlinien für den Nachweis der Befähigung zum Hilfskirchenmusiker, KABl.1966/43; Ausbildungs- und Prüfungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker (C-Kirchenmusiker), KABl.1966/53; Art.33 Ziff.II GO

haben, können die Verleihung der Urkunde über die Anstellungsfähigkeit beim Konsistorium beantragen. Kirchenmusikern, die innerhalb des Gebietes anderer Kirchen ihre Prüfung abgelegt haben, kann auf Antrag die Urkunde verliehen werden, wenn sie auf der Bekenntnisgrundlage der EKU stehen und sich erfolgreich einem kirchenmusikalischen Kolloquium unterzogen haben. Ein Anspruch auf Anstellung besteht jedoch nicht¹⁾. Die "Fachaufsicht" über sie führt der Kirchenmusikwart²⁾. In den reformierten Gemeinden gibt es keinen Kirchenmusikwart; die Aufsicht wird vom Kirchenmusikwart des lutherischen (Gebiets-)Kreises geführt³⁾.

b) Gemeindehelferin⁴⁾

Die Aufgabe der Gemeindehelferin ist die Sammlung der Kinder, der Jugend und der Frauen unter Gottes Wort⁵⁾. Daneben kann sie auch zur Verwaltungsarbeit im Gemeindeamt oder im Pfarrbüro herangezogen werden⁶⁾. Das Presbyterium stellt die Dienstordnung für die Gemeindehelferin auf, die der Genehmigung des Kreiskirchenrates bedarf⁷⁾.

c) Kindergärtnerin (Hortnerin)

Aufgabe der Kindergärtnerin und Hortnerin in der Gemeinde ist der Dienst an den Kindern, die kirchliche Anstalten dieser Art besuchen⁸⁾.

6. Kirchliche Verwaltungsbeamte⁹⁾

Für den Dienst des kirchlichen Verwaltungsbeamten gelten auch in den reformierten Gemeinden¹⁰⁾ die landeskirchlichen

- 1) §§ 3-5 Kirchenmusikergesetz
- 2) § 4 Fachaufsichtsordnung
- 3) Schriftliche Mitteilung Pfarrer Manourys vom 20.1.1966
- 4) Richtlinien für die Tätigkeit der Gemeindehelferin, KABl.1953/10
- 5) Art.33 Ziff.IV GO
- 6) § 3 Richtlinien für die Gemeindehelferin
- 7) § 4 Richtlinien für die Gemeindehelferin
- 8) Art.33 Ziff.VI GO
- 9) Zum folgenden: Wolf, Ordnung, S.667 ff.
- 10) Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse der Kirchenbeamten, KABl.1962/Sonderausgabe vom 1.4.; Kirchengesetz vom 12.12.1963 zur Durchführung des Kirchenbeamtengesetzes, KABl.1964/5

Vorschriften. Die reformierten Gemeinden und Kirchenkreise haben bisher noch keine eigenen Kirchenbeamten berufen.

Auch der Dienst des Kirchenbeamten steht "unter dem Auftrag, den die Kirche von ihrem Herrn Jesus erhalten hat"¹⁾. Wenn der Anwärter die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder übliche fachliche Vorbildung nachweist, so kann er außer von den Dienststellen der EKU und der Landeskirche auch von einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einem Kirchenkreis zum Kirchenbeamten berufen werden²⁾. In das Kirchenbeamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer der evangelischen Kirche angehört, sich zu Wort und Sakrament bekennt, einen guten Ruf hat und willens ist, die aus diesem Kirchengesetz sich ergebenden Pflichten zu erfüllen³⁾. Bei der Aushändigung seiner Berufungsurkunde hat er folgendes Gelöbnis abzulegen: "Ich gelobe vor Gott, den mir anvertrauten Dienst gemäß den Ordnungen der Kirche auszuüben, die mir obliegenden Pflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen und mich in und außer dem Dienst so zu verhalten, wie es einem Kirchenbeamten geziemt."⁴⁾

Die oberste Dienstbehörde für den Beamten ist die Kirchenleitung⁵⁾.

IV. Ordnung der Leitung

1. Kirchliche Leitungsorgane

a) Kirchenkreis

Die Kirchenkreise erfüllen ihre Aufgaben in eigener Verantwortung⁶⁾. Sie sind selbständige öffentliche Körperschaften⁷⁾. Über eine Neubildung, Veränderung, Aufhebung und Vereinigung von Kirchenkreisen beschließt bei Einver-

1) § 1 Kirchenbeamtengesetz

2) §§ 2, 3 Kirchenbeamtengesetz. Das Konsistorium muß die Genehmigung erteilen, Art.52 Abs.1 GO.

3) § 3 Abs.1 Kirchenbeamtengesetz

4) § 8 Kirchenbeamtengesetz

5) § 5 Kirchenbeamtengesetz

6) Art.69 GO

7) Art. 3 GO

ständnis die Kirchenleitung, andernfalls die Provinzialsynode¹⁾.

Die deutsch- und französisch-reformierten Gemeinden bilden je einen Kirchenkreis. Für die Ordnung dieser Kreise enthält die Grundordnung einige Richtlinien, sonst gelten die bisherigen Rechte fort²⁾.

Der französisch-reformierte Kirchenkreis hat sich am 2.12. 1952 eine Ordnung für die Synode³⁾ und am 30.10.1949 eine für den Kreiskirchenrat gegeben⁴⁾. Für den deutsch-reformierten Kirchenkreis fehlt noch die entsprechende Regelung. Es besteht nur eine "Urkunde vom 10.6.1950 über die Errichtung des Kirchenkreises", die aber keine Ordnung oder Grundsätze für eine solche enthält⁵⁾. Die Ordnung ist also aus den Artikeln 69 ff. der Grundordnung unter Berücksichtigung der im Artikel 102 der Grundordnung und in den Erläuterungen des Moderaments gegebenen Richtlinien zu entnehmen. Dadurch sind nur geringe Unterschiede in der Ordnung der beiden Kreise entstanden.

Die Organe des Kirchenkreises sind die Kreissynode und der Kreiskirchenrat⁶⁾.

aa) Kreissynode

Jede Gemeinde entsendet zur Synode einen Pastor und einen Ältesten (die französisch-reformierten Gemeinden in Berlin zwei), die vom Presbyterium (Consistorium) gewählt wer-

1) Artt.71, aber auch 101, 102 GO

2) Artt.101, 102 GO

3) Ordnung der Französisch-reformierten Kreissynode in Berlin-Brandenburg, KABl.1955/52. Diese Ordnung ist auf der Grundlage von Art.89 Ziff.6 GO ergangen, wonach jede Synode ihren Geschäftsgang regelt und unter Berücksichtigung der Artt.101, 102 GO. In ihrem Aufbau und ihren Bestimmungen ist sie den allgemeinen Regelungen der Grundordnung stark angenähert.

4) Die Ordnung für den französisch-reformierten Kreiskirchenrat ist auf S.128 f. abgedruckt. Für den Kreiskirchenrat fehlt in der Grundordnung eine entsprechende Regelung für den Geschäftsgang wie bei der Synode.

5) Urkunde über die Errichtung eines Deutsch-reformierten Kirchenkreises, KABl.1951/28

6) Bei der gegenwärtigen politischen Lage sind die Organe im Bereich der regionalen Synoden Ost und West vorhanden.

den¹⁾²⁾. Alle haben Antrags- und Stimmrecht³⁾. Die Mitglieder des Moderaments, der Präses der Provinzialsynode und Vertreter der Kirchenleitung und des Konsistoriums können an den Verhandlungen der Synode und ihrer Ausschüsse mit Antrags-, aber ohne Stimmrecht teilnehmen⁴⁾. Die bisherigen Mitglieder und deren Stellvertreter im Kreiskirchenrat, die übrigen Ältesten aus der Gemeinde des Tagungsortes der Synode und als Gäste weitere Personen des kirchlichen Lebens können ohne Antrags- und Stimmrecht teilnehmen⁵⁾. Die Ältesten legen ein Gelübde ab⁶⁾.

Die Kreissynode tritt einmal jährlich zur ordentlichen Tagung zusammen. Wenn ein Drittel der Mitglieder⁷⁾, der Kreiskirchenrat oder die Kirchenleitung es verlangen, versammelt sie sich zu außerordentlichen Tagungen⁸⁾.

Die Kreissynode wird vom Kreiskirchenrat vorbereitet, der auch die Tagesordnung bestimmt⁹⁾. Die Tagung wird mit einer Andacht eröffnet und mit gemeinsamem Gebet geschlossen; nach Abschluß der Sitzungen soll ein Abendmahlsgottesdienst stattfinden¹⁰⁾. Der Präses eröffnet und schließt die Tagung; er leitet die Verhandlung, sorgt für die äußere Ordnung und führt im Einvernehmen mit dem Kreiskirchenrat den Schriftwechsel¹¹⁾.

-
- 1) Art.85 Ziff.1 GO; § 2 Kreissynode; Discipline, 8.Kap.II
 - 2) Zur deutsch-reformierten Kreissynode entsenden auch die (reformierten) kirchlichen Werke einen Synodalen, Art.85 Ziff.2 GO
 - 3) Art.85 Ziff.1 GO; § 2 Kreissynode; Discipline, 8.Kap. II, VIII
 - 4) Art.89 Ziff.3 GO; § 4 Kreissynode
 - 5) §§ 3, 5 Kreissynode; im deutsch-reformierten Kirchenkreis mit Stimmrecht, Art.85 Ziff.3 GO
 - 6) Art.86 GO; § 18 Kreissynode: "Gelobt Ihr vor Gott, Euer Amt als Mitglieder dieser Synode sorgfältig und treu dem Worte Gottes, dem Bekenntnis und den Ordnungen der Kirche gemäß zu verwalten und auch in diesem Amt nichts anderes zu suchen, als daß Gottes Reich komme und sein Wille geschehe?"
 - 7) Gemäß § 6 Kreissynode sind es ein Drittel der entsendungsberechtigten Gemeinden.
 - 8) Art.87 Abs.1 GO; § 7 Kreissynode
 - 9) Art.87 Abs.2 GO; § 12 Kreissynode
 - 10) Art.87 Abs.4 GO; § 14 Kreissynode; Discipline, 8.Kap.I
 - 11) Art.88, 89 Ziff.1 i.V.m. Art.102 GO; § 15 Kreissynode; Discipline, 8.Kap.VII.

Die Kreissynode wählt aus ihrer Mitte einen Pastor zum Präses und einen anderen zu seinem Stellvertreter; desgleichen einen (Laien-)Synodalen zum Schriftführer und einen weiteren zu dessen Stellvertreter¹⁾. Zu den Aufgaben der Synode gehört die Wahl des Kreiskirchenrates²⁾ und die der Synodalen für die Provinzialsynode³⁾. Weiterhin schafft sie kreiskirchliche Ämter, begründet besondere Einrichtungen und wacht über die Verwaltung der Gelder. Der Kreiskirchenrat erstattet der Synode Bericht über seine Tätigkeit, die allgemeinen kirchlichen Zustände und einzelne wichtige Ereignisse⁴⁾.

Beschlüsse der Kreissynode können, wenn sie mit Schrift und Bekenntnis nicht vereinbar sind oder eine in anderer Weise nicht zu behebende Gefahr für das kirchliche Leben darstellen, gemäß Artikel 134 der Grundordnung, vom Moderamen aufgehoben werden.

bb) Kreiskirchenrat

Der von der Kreissynode gewählte Kreiskirchenrat besteht aus dem Präses⁵⁾, zwei weiteren Pfarrern und drei Ältesten. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt⁶⁾. Aus dem Kreise der Ältesten ist einer zum Sekretär zu bestimmen⁷⁾.

1) Artt.97 Ziff.2, 102 GO; § 19 Kreissynode; Discipline, 8.Kap.VII

2) Artt.97 Ziff.1, 102 GO; § 22 Kreissynode

3) Art.128 Ziff.1 GO

4) Artt.69 f., 81-83, 90 f. GO.

5) Bei der Beratung der Grundordnung beantragte der Synodale Manoury, daß in den beiden reformierten Kreisen der "Präses des Kreiskirchenrates" die "Rechte und Pflichten des Superintendenten" wahrnehmen solle, setzte sich damit aber nicht durch. Nach der heute geltenden Grundordnung (Art.102) nimmt der Kreiskirchenrat die "Rechte und Pflichten des Superintendenten" wahr. Der Antrag Manourys bezweckte, daß auf Grund dieser dem Superintendenten angenäherten Rechtsstellung des Präses klargestellt werden sollte, daß er einen Anspruch auf Teilnahme an den Provinzialkonventen habe. Der Synodale Braun führte daraufhin aus, daß kein Ausschluß des Präses von Provinzialkonventen beabsichtigt sei. Auf diese Erklärung hin wurde der Antrag zurückgezogen (Verhandlungen, S.682).

6) Art.97 Ziff.1 und 2 GO; § 1 Kreiskirchenrat

7) § 1 Kreiskirchenrat; eine entsprechende Regelung fehlt in der GO.

Der Präses der Kreissynode ist zugleich Vorsitzender des Kreiskirchenrates. Zusammen mit dem Sekretär vertritt er den Kreis nach außen hin¹⁾. Der Kreiskirchenrat wird von dem Vorsitzenden monatlich einmal einberufen²⁾. Er muß zusammentreten, wenn zwei Mitglieder oder das Moderamen dies unter Angabe der Tagesordnung verlangen³⁾.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Kreiskirchenrates ergeben sich aus der Grundordnung. Der Kreiskirchenrat nimmt die Aufgaben der Synode wahr, solange sie nicht tagt oder nicht einberufen werden kann. Er ist ferner zuständig für die Kirchenvisitationen⁴⁾⁵⁾, Überwachung der wirtschaftlichen Gemeindeverwaltung, Beschwerden⁶⁾. Der Arbeitsbereich ist noch dadurch erweitert, daß die Rechte und Pflichten, die der Superintendent nach der Grund- und Lebensordnung dem Kreis und den Gemeinden gegenüber ausübt, ebenfalls dem Kreiskirchenrat zustehen⁷⁾. Beschlüsse des Kreiskirchenrates können unter den Voraussetzungen des Artikels 134 GO vom Moderamen aufgehoben werden.

b) Moderamen (im weiteren Sinn)

In den reformierten Gemeinden Berlin-Brandenburgs gibt es erst seit 1948 einen Zusammenschluß und eine gemeinsame Leitung⁸⁾, die in der Grundordnung als "Moderamen" bezeichnet

1) § 4 Kreiskirchenrat; eine entsprechende Regelung fehlt in der GO.

2) Art.97 Ziff.3 GO; § 8 Kreiskirchenrat, wird vierteljährlich einberufen.

3) Art.97 Ziff.3 GO; § 8 Kreiskirchenrat

4) Die Visitation wird in entsprechender Anwendung der Visitationsordnung durchgeführt; Besuchsordnung, Ziff.11, KABl.1952/Beilage vom 15.4.; Visitationsordnung, KABl. 1952/Beilage vom 15.2.

5) Besuchsordnung, Ziff.21: "Findet eine Generalvisitation oder eine Generalevangelisation durch den Bischof oder den Generalsuperintendenten in einem Bezirk statt, in dem auch eine reformierte Gemeinde ihren Sitz hat, so wird das Moderamen im Benehmen mit dem Presbyterium (Consistorium) dafür Sorge tragen, daß auch bei dieser Gelegenheit die Verbundenheit der reformierten Gemeinden mit der Gesamtheit der anderen Gemeinden wirksam bezeugt wird."

6) Artt.92-96 GO

7) Art.102 GO; Erläuterungen A, 1

8) Die reformierte Gemeinde Görlitz in Schlesien gehört auch dazu. "Die Ordnung der reformierten Gemeinde Görlitz-

net wird. Dieser Ausdruck ist insofern ungenau, als das Moderamen nur ein Leitungsorgan - wenn auch das wichtigste - neben der "Vereinigten Synode" und dem "Moderator" ist.

Aufgaben und Zusammensetzung der reformierten Leitungsorgane sind in Artikel 106 der Grundordnung vorgezeichnet. Auf Grund dieser Richtlinien haben sich die Organe eine eigene Ordnung gegeben. Bedingt durch die politischen Verhältnisse besteht die Leitung jeweils im Bereich der Regionalsynode Ost und West¹⁾.

aa) Vereinigte Synode

Die seit 1948 bestehende Vereinigte Synode hat sich am 9.1.1957 eine Ordnung gegeben²⁾.

Der Synode gehören sämtliche Pfarrer und alle nicht-theologischen Synodalen beider Kreise an³⁾. Die Zahl der außerdem eingeladenen, aber nicht stimmberechtigten Mitglieder und Gäste deckt sich mit der der Kreissynode⁴⁾. Es können jedoch auch Vertreter der in Berlin bestehenden reformierten Auslandsgemeinden als Gäste teilnehmen⁵⁾. Daher wird die niederländisch-reformierte Gemeinde in Berlin zu den Sitzungen eingeladen. Sie ist eine unabhängige Gemeinde und an die Beschlüsse der Synode nicht gebunden. Vorbereitet und einberufen wird die Vereinigte Synode nach Fühlungnahme mit den Kreiskirchenräten durch das Moderamen, das auch die Tagesordnung festsetzt. Eine Einberufung muß gleichfalls erfolgen, wenn beide Kreiskirchenräte es beantragen⁶⁾. Die Einladung der Synodalen geschieht durch Vermittlung der Präsidien der Kreissynoden, im übrigen durch das Moderamen unmittelbar. Bisher trat die Vereinigte Synode im Französi-

Oderwitz bleibt unberührt. Änderungen bedürfen der Zustimmung der Kirchenleitung und des Moderamens von Berlin-Brandenburg", Kirchenordnung von Schlesien, Art.95 Abs.3.

- 1) Notverordnung zur einstweiligen Neuordnung der Rechtsverhältnisse der reformierten Gemeinden, KABl.1963/8 und 19
- 2) Ordnung der Vereinigten Synoden der evangelisch-reformierten Gemeinden in Berlin-Brandenburg, KABl.1957/31.
- 3) Ordnung I,1
- 4) Ordnung I,2 und 3
- 5) Ordnung I,2 und 3
- 6) Ordnung III,1,3,4

schen Dom in Berlin zusammen. Am Vormittag beraten dort getrennt die beiden Kreissynoden und nach einem gemeinsamen Mittagessen tagt am Nachmittag die Vereinigte Synode. Der Vorsitzende des Moderamens, der Moderator, leitet die Verhandlung und handhabt die äußere Ordnung¹⁾.

Der Gang der Verhandlungen, Wahlen und Abstimmungen folgt den Regeln der Grundordnung sowie der französisch-reformierten Kreissynodalordnung mit der Besonderheit, daß ein Antrag - sowohl in sachlichen, personellen als auch theologischen Angelegenheiten - auch dann als abgelehnt gilt, wenn zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder einer der beiden Kreissynoden ihn ablehnt²⁾.

Zu den Aufgaben³⁾ der Vereinigten Synode gehört die Wahl des Moderators, des Sekretärs und ihrer Stellvertreter, die Entgegennahme des Tätigkeitsberichts des Moderamens und Beschlußfassung über gemeinsame Angelegenheiten der beiden Synoden. Ferner berät sie das Moderamen bei der Erfüllung der in Artikel 106 der Grundordnung genannten Aufgaben, sofern es eine solche Beratung begehrt und eine entsprechende Vorlage macht.

bb) Moderamen (im engeren Sinn)

Das Moderamen hat die Stellung einer autonomen Körperschaft des öffentlichen Rechts⁴⁾. Es vertritt das reformierte Bekenntnis und die reformierten Gemeinden innerhalb der Kirchenprovinz und ordnet nach "... dem in ihrem Bekenntnis niedergelegten Schriftverständnis den Gottesdienst mit Einschluß der Sakramentsverwaltung und die Dienste der Predigt, der Lehre, der Zucht und der Diakonie im Rahmen der gesamtkirchlichen Ordnung. Das Moderamen nimmt die Dienste⁵⁾ des Bischofs und der Generalsuperintendenten wahr"⁶⁾.

1) Ordnung IV,2

2) Ordnung IV,6

3) Ordnung II

4) Art.3 GO

5) Damit ist das "visitatorische Amt" gemeint (Interpretation des Synodalen Krummacher, s. Verhandlungen, S.439).

6) Artt.106 Abs.1 und 2, 126, 139 GO

Das Moderamen vertritt die Interessen der reformierten Gemeinden nur innerhalb der Kirchenprovinz; die Vertretung in den Organen der EKU, EKD und der Oekumene regelt sich nach dem Recht der Landeskirche. Einen überprovinziellen Zusammenhalt finden die reformierten Gemeinden in Berlin-Brandenburg in ihrer Zugehörigkeit zum "Reformierten Bund"¹⁾.

Das Moderamen besteht aus dem Moderator und dem Sekretär, ihren Stellvertretern²⁾ und je zwei Abgeordneten aus jeder Kreissynode³⁾. Der Moderator muß ordiniert Theologe sein und der Sekretär die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben⁴⁾.

Der Moderator beruft das Moderamen zu regelmäßigen oder nach Bedarf anzuberaumenden Sitzungen ein; außerdem, wenn zwei Mitglieder des Moderamens es schriftlich beantragen⁵⁾. Die Beschlüsse des Moderamens werden mit Stimmenmehrheit gefaßt, wobei mindestens fünf Mitglieder anwesend sein müssen⁶⁾. Der Moderator und der rechtskundige Sekretär vertreten gemeinsam das Moderamen nach außen⁷⁾. Die Verwaltungskosten des Moderamens bilden einen Teil des provinzialkirchlichen Haushalts⁸⁾.

Auf Grund der Aufgaben des Moderamens und seiner systematischen Stellung in der Grundordnung im Abschnitt über den Bischof und den Generalsuperintendenten folgerte Engelhardt⁹⁾, daß es als konfessionelles Leitungsamt episkopale Tätigkeit ausübe. Diese Behauptung steht in Widerspruch zu den Grundsätzen des reformierten Verfassungsrechts, da es in der reformierten Kirchenordnung prinzipiell keine "episkopalen

1) Steiner, RGG V (1961), Sp.894-895; Aufgaben des Reformierten Bundes, RKZ 1951/53

2) Es hat sich im Moderamen das "Gewohnheitsrecht" herausgebildet, daß aus dem einen Kreis der Moderator und aus dem anderen der Sekretär entstammt; briefliche Mitteilung des rechtskundigen Sekretärs vom 11.7.1965.

3) Art.1 Moderamensordnung

4) Art.2 Moderamensordnung

5) Art.6 Moderamensordnung

6) Art.7 Moderamensordnung

7) Art.11 Moderamensordnung

8) Art.13 Moderamensordnung

9) ZevKR 1961-62, S.386

Tätigkeiten" gibt. Die Ansicht Engelhardts macht deutlich, daß die in der Grundordnung getroffene systematische Einordnung und Umschreibung der Aufgaben (- "das Moderamen nimmt die Dienste des Bischofs und der Generalsuperintendenten wahr" -) Anlaß zu Mißverständnissen ist. Die gegenwärtige Einordnung des Moderamens ist eine Fehlkonstruktion.

Das Moderamen führt als "Kollektivorgan" diejenigen Aufgaben durch, über die die Provinzialsynode für die reformierten Gemeinden nicht entscheiden darf. Es ist also eine reformierte Provinzialsynode im kleinen. Es führt aber auch Aufgaben aus, die nach der Grundordnung dem Bischof und den Generalsuperintendenten zustehen, während sie nach der Disziplin mit zum Bereich der Provinzialsynode gehören. Die gegenwärtige systematische Stellung in der Grundordnung ist inkonsequent und widerspricht also dem reformierten Verständnis von den Aufgaben des Leitungsorgans.

cc) Moderator

Der Moderator ist der Vertrauensmann der Vereinigten Synode und wird von ihr zum Vorsitzenden des Moderamens gewählt. In dieser Eigenschaft beruft er die Vereinigte Synode und das Moderamen ein, führt den Vorsitz und handhabt die äußere Ordnung. Seine Rechtsstellung entspricht insoweit den reformierten Verfassungsgrundsätzen, als er im Moderamen keine Vorrechte genießt. Er kann nur gemeinsam mit dem rechtskundigen Sekretär das Moderamen rechtsverbindlich vertreten und schriftliche Erklärungen in eiligen Fällen abgeben, wenn das Moderamen nicht rechtzeitig einberufen werden kann¹⁾.

Seine Rechtsstellung enthält aber auch "amtstypische" Elemente, die sich aus den Bestimmungen der Grundordnung ergeben; deshalb wird er von einigen auch "Generalsuperintendent der Reformierten" genannt. Der Moderator vertritt die reformierten Gemeinden allein in der Kirchenleitung und ist als deren Mitglied auch zur Teilnahme in der Provinzialsynode berufen. Die geltende Praxis der Landeskirche läßt eine Stellvertretung des Moderators nicht zu und leitet dieses

1) Art.11 Moderamensordnung

Ergebnis aus dem Wortlaut der Grundordnung ab. Bei den Beratungen zur Grundordnung hatte der Synodale Böhm, auf dessen Arbeit der Entwurf größtenteils beruhte, eine Stellvertretung für zulässig gehalten¹⁾. In einem Änderungsgesetz zur Grundordnung soll eine entsprechende Bestimmung nun aufgenommen werden²⁾.

Gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Grundordnung treten der Bischof und die Generalsuperintendenten zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Da das Moderamen die Aufgaben des Bischofs und der Generalsuperintendenten der Grundordnung entsprechend wahrnimmt und der Moderator das Moderamen vertritt, müßte er zu diesen Beratungen ebenfalls eingeladen werden. Das ist bisher noch nicht geschehen.

2. Pfarrkonvente

Die Discipline kennt nur Synoden und keine Pfarrkonvente. Die Konvente finden ihre Vorbilder in den lutherischen Kirchenordnungen der Reformationszeit.

Die Pfarrkonvente gliedern sich in den Kreiskonvent für den Kirchenkreis und den Generalkonvent für das Moderamen³⁾. Die Konvente dienen dem gemeinschaftlichen geistlichen Leben der Pfarrbruderschaft in Gottesdiensten, gemeinsamer theologischer Arbeit in brüderlicher Seelsorge und der brüderlichen Zucht⁴⁾. Der Kreiskonvent soll in der Regel monatlich und der Generalkonvent wenigstens jährlich gehalten werden⁵⁾. Zur Teilnahme sind alle Pfarrer, Hilfsprediger, Pfarrvikarinnen, Pastorinnen, Prediger, Prädikanten und Vikare verpflichtet. Nur die ordentlichen, in einem Pfarramt innerhalb des Kirchenkreises stehenden Geistlichen sind ordentliche Mitglieder⁶⁾. Jeder Konvent kann aus seiner Mitte zwei erfahrene Amtsbrüder zu Senioren wählen⁷⁾.

1) Verhandlungen, S.49, siehe auch S.451.

2) Mündliche Mitteilung des Konsistoriums vom 10.8.1965.

3) Art.15 Abs.4 GO; Konventsordnung, KABl.1952/Beilage vom 15.2.

4) §§ 1 Abs.1 i.V.m. 8 Konventsordnung

5) §§ 2 Abs.1 i.V.m. 8 Konventsordnung

6) Art.15 Abs.4 GO; § 2 Abs.2 i.V.m. § 8 Konventsordnung

7) §§ 3 Abs.1 i.V.m. 8 Konventsordnung

Einen überprovinziellen Zusammenhalt finden die Pfarrer in dem "Coetus der reformierten Prediger der DDR"¹⁾.

V. Mitarbeit in den Organen der Landeskirche

1. Synoden

Die bisherige Darstellung der Rechtslage der reformierten Gemeinden galt der Ordnung in der Gemeinde, ihrer Synoden und des Moderamens. Die reformierten Gemeinden wollen aber kein "abgesonderter Teil" sein und sollen keine Doppelkirche innerhalb der Landeskirche bilden²⁾. Es ist darum nicht nur Aufgabe der Kirche, die Bekenntnisminderheiten zu schützen, sondern ihnen auch die Mitarbeit in allen landeskirchlichen Organen zu ermöglichen. In Berlin-Brandenburg findet diese Mitwirkung statt in den provinzialkirchlichen Organen und Amtsstellen; teils mit beratender Stimme, teils mit vollem Stimmrecht.

a) Kreissynode

Erst seit der im Jahre 1948 erlassenen Grundordnung bilden die deutsch- und die französisch-reformierten Gemeinden je einen eigenen Kirchenkreis unter Leitung des Moderamens. Die Bekenntnissynode der APU zu Barmen im Jahre 1934 kannte diese Regelung noch nicht, sie stellte nur Grundsätze für eine künftige Ordnung auf³⁾. Durch die Regelung von 1948 wurde dem Bedürfnis nach einem Zusammenschluß, der eine Isolierung der reformierten Gemeinden verhindern sollte, weitgehend entsprochen⁴⁾. Es darf nicht übersehen werden, daß bei Beratung und Entscheidung vieler Fragen des (Gebiets-) Kirchenkreises die Stimmen aller Gemeinden gehört werden müssen. Die Mitglieder der reformierten Kreissynode nehmen daher - freilich nur beratend - auch an der Kreissynode des Kirchenkreises ihres Wohnsitzes teil⁵⁾.

1) Mitteilung des rechtskundigen Sekretärs, Senatspräsident a.D. Centurier, vom 11. Juli 1965.

2) Synodaler Manoury, Verhandlungen, S. 683.

3) Niesel, Bekenntnissynoden, S. 7 ff.

4) Mengin, S. 19.

5) Art. 102 Abs. 2 GO

Dadurch soll eine gegenseitige Information erreicht werden. Die in der Grundordnung aufgezählten Rechte des Kirchenkreises bestehen nicht gegenüber den reformierten Gemeinden.

Diese Rechtslage wird jedoch nicht streng beachtet, da auch reformierte Pfarrer in lutherischen Kreisen zu besonderen Aufgaben berufen werden. Zur Zeit sind zwei reformierte Pfarrer als Kreis- beziehungsweise Landesjugendpfarrer auch für die lutherischen Gemeinden zuständig. Da die reformierten Gemeinden sehr klein sind, werden die Pfarrstellen nur unter der Voraussetzung neu besetzt, daß der Pfarrer ein lutherisches Kreisamt dazu übernimmt¹⁾.

b) Provinzialsynode

Die Provinzialsynode hat eine geistliche, keine kirchenpolitische Aufgabe. Sie handelt in "brüderlicher Gemeinschaft"²⁾. Sie erläßt die für alle Gemeinden, Ämter und Organe verbindlichen Kirchengesetze³⁾.

Die Anzahl ihrer Mitglieder ergibt sich aus Artikel 127 der Grundordnung. Als gewählte Synodale nehmen je ein Pfarrer und Ältester für den französisch-reformierten und je ein Pfarrer und Ältester für den deutsch-reformierten Kirchenkreis an der Provinzialsynode teil. Der Moderator gehört ihr als Mitglied der Kirchenleitung an. Weitere Reformierte können von der Kirchenleitung gemäß Artikel 128 Ziffer 4 der Grundordnung berufen werden. Die Synodalen legen ein Gelöbnis ab⁴⁾.

Auf Grund der gegenwärtigen politischen Verhältnisse tagt die Provinzialsynode in zwei regionalen Synoden. Jede Regionalsynode nimmt für ihren Bereich alle Befugnisse und Aufgaben der Provinzialsynode wahr⁵⁾. In die Regionalsynode Ost entsenden die reformierten Kirchenkreise je einen Pfarrer und Ältesten und das Moderamen (Ost) den Moderator.

1) Mitteilung des Präses der französisch-reformierten Kreis-synode, Pfarrer Manoury, vom 20. Januar 1966.

2) Art. 119 Abs. 2 GO

3) Zuständigkeit ergibt sich aus den Artt. 119-121, 123-125

4) Artt. 130 Abs. 1, 86 GO

5) Notverordnung über einstweilige regionale Synoden, KABl. 1959/28, §§ 1, 2

In die Regionalsynode West wählen beide Kirchenkreise insgesamt einen Pfarrer und zwei zum Presbyteramt befähigte Synodale; außerdem entsendet das Moderamen (West) den Moderator¹⁾.

Obwohl die Synodalen der reformierten Gemeinden an der (Gebiets-)Kreissynode nur mit beratender Stimme teilnehmen, haben sie in der Provinzialsynode zu allen Punkten der Tagesordnung beschließende Stimme. Sie beraten und entscheiden in jeder Angelegenheit mit²⁾, die zu den Aufgaben der Provinzialsynoden zählen. Die reformierten Teilnehmer können jeder EntschlieÙung der Synode mit der Begründung widersprechen, daÙ sie mit ihrem Bekenntnis nicht in Einklang stehe. Die Entscheidung hat für diese Gemeinden dann keine Geltung³⁾. Die Geschäftsordnung für die Provinzialsynode räumt allen Synodalen die gleichen Rechte ein. Auch die reformierten Kirchenkreise und das Moderamen können Anträge zur Tagesordnung stellen, die berücksichtigt werden müssen⁴⁾, aber sie können weder die Einberufung der Synode⁵⁾ noch wegen der kleinen Zahl ihrer Synodalen bei Abstimmungen über Beschlüsse namentliche⁶⁾ oder bei Wahlen Zettelwahl⁷⁾ bean-

1) Notverordnung zur einstweiligen Neuordnung der Rechtsverhältnisse der reformierten Gemeinden, KABl.1963/8 und 19, § 3 Abs.2.

2) Anders die Kabinetts-Ordre vom 6.3.1852 (abgedruckt bei Marsson, S.185): "... so soll die konfessionelle Vorfrage nicht nach den Stimmen sämtlicher Mitglieder, sondern allein nach den Stimmen des betreffenden Bekenntnisses entschieden werden."

Die Frage, ob die Kabinetts-Ordre noch geltendes Recht ist oder nicht, ist umstritten. Benn (ZevKR 1952/53: für das Kollegium der Kirchenkanzlei) bejaht und Bredt (Kirchenrecht I, S.150) verneint ihre Gültigkeit. Bei der jetzigen umfassenden Regelung in der GO kann diese Kabinetts-Ordre für die Beratung konfessioneller Fragen in der Synode, die das reformierte Bekenntnis betreffen, nicht mehr herangezogen werden. Sie ist also insoweit nicht mehr gültig.

3) Art.126 GO

4) § 8 Geschäftsordnung

5) Sie ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder oder die Kirchenleitung es wünschen, Art.129 GO.

6) Auf Antrag von mindestens 25 Mitgliedern muß namentlich abgestimmt werden, § 13 Geschäftsordnung.

7) Wahlen können durch Zuruf erfolgen. Wird dagegen von mindestens 10 Mitgliedern Widerspruch erhoben, dann findet Zettelwahl statt, § 14 Geschäftsordnung.

tragen. Auch die Synodalen reformierten Bekenntnisses können sowohl in den Ältestenrat¹⁾, den Hauptausschuß²⁾, als auch in die sonstigen Ausschüsse gewählt werden. Es sind ihnen aber keine festen Plätze in diesen Einrichtungen zugewiesen, so daß sie auch ohne reformierte Mitglieder gebildet werden können. "Die reformierten Mitglieder der Provinzialsynode haben keinen Anlaß, sich über eine Zurücksetzung zu beklagen, obwohl sie im Ältestenrat zur Zeit nicht vertreten sind. Das ist auch nicht erforderlich, da er lediglich organisatorische Aufgaben wahrnimmt. In den wichtigen Ausschüssen, die für reformierte Belange bedeutsam sind, haben sie Sitz und Stimme. Auch besteht der Brauch, reformierte Mitglieder (notfalls auch Nichtmitglieder) heranzuziehen, wenn Fragen erörtert werden, die für die Reformierten von Belang sind."³⁾

2. Pfarrkonvente

Die Konventsordnung knüpft an die gleichnamigen Einrichtungen der Reformationszeit an und macht sich die Erfahrungen der Bekennenden Kirche zu eigen⁴⁾.

Die Pfarrkonvente gliedern sich landeskirchenrechtlich in den Kreiskonvent für den Kirchenkreis und den Generalkonvent für den Sprengel des Generalsuperintendenten⁵⁾. Die Mitglieder der reformierten Konvente nehmen auch an den für ihren Wohnsitz zuständigen Konventen, sei es Kreis- oder Generalkonvent, beratend teil. Sie gehören aber nicht zu

1) Geschäftsordnung für die Provinzialsynode der Kirchenprovinz in Berlin-Brandenburg, Merzyn, I. Band, III 3. Dem Ältestenrat gehören 7 Personen an; Präses, 2 Stellvertreter, 2 Schriftführer, 2 Stellvertreter. Er bereitet die Tagung vor und führt sie durch; er vertritt die Synode im Einvernehmen mit der Kirchenleitung außerhalb der Tagung, § 1 Geschäftsordnung.

2) Er besteht aus dem Ältestenrat und 8 von der Synode zu wählenden Mitgliedern. Er schlägt die Mitglieder und den Vorsitzenden der Ausschüsse vor und bringt die Tätigkeit der Ausschüsse in Einklang, § 2 Geschäftsordnung.

3) Brief des Sekretärs, Senatspräsident a.D. Centurier, vom 11.7.1965.

4) Konventsordnung, Vorwort, KABl.1952/Beilage vom 15.2.

5) § 1 Konventsordnung

den ordentlichen Mitgliedern¹⁾. Ebenso wie bei der Kreissynode haben die Reformierten auf den Konvent keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten. An weiteren Konventen nennt die Grundordnung die Versammlung der Superintendenten durch den Bischof und den Generalsuperintendenten²⁾. Der Präses der reformierten Kreissynode wird dazu eingeladen. Ferner treten der Bischof und die Generalsuperintendenten regelmäßig zu Beratungen zusammen³⁾, an denen der Moderator bisher nicht teilnimmt⁴⁾.

3. Kirchenleitung

Aufgabe der Kirchenleitung ist es, die Provinz im Gehorsam gegen den Herrn der Kirche zu leiten und zu vertreten. Die wöchentlich zusammentretende Kirchenleitung führt die Beschlüsse der Provinzialsynode aus und vertritt die Kirchenprovinz. Ist die Provinzialsynode nicht versammelt, dann nimmt sie die in Artikel 120 der Grundordnung genannten Aufgaben laufend wahr⁵⁾. Die Kirchenleitung kann darüber hinaus Aufgaben erfüllen, die der Provinzialsynode vorbehalten sind, wenn diese nicht versammelt, ihre Einberufung nicht möglich ist und die Erledigung der Sache keinen Aufschub duldet. In diesem Fall kann sie Angelegenheiten, die den Erlass eines Gesetzes fordern, durch Notverordnung regeln, die der Synode, die nur alle zwei Jahre zusammentritt, bei der nächsten Tagung zur Genehmigung vorzulegen sind. Sie beruft die Geistlichen, kirchlichen Beamten und Angestellten in den provinzialkirchlichen Dienst und regelt ihre Stellung und Aufgaben. Soweit zur Durchführung oder Ergänzung dieser Grundordnung kirchengesetzliche Regelungen erforderlich sind, kann bis zu deren Erlass die Kirchenleitung einstweilige Bestimmungen treffen⁶⁾.

Die Kirchenleitung übt ihre Tätigkeit in Verantwortung vor

1) § 2 Ziff.5 Konventsordnung

2) Artt.109, 112 Abs.4 GO

3) Art.103 Abs.2 GO

4) siehe oben S.84

5) Art.132 GO

6) Art.154 GO

der Synode aus. Sie hat der Synode einen Rechenschaftsbericht vorzulegen und übt ihre Tätigkeit nach deren Grundsätzen aus. Gegen eine EntschlieÙung der Synode kann die Kirchenleitung innerhalb von drei Monaten Einspruch erheben. Die Synode entscheidet dann endgültig¹⁾.

Der Kirchenleitung gehören 20 Mitglieder an; der Vorsitzende des Moderamens als "geborenes" Mitglied²⁾³⁾. Gegenwärtig wird die Kirchenleitung im Bereich der Regionalsynode Ost und West gebildet.

Wenn ein BeschluÙ dem Bekenntnis der reformierten Kirche widerstreitet oder mit der "zu Recht bestehenden besonderen Ordnung der reformierten Gemeinden" nicht in Einklang steht, so kann sie Widerspruch erheben. Der BeschluÙ ist dann insoweit für die reformierten Gemeinden nicht verbindlich⁴⁾.

4. Kirchenverwaltung

a) Unterrichtsverwaltung

Die Unterrichtsverwaltung befaÙt sich mit der Christenlehre, der Jungen Gemeinde und dem Hochschulwesen. Da in Berlin-Brandenburg der Religionsunterricht nur von den lutherischen Gemeinden, Kreisen und der Erziehungskammer Berlin⁵⁾ getragen wird, ergeben sich für die reformierten Gemeinden keine Besonderheiten.

1) Art.133 Abs.2 GO

2) Der Kirchenleitung gehören an: der Bischof, der Präses der Provinzialsynode, die Generalsuperintendenten, die beiden Pröpste, der Konsistorialpräsident, der Vorsitzende des reformierten Moderamens und weitere Mitglieder in der gleichen Zahl; Art.135 GO.

3) Durch die politische Lage bedingt, bestehen in Berlin-Brandenburg gegenwärtig zwei Kirchenleitungen. Die Vorsitzenden der Moderamen "Ost" und "West" haben darin ihren Sitz; § 5 der Notverordnung über regionale Synoden.

4) Art.139 GO, dazu siehe unten S.107 ff.

5) In Berlin erfolgt die Anstellung und die Besoldung aus organisatorischen Gründen durch die Erziehungskammer Berlin.

aa) Junge Gemeinde¹⁾

Die kirchliche Jugendarbeit trägt den Namen "Junge Gemeinde"²⁾. Sie stellt keine Organisation dar. Für lutherische und reformierte Gemeinden gilt die gleiche Ordnung.

Jede Gemeinde entsendet einen Jungen und ein Mädchen in den Kreisjugendkonvent. Der Kreis wiederum entsendet zwei (in Berlin) oder einen (in Brandenburg) Vertreter in den Landesjugendkonvent. Im Kreis leitet der Kreisjugendpfarrer die Arbeit und für den Bereich der Landeskirche der Landesjugendpfarrer. In der Jugendkammer für Berlin und Brandenburg ist ein Organ für die Beratung, Vertretung und Verbindung der Jugendarbeit geschaffen worden.

bb) Hochschulwesen

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens³⁾ beteiligt sich die Kirche an den vorgeschriebenen Prüfungen der Theologiestudenten. Dem theologischen Prüfungsamt gehören an: der Bischof, die Generalsuperintendenten, die hauptamtlichen theologischen Mitarbeiter des Konsistoriums und vier Mitglieder der Provinzialsynode⁴⁾. Die Geschäfte des Prüfungsamtes führt das von der Kirchenleitung damit beauftragte Mitglied des Konsistoriums.

Die reformierten Kandidaten⁵⁾ reichen ihre Meldung zur ersten Prüfung durch den Moderator ein, der auch an der gesamten Prüfung teilnimmt und sie in zwei Fächern selbst vornimmt. Danach wird der Vikar dem Moderator zur weiteren Ausbildung zugewiesen.

1) Zum Folgenden: Tauchert, S.54 ff. Dort ist im Anhang auch die Ordnung für die Jugendarbeit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg abgedruckt.

2) Die Aufgaben für die Jugendarbeit ergeben sich aus den Artt.24-31 LebO.

3) Die theologische Fakultät und die Kirchliche Hochschule entsenden je einen Vertreter in die Provinzialsynode; Art.127 Abs.1 Ziff.5 GO.

4) Bestimmungen über das theologische Prüfungsamt der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und über die theologischen Prüfungen, KABl.1952/21.

5) In Anlehnung an den Beschluß der Bekenntnissynode der APU über die Ordination in Halle; Niesel, Bekenntnissynoden, S.37.

Für die zweite Prüfung stellt der Moderator die Aufgabe und sorgt für ihre Beurteilung; er führt den Vorsitz in der Prüfungskommission. Nach bestandener Prüfung verleiht das Konsistorium die Anstellungsfähigkeit, und die Ordination wird durch den Moderator oder ein anderes Mitglied des Moderaments ausgeführt.

Die Evangelische Studentengemeinde¹⁾ trägt die Verkündigung und Seelsorge an Hoch- und Fachschulen. In ihr werden alle evangelischen Studierenden für die Zeit ihres Studiums gesammelt.

b) Behördenverwaltung²⁾

Die Verwaltung der Kirche vollzieht sich in den Gemeinden, Kreisen und dem Konsistorium. Für jeden Bereich der kirchlichen Verwaltung gelten einheitlich die landeskirchlichen Normen. Das Konsistorium, dessen Ordnung in den Artikeln 140 bis 142 der Grundordnung geregelt wird, ist im Gegensatz zur Verfassung von 1922 kein selbständiges Organ mehr, sondern ist der Kirchenleitung und damit auch der Synode sehr eng zugeordnet. Für die Erledigung der laufenden Geschäfte, für alle Angelegenheiten der Verwaltung ist das Konsistorium im Rahmen der kirchlichen Ordnung nach den von der Provinzialsynode gegebenen Weisungen zuständig. Das Kollegium des Konsistoriums wird gebildet von dem Bischof sowie von Mitgliedern im Haupt- und Nebenamt, die von der Kirchenleitung berufen werden. Der rechtskundige Leiter der Behörde führt die Amtsbezeichnung "Konsistorialpräsident". Die geistlichen Leiter der Abteilungen Berlin und Brandenburg führen die Amtsbezeichnung "Propst".

Während in der Synode und in der Kirchenleitung Synodale aus reformierten Gemeinden beziehungsweise der Moderator ihren gleichberechtigten Platz gefunden haben, ist etwas Ähnliches für die Verwaltungsstelle nicht vorgesehen. Das ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß das Konsistorium nach den Weisungen der Provinzialsynode und der Kirchenleitung zu arbeiten hat.

1) Art. 31 LebO

2) Zum Folgenden: Wolf, Ordnung, S. 665 ff.

Diese Regelung wird von den Reformierten als unbefriedigend empfunden. Weil sie in der Provinzialsynode und in der Kirchenleitung in der Minderheit sind, beziehungsweise kein besonderes Recht für Weisungen an das Konsistorium haben, können sie keine Weisung an das Konsistorium durchsetzen. Die Verwaltungsordnung für die Zusammenarbeit von Konsistorium und Kirchenleitung, die eine besondere Regelung dafür enthalten könnte, ist bisher noch nicht erschienen¹⁾.

Es können Angelegenheiten der Kirchenleitung an das Konsistorium übertragen werden²⁾. Das Konsistorium entscheidet über Fragen, die mit dem Bekenntnis zusammenhängen, wie Gemeindegliedschaft, Prüfungsamt, Beschwerde in Kirchensteuerangelegenheiten, Veränderungen von Gemeinden, Pfarrwahl etc. Dem Moderamen sind auch Aufgaben des Konsistoriums zugewiesen worden³⁾. Spätere Entscheidungen der Synode und der Kirchenleitung werden im Konsistorium vorbereitet. Für die kontinuierliche und rationelle Zusammenarbeit ist nach Ansicht reformierter Gemeinden daher das ständige Mitwirken eines Vertreters des reformierten Bekenntnisses erforderlich.

Mit verschiedener Begründung wird versucht, auf Grund des noch geltenden Rechts das erwünschte Ergebnis zu erzielen. Erstens heißt es: Der Grundsatz der "itio in partes" aus der Kabinetts-Ordre von 1852, der auch für die Besetzung der Verwaltungsstellen im Evangelischen Oberkirchenrat gegolten hat⁴⁾, sei auch für das Kollegium des Konsistoriums anzuwenden⁵⁾.

Die zweite Begründung stützt sich ebenfalls auf Rechtsquellen des vorigen Jahrhunderts. Ursprünglich unterstanden deutsch- und französisch-reformierte Gemeinden je ihrem eigenen Konsistorium. Bei der Neuordnung des Städtewesens zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Preußen fiel (für die "Franzosen" neben der eigenen Gemeindeverwaltung und der

1) Art.141 GO

2) Art.133 Abs.4 GO

3) Art.134 Abs.2 GO

4) Bredt, Kirchenrecht I, S.150

5) Benn., ZevKR 1952-53, S.318: für das Kollegium der Kirchenkanzlei der EKU.

Gerichtsbarkeit) das Ober-Consistorium fort. Diese Aufgaben gingen an die ordentlichen Staatsbehörden über. Dafür wurden für die kirchlichen Angelegenheiten Mitglieder der (französisch-) reformierten Gemeinden in die geistlichen Deputationen der Regierung aufgenommen¹⁾. Aus dieser Behörde wurde später der Oberkirchenrat und für einen Teil der Aufgaben heute das Consistorium.

Der Vorspruch der Grundordnung betont, daß sich die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg verpflichtet, die "geschenkte Kirchengemeinschaft" zu pflegen, der Entfaltung der einzelnen Konfessionen freien Raum zu gewähren, auf das Glaubenszeugnis der Brüder zu hören und dahin zu wirken, daß die Gemeinden in der Einheit des Bekenkens beharren und wachsen. Diesen Grundsätzen entspräche es dann auch, daß die reformierten Gemeinden in allen provinzialkirchlichen Organen, die zur Leitung der Landeskirche berufen sind, Sitz und Stimme haben. Das steht auch im Einklang mit der gegenwärtigen Gliederung der Union in Berlin-Brandenburg.

c) Vermögensverwaltung

Die Kirche verwendet ihr Geld und Gut zur rechten Ausrichtung des Auftrags ihres Herrn. Darum darf sie die Verfügung über das zu ihrem Dienst anvertraute Gut nicht preisgeben. Die kirchliche Vermögensverwaltung ist deshalb von bekenntnismäßig gebundenen kirchlichen Organen auszuüben²⁾

Die Kirchenleitung stellt einen Haushaltsplan auf³⁾, der von der Landessynode beraten und beschlossen wird. Die Landessynode beschließt ebenfalls über die regelmäßig wiederkehrenden Kollekten in der Provinz (Besonderer Kollektenhaushaltsplan)⁴⁾.

Die Einnahme- und Ausgabeanweisung erteilen je nach dem vorgesehenen Geschäftsbereich der Beamte des Consistoriums

1) Allerhöchste Kabinettsorder vom 30.10.1809.

2) Niesel, Bekenntnissynoden, S.21, 41.

3) § 1 Provinzialkirchliche Haushaltsordnung, KABl.1951/40a und b.

4) § 5 Haushaltsordnung

der Präses der Landessynode, der Bischof und der Konsistorialpräsident für ihren Verfügungsbereich¹⁾.

Die Jahresrechnung stellt das Konsistorium fest; die endgültige Abnahme der Jahresrechnung erfolgt durch die Landessynode²⁾. Die Einzelheiten der Buchführung, des Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesens regelt die Kirchenleitung im Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuß der Landessynode; sie erläßt auch die notwendigen Bestimmungen zur Ausführung der Haushaltsordnung³⁾.

Die Kirchensteuer wird in Berlin für die Gemeinden vom Stadtsynodalverband verwaltet⁴⁾; im Land Brandenburg ebenfalls von zentralen Verbänden und Ämtern. In Berlin (West) unterliegt die Kirchensteuer der Abzugspflicht durch den Arbeitgeber oder das Finanzamt, während im Bereich der Regionalsynode Ost die Einzahlung direkt an die zentralen Ämter erfolgt. Die französisch-reformierten Gemeinden in Berlin haben sich ihre eigene Finanzhoheit bewahrt⁵⁾. Die Kirchensteuer ihrer Gemeindeglieder unterliegt auch in Berlin (West) nicht der Abzugspflicht durch den Arbeitgeber oder das Finanzamt, sondern wird einheitlich in Berlin direkt bei der Gemeinde eingezahlt.

In Berlin (West) kann der Betroffene gegen den Steuerbescheid Widerspruch beim Stadtsynodalverband, beziehungsweise als Glied der französisch-reformierten Gemeinde beim Consistorium (Hugenottenkirche) einlegen⁶⁾. Wenn dem Widerspruch nicht abgeholfen wird, so legen sowohl Stadtsynodalverband als auch Consistorium ihn dem Evangelischen Consistorium zur Entscheidung vor. Bleibt der Bescheid unverändert, dann kann Klage vor den Finanzgerichten erhoben werden.

1) § 17 Abs.1 Haushaltsordnung

2) § 23 Haushaltsordnung

3) § 24 Haushaltsordnung

4) Verordnung über den Stadtsynodalverband vom 16.4.1942.
Zur Organisation: er besteht aus gleichberechtigten Mitgliedern aller Gemeinden.

5) Reglement adressé aux Consistoire 8.Mars 1698.

6) Notverordnung über die Rechtsmittel in Kirchensteuerangelegenheiten in West-Berlin, KABl.1960/Sonderausgabe 25.4.1960; Notverordnung über die Rechtsmittel in Kirchensteuerangelegenheiten in West-Berlin, KABl.1961/16.

Die französisch-reformierten Gemeinden entrichten aus ihren Einnahmen die Synodalaabgabe¹⁾. Während bis 1945 die Pfarrer der französisch-reformierten Gemeinden vom König und dann vom preußischen Staat bezahlt worden sind, erfolgt ihre Besoldung heute durch die Gemeinden, die Zuschüsse zur Pfarrerberbesoldung erhalten. Im Bereich der Regionalsynode Ost zahlt der Staat auch an den französisch-reformierten Kirchenkreis einen Betrag, der auf die Gemeinden gleichmäßig verteilt wird²⁾.

Ein Finanzausgleich findet unter den reformierten Gemeinden nicht statt. Die gesamte Haushaltswirtschaft und Vermögensverwaltung wird vom Rechnungsamt überwacht³⁾. Die reformierten Stiftungen und Fonds, die innerhalb der Kirchenprovinz bestehen, verwaltet das Moderamen⁴⁾.

d) Gerichtsverwaltung⁵⁾

Die Gerichtsbarkeit ist mit dem Gedanken der Kirchenzucht eng verknüpft. Die Errichtung von kirchlichen Gerichten erscheint gerechtfertigt zur Wahrung und Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung der Kirche⁶⁾.

aa) Disziplinargerichtsbarkeit⁷⁾

Die Rechtsquelle für die Disziplinargerichtsbarkeit ist das Disziplinalgesetz der EKD vom 11.März 1955⁸⁾, das für die EKD durch eine Verordnung über das Disziplinarrecht vom 14.Mai 1956⁹⁾ übernommen worden ist.

-
- 1) Brief des rechtskundigen Sekretärs vom 11.7.1965.
 - 2) Mitteilung des Präses des französisch-reformierten Kirchenkreises vom 4.12.1965.
 - 3) Ordnung für das Rechnungsamt beim Evangelischen Konsistorium in Berlin (West), KABl.1965/62.
 - 4) Art.152 Abs.4 GO; Allerhöchste Kabinettsorder vom 30.4.1830; ausführlich zur historischen und rechtlichen Entwicklung, Marsson, S.114 ff.
 - 5) Zum Folgenden: Scheven, ZevKR 1955, S.157; Hesse, Rechtsschutz (passim); ders., RGG II(1958), Sp.1426-1427; Schoofs (passim).
 - 6) Wolf, Ordnung, S.680 ff.
 - 7) Zur Organisation: Hansch (passim); Smend, RGG II(1958); Sp.211-213.
 - 8) Abl.d.EKD 1955/84-97
 - 9) Abl.d.EKD 1957/19-21; 2.VO. über das Disziplinarrecht, KABl.62/23.

Geistliche¹⁾, Kirchenbeamte²⁾ sowie ordinierte Pfarramtskandidaten und Vikarinnen³⁾ sind dem Disziplinarrecht unterworfen, das Verletzungen ihrer Amts- und Dienstpflichten ahndet. Die zur Einleitung des Disziplinarverfahrens zuständige Stelle ist in Berlin-Brandenburg im Bereich der reformierten Gemeinden für den Moderator die Kirchenleitung, für die anderen Geistlichen und Kirchenbeamten ist es das Konsistorium⁴⁾. Die Vorsitzenden und Beisitzer der Disziplinarkammern sowie ihre Stellvertreter werden von der Landessynode gewählt. Die Kammern sind nicht nach dem Bekenntnis gegliedert⁵⁾. Gegenwärtig sind im Bereich der Regionalsynoden Ost und West je ein Reformierter im Gericht vertreten⁶⁾.

bb) Lehrbeanstandungsverfahren⁷⁾

Die Rechtsquelle für das Lehrzuchtverfahren ist die Lehrbeanstandungsordnung der EKU vom 27. Juli 1963⁸⁾. "Die Kirche hat den Auftrag, das Evangelium von Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift, Alten und Neuen Testaments lauter und rein zu bezeugen."⁹⁾ Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat sie über Verkündigung und Lehre ihrer Diener am Wort zu wachen.

Wenn die Voraussetzungen für ein Verfahren vorliegen, wird es von der Kirchenleitung eingeleitet¹⁰⁾. Das Lehrbeanstan-

1) § 1-4 Disziplinalgesezt

2) § 123-125 Disziplinalgesezt

3) 2, 1. Verordnung

4) 3, 1. Verordnung

5) 7, 1. Verordnung

6) Mitteilung von Pfarrer Manoury vom 4.12.1965

7) Wolf, Ordnung, S. 683.

8) Ordnung des Verfahrens bei der Beanstandung der Lehre ordinierten Diener am Wort (Lehrbeanstandungsordnung), KABl. 1965/26; Kirchengesezt über die Zustimmung zur Lehrbeanstandungsordnung der EKU, KABl. 1965/2 (Ost), 3 (West); Kirchengesezt zur Ausführung der Lehrbeanstandungsordnung der EKU, KABl. 1965/2 und 3.

9) Einleitung zur Lehrbeanstandungsordnung

10) § 1 Lehrbeanstandungsordnung:

"Ein Lehrbeanstandungsverfahren sezt voraus, daß Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein ordinerter Diener am Wort durch seine Verkündigung und Lehre oder sonst öffentlich durch Wort oder Schrift im Widerspruch zum entscheidenden Inhalt der Heiligen Schrift getreten ist, wie er in den Bekenntnisschriften

dungsverfahren beginnt mit einem theologischen Lehrgespräch¹⁾, mit dem zwei theologische Mitarbeiter und ein nicht theologisches Mitglied der Kirchleitung, ein nicht der Kirchenleitung angehörender Theologe im Pfarramt und ein ordentliches Mitglied einer Evangelisch-Theologischen Fakultät oder des Lehrkörpers einer Kirchlichen Hochschule von der Kirchenleitung beauftragt werden. Die Mehrheit der Beauftragten muß dem gleichen Bekenntnis angehören wie der Betroffene²⁾.

Der Ausgang dieses Gesprächs entscheidet darüber, ob das Lehrbeanstandungsverfahren einzustellen, auszusetzen oder gegen den Betroffenen ein Verfahren vor der Spruchkammer zu eröffnen ist³⁾. Der Spruchkammer, die durch die Provinzialsynode unter Berücksichtigung der in der Gliedkirche geltenden Bekenntnisse zu bilden ist, gehören vier in einem Amt der Gliedkirche stehende ordinierte Theologen, zwei Gemeindeglieder und ein ordentliches Mitglied einer Evangelisch-Theologischen Fakultät oder des Lehrkörpers einer Kirchlichen Hochschule an⁴⁾.

Es ist bisher nicht vorgeschrieben, in welchem Stimmenverhältnis die Vertreter der Bekenntnisse beteiligt sein sollen. Der Betroffene hat aber das Recht, einzelne Mitglieder der Kammer, die seinem Bekenntnis nicht entsprechen, abzulehnen. Es muß aber auch in diesem Fall gewährleistet bleiben, daß in der erkennenden Spruchkammer alle in Berlin-Brandenburg geltenden Bekenntnisse vertreten sind⁵⁾. Damit ist für den Betroffenen die Möglichkeit gegeben, zu erwirken, daß mehr als die Hälfte der Spruchkammer seinem Bekenntnis angehört, was für reformierte Angeschuldigte eine Sicherung rechtstheologischen Verständnisses ihrer Sache gewährleistet.

1) der Reformation bezeugt und in den Grundartikeln der Evangelischen Kirche der Union und ihrer Gliedkirchen bekannt worden ist, und daß der ordinierte Diener am Wort trotz voraufgegangener Ermahnung und Belehrung beharrlich an seiner als schriftwidrig beanstandeten Lehre festhält."

1) 2 Lehrbeanstandungsordnung
2) 3 Lehrbeanstandungsordnung
3) 8 Lehrbeanstandungsordnung
4) 13 Lehrbeanstandungsordnung
5) 15 Lehrbeanstandungsordnung

Da im Bereich der Regionalsynode West nur zwei reformierte Gemeinden bestehen und damit eine ordnungsgemäße Besetzung der Kammer nicht möglich ist, so wurde für die Betroffenen reformierten Bekenntnisstandes die zweite Spruchkammer der Evangelischen Kirche von Westfalen für zuständig erklärt¹⁾.

cc) Verwaltungsgerichte

Das Kirchengericht²⁾, dessen Verfahren den staatlichen Verwaltungsgerichten nachgeformt ist, wird zur Entscheidung von Rechtsfragen und Streitigkeiten der kirchlichen Verwaltung in den durch die kirchliche Rechtsordnung ausdrücklich bestimmten Fällen berufen. Es gilt also das sogenannte Enumerationsprinzip³⁾.

Die provinzialkirchlichen Organe können die Tätigkeit des Kirchengerichts auch für die Erstattung von Rechtsgutachten in Anspruch nehmen⁴⁾. Obwohl das Moderamen in der Grundordnung nicht unter den provinzialkirchlichen Organen aufgezählt wird, kann es dennoch das Kirchengericht ebenfalls in Anspruch nehmen. Zwar scheint die systematische Stellung in der Grundordnung dem entgegenzustehen, aber aus den Aufgaben des Moderamens, das das reformierte Bekenntnis und die reformierten Gemeinden innerhalb der Landeskirche zu vertreten hat und aus seiner Stellung als einer "reformierten Provinzialsynode" folgt⁵⁾, daß es wie ein provinzialkirchliches Organ angesehen werden muß.

1) § 2 Abs.3 Kirchengesetz zur Ausführung der Lehrbeanstandungsordnung (West).

2) Kirchengesetz über das Kirchengericht, KABl.1952/25; Verordnung zur Erweiterung der Zuständigkeit der kirchlichen Verwaltungsgerichte, Abl.d.EKD 1960/321.

3) Zuständigkeiten:

Beschwerden gegen Beschlüsse der Kreiskirchenräte bei Pflichtversäumnis oder unwürdigem Verhalten von Ältesten; Beschwerden gegen Beschlüsse des Konsistoriums oder des Moderamens über die Außerkraftsetzung von Beschlüssen der Gemeindekirchenräte, der Kreissynoden und der Kreiskirchenräte, die das Gesetz verletzen; Vermögensauseinandersetzungen bei Gemeinde- oder Kreisveränderungen, über die sich die Beteiligten nicht einigen; Beschwerden der Gemeinde- und Kreiskirchenräte wegen Verteilung der kirchlichen Umlagen; Entscheidung über vermögensrechtliche Ansprüche der Pfarrer und Kirchenbeamten aus ihrem Dienstverhältnis.

4) § 2 Abs.2 Kirchengerichtsgesetz

5) siehe oben S.82 f.

Das Kirchengericht¹⁾, das in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern entscheidet, wird von der Kirchenleitung gebildet. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Ein Beisitzer ist Theologe, der andere Ältester oder Laiensynodaler²⁾.

5. Landeskirchliche Ämter und Werke

Sie haben ihre Rechtsgrundlage in den Artikeln 145 bis 150 der Grundordnung. Das neuere kirchenrechtliche Schrifttum faßt sie unter den Begriffen "Werke und Einrichtungen" zusammen³⁾.

Die Werke und Einrichtungen, die die Gemeinden in ihren Aufgaben unterstützen sollen⁴⁾, sind ungeachtet ihrer Rechtsform⁵⁾ Bestandteil der Kirche. Sie stehen unter Aufsicht der Kirchenleitung (und des Konsistoriums), die die Richtlinien für Arbeit und Ordnung aufstellt, jederzeit Einsicht in die Arbeit verlangen kann und für die Zusammenarbeit der Werke sorgt. Die Aufgaben der Werke und ihrer Kräfte sowie die freie Gestaltung der Arbeit werden gewährleistet und geschützt. Die Werke führen in eigener Verantwortung die Aufgaben ihres Arbeitsbereichs in Bindung an Schrift und Bekenntnis unter Wahrung der kirchlichen Ordnung aus.

Die Mitglieder und Mitarbeiter der Werke und Einrichtungen werden von der Kirchenleitung oder anderen "Vereinigungen" benannt oder gewählt. Die reformierten Gemeinden arbeiten wie die lutherischen in ihnen mit und unterstützen sie. Gegenwärtig sind sie in den Gremien der Werke aber nicht vertreten. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die kleinen reformierten Gemeinden keine ausreichende Zahl an qualifizierten Gemeindegliedern haben, um in allen kirchlichen Stellen vertreten zu sein. Außerdem haben die französ-

1) Zur Organisation: Maurer (passim); Schoofs (passim)

2) § 3 Kirchengerichtsgesetz

3) Wasse, S.13-17

4) Art.146 GO

5) Sie sind "Wesens- und Lebensäußerung der Kirche",
Art.147 GO

sisch-reformierten Gemeinden ein sehr ausgedehntes, eigenes diakonisches Werk in den verschiedenen Stiftungen¹⁾.

Anhang: Bischofswahl²⁾

Der Bischof ist nach der geltenden Grundordnung der "leitende Geistliche" in Berlin-Brandenburg³⁾. Damit ist keine geistliche Leitungsgewalt gemeint; denn "die Errichtung besonderer, mit Herrschaftsbefugnissen ausgerüsteter Führungsämter verstößt gegen die Heilige Schrift"⁴⁾. Der Bischof ist Pfarrer einer Gemeinde⁵⁾. Es ist seine Aufgabe und sein Recht, die Kirche nach außen zu vertreten⁶⁾; er ist Vorsitzender der Kirchenleitung, des Konsistoriums⁷⁾, des theologischen Prüfungsamtes und beaufsichtigt die Ausbildung der Kandidaten im Predigerseminar⁸⁾ und ist Mitglied verschiedener Einrichtungen und Werke. Der Bischof trägt Sorge für die einheitliche und brüderliche Zusammenarbeit aller Organe der Kirche⁹⁾.

Die geistlichen Rechte, die ihm nie allein, sondern immer nur mit den Generalsuperintendenten und (beziehungsweise mit) der Kirchenleitung zustehen¹⁰⁾, erstrecken sich nicht auf die reformierten Gemeinden¹¹⁾.

Der Bischof hat für die reformierten Gemeinden nur als Vorsitzender der Kirchenleitung und des Konsistoriums und damit als Vertreter der "Gesamtkirche" Bedeutung. Bei der Beratung der Grundordnung wurde von einigen Synodalen daher

1) Brief des rechtskundigen Sekretärs, Senatspräsident a.D. Centurier, vom 11.7.1965 und Mitteilung des Präses der französisch-reformierten Kreissynode, Pfarrer Manoury, vom 4.12.1965.

2) Liermann, Kirchenrecht, S.97 ff.; Smend, RGG III (1959), Sp.1589; Wolf, Ordnung, S.702 ff.; Maurer (passim).

3) Art.113 Abs.2 GO

4) Grundsätze, Ziff.3; Böhm, Verhandlungen, S.61.

5) Art.117 GO

6) Art.113 Abs.2 GO

7) Art.113 Abs.1 GO

8) Art.112 Abs.2 GO

9) Art.112 Abs.1 GO

10) Artt.103-105, 112 GO

11) Das Moderamen nimmt die Dienste des Bischofs und der Generalsuperintendenten wahr, Art.106 Abs.2 GO.

beantragt, daß der Bischof "expressis verbis" dem lutherischen Bekenntnis angehören solle. Obwohl der Antrag nach längerer Diskussion angenommen wurde¹⁾, findet sich eine ihm entsprechende Norm nicht in der Grundordnung. Die vorgesehene Bestimmung wurde vermutlich bei der nachträglichen Überarbeitung im Redaktionsausschuß gestrichen. Die Vereinigte Synode beschloß auf ihrer Tagung vom 3. Dezember 1952²⁾, "daß das Bischofsamt, so wie es von der Grundordnung gestaltet ist, dem Schriftverständnis der reformierten Bekenntnisse und der Kirchenordnung widerspricht und daher von einem reformierten Pastor nicht angenommen werden kann".

Der Bischof wird durch Wahl in sein Amt auf Lebenszeit berufen, von dem er aber zurücktreten kann³⁾. Die Wahl vollzieht sich in zwei Abschnitten, bei denen auch jeweils Reformierte mitwirken. Ein Wahlkollegium schlägt den Bischof vor⁴⁾. Dem Kollegium gehören die Mitglieder der Kirchenleitung - und somit auch der Moderator - an, die Stellvertreter der Präsidien der Synode, von der Provinzialsynode gewählte Geistliche und Laien, vom Rat der EKD entsandte Vertreter und ein vom Rat der EKD bestimmter Vertreter⁵⁾. Das Wahlkollegium ist praktisch die erweiterte Kirchenleitung. Der Bischof wird - auch mit den Stimmen der Reformierten - durch die Provinzialsynode ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit zusammen zwei Drittel Mehrheit der anwesenden Synodalen gewählt⁶⁾⁷⁾. Dieses Verfahren hat die Zustimmung der Reformierten gefunden⁸⁾.

1) Verhandlungen, S.449-456

2) RKZ 1953/17

3) Kirchengesetz über die Wahl des Bischofs in der Fassung der Kirchengesetze vom 5.2.1963 und vom 8.2.1963 sowie der Notverordnung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 30.4.1963, KABl.1963/63.

4) § 1 Bischofswahlgesetz

5) § 2 Bischofswahlgesetz

6) § 4 Abs.2 Bischofswahlgesetz

7) Die politischen Verhältnisse bedingen eine getrennte Tagung sowohl des Wahlkollegiums als auch der Synode
§ 2 Abs.1: Das Wahlkollegium tritt in zwei Sektionen zusammen

§ 4 : Jede Sektion des Wahlkollegiums ist beschlußfähig, wenn wenigstens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind

VI Sonderregelungen für die reformierten Gemeinden

1. Begründung

Die Ordnung des gottesdienstlichen Lebens der Gemeinde fordert grundsätzlich eine dreifache Selbstbeschränkung des ordnenden Willens¹⁾:

Er muß den Nächsten im Recht lassen. Es darf weder eine Gemeinde noch eine Minderheit von Einzelgliedern die Vorherrschaft beanspruchen oder unter Druck gesetzt werden.

Er muß dem Nächsten sein Recht geben. In Fragen der Gottesdienstordnung muß eine Glaubensminderheit ihren Bekenntnisstand wahren können; denn die Ordnung der Gemeinde gestaltet sich aus der Ordnung des Gottesdienstes.

Recht des Nächsten fordert, das Sich-Zukommende zu erwarten. Günstige Zeitumstände dürfen nicht dazu benutzt werden, die Gottesdienstordnung mit einem für die Minderheit konfessionswidrigen Ziel abzuändern.

Als Zeichen dieser Selbstbeschränkung bestehen Sonderregelungen für die reformierten Gemeinden²⁾. Sie sind fast immer in der Grundordnung normiert oder als überkommene Regel Bestandteil der kirchlichen Rechtsordnung.

§ 3 Abs.1: Die beiden Sektionen des Wahlkollegiums stellen auf Grund einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder den Wahlvorschlag auf, der in der Regel drei Namen enthalten soll. Die Wahlvorschläge müssen, um rechtswirksam zu sein, übereinstimmen.

§ 4 Abs.2: Die regionalen Synoden wählen ohne Aussprache in geheimer Abstimmung den Bischof mit zusammen zwei Drittel der anwesenden Synodalen, wobei in jeder Regionalsynode die einfache Mehrheit der Stimmen erforderlich ist.

8) Vereinigte-reformierte Synode Berlin-Brandenburg am 3.Dezember 1952, RKZ 1953/17.

1) Zu den folgenden Ausführungen: Wolf, Ordnung, S.515; Wolf, Recht, S.24 ff.

2) Zur Frage, inwieweit Schutzbestimmungen in Unionskirchen als gemeinsames, deutsches evangelisches Kirchenrecht in Geltung stehen: Engelhardt, ZevKR 1961-62/385.

2. Verhältnis der Regelungen zueinander

Die Grundordnung und die Kirchengesetze enthalten die allgemeinen Normen und Regeln. Sie sind der Rahmen für alle kirchliche Ordnung. An deren Stelle treten für die reformierten Gemeinden in einigen Bereichen die speziellen Ordnungen, vor allem die Discipline. Sie ist heute aber nicht mehr in vollem Umfang geltendes Recht. Viele Artikel waren für historisch erloschene Verhältnisse bestimmt, andere sind durch die bestehende kirchliche Lage gegenstandslos geworden.

Im Vorspruch heißt es bei der Aufzählung der reformierten Bekenntnisschriften, daß sie in den Gemeinden gelten. Was ist hierbei unter Gemeinde verstanden und zu verstehen? Die Grundordnung geht von einem Kompromiß aus. Für die Aufgaben und die Organisation der Gemeinde nach der Grundordnung gilt die Discipline ausnahmslos¹⁾. Für die weiteren nach reformiertem Gemeindeverständnis gegebenen Aufgaben der Lebensordnung steht sie in Geltung, wenn sie dafür durch die Rechtsetzungsbefugnis des Moderaments konkretisiert und aktualisiert wird²⁾. Für die übergemeindlichen Leitungsorgane besteht eine ähnliche Regelung, jedoch mit einigen durch das Zusammenleben mit anderen Bekenntnisgemeinden bedingten Ausnahmen. Für die Ordnung des Kreises und in geringem Umfang auch für das Moderament kommt es darauf an, inwieweit neben den wenigen in der Grundordnung enthaltenen Hinweisen die Bestimmungen der Discipline herangezogen werden sollen³⁾. Die Reformierten selbst bestimmen also darüber, wie weit der Geltungsbereich der Discipline zu ziehen ist.

Praktisch gilt die Discipline in allen französisch-reformierten Gemeinden noch in Fragen der Lebensordnung; dagegen die verfassungsrechtlichen Abschnitte nur für die Gemeindeordnung der in der Provinz gelegenen Gemeinden. Die Grundordnung und die Kirchengesetze gelten bei einer besonderen reformierten Regelung nur subsidiär; sie kommen primär zur

1) Art. 67 GO

2) Artt. 106, 126 GO

3) Artt. 101, 102 GO

Anwendung, soweit es kein spezielles reformiertes Gemeinde-recht zur Sache gibt.

3. Umfang der Sonderregelungen

Auf der Grundlage der geltenden Bekenntnisschriften: dem Heidelberger Katechismus in den deutsch-reformierten Gemeinden, der Confession de foi und der Discipline ecclésiastique in den französisch-reformierten Gemeinden, enthält die Grundordnung einen umfangreichen Katalog von Sonderregelungen. Diese Bestimmungen waren fast alle schon wörtlich im Entwurf der Grundordnung enthalten, den die reformierten Vertreter im Verfassungsausschuß formuliert hatten.

a) Gottesdienstordnung

Die reformierte Gottesdienstordnung ist durch Artikel 106 der Grundordnung umfassend geschützt. In allen Bereichen kann hier gliedkirchliches Recht durch das Moderamen außer Kraft gesetzt und dafür eine bekenntnisgerechte Ordnung geschaffen werden. Als Einschränkung wird nur genannt, daß es "im Rahmen der gesamtkirchlichen Ordnung" geschaffen werden soll. Darunter kann aber keine materielle Begrenzung verstanden werden. Von seiner Satzungsbefugnis hat das Moderamen in dem oben geschilderten Rahmen Gebrauch gemacht¹⁾.

b) Gemeindeordnung

Das Bekenntnis des einzelnen Reformierten wird in der Grundordnung durch die freie Wahl der Gemeindegliedschaft anerkannt und gesichert.

Nicht so eindeutig ist der Bestand der Gemeinde geregelt und garantiert. Über die Aufhebung und Vereinigung von Gemeinden beschließt bei Einigkeit das Konsistorium, andernfalls die Kirchenleitung²⁾. Eine Ausnahme für die reformierten Gemeinden ist nicht vorgesehen. Da das Moderamen die reformierten Gemeinden in der Kirche gemäß Artikel 106 der Grundordnung vertritt, ist daraus zu folgern, daß der

1) siehe oben S.38 Anm.2.

2) Art.6 Abs.2 GO

Status der reformierten Gemeinden nur mit Zustimmung des Moderamens verändert werden darf¹⁾.

Eine Bestimmung des Inhalts, daß der Pfarrer dem Bekenntnis der Gemeinde angehören muß, besteht in der Grundordnung nicht. Er hat seine Gemeinde jedoch im Verständnis des Bekenntnisses nach dem in ihr geltenden Katechismus zu fördern²⁾.

Eigene Vermögensverwaltung mit selbständiger Einziehung der Kirchensteuer hat nur die Französische Kirche zu Berlin. Die Verwaltung beschränkt sich auf die Haushaltsführung im Rahmen der zugewiesenen Gelder der Verbände, der Kollekten für die Gemeinde und der Erträge aus dem Vermögen. Diese Rechte der Gemeinde sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze verbürgt. Für den Bestand des reformierten Kirchenkreises und des Moderamens existieren keine ausdrücklichen Schutzbestimmungen. Sie werden in der Grundordnung offenbar im Sinn des Minderheitenschutzes genannt und darin ist auch ihre Bestandssicherung zu sehen. Es wird noch zu untersuchen sein, ob und unter welchen Voraussetzungen die in der Grundordnung genannten Sonderregelungen für reformierte Gemeinden aufgehoben werden dürfen³⁾.

Für die Bereiche der Gemeindeordnung ist dem Moderamen gemäß Artikel 106 der Grundordnung ein Satzungsrecht gegeben, das durch Artikel 126 der Grundordnung mit Zustimmung der Kirchenleitung noch erweitert wird. Die Grundordnung enthält keine Richtlinien dafür, welche Kriterien bei dieser Zustimmung zu berücksichtigen sind. Diese Regelung darf nicht dazu führen, daß die Kirchenleitung zur Prüfung der Frage berechtigt ist, ob das Bekenntnis der reformierten Gemeinden oder ihre besondere Ordnung verletzt ist. Aus der Grundordnung ist der Leitgedanke erkennbar, daß zur Entscheidung über theologische Fragen des reformierten Bekenntnisses allein das Moderamen berufen ist. Die Zustim-

1) Für die französisch-reformierten Gemeinden kommen auch noch die königlichen Edikte zur Anwendung.

2) Art.22 GO

3) siehe unten S.107

mung der Kirchenleitung zur Satzung des Moderaments kann also nicht von einer selbständigen sachlichen Prüfung der Voraussetzungen ausgehen, sondern nur deklaratorische Bedeutung haben. Eine Satzung auf Grund des Artikels 126 der Grundordnung ist bisher noch nicht erlassen worden.

Es ergibt sich also für die reformierte Gemeindeordnung ein umfangreicher Schutz und eine wirkungsvolle Sicherung in den Regeln der Grundordnung; ferner dadurch, daß Änderungen der Grundordnung der Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden bedürfen und an zwei Tagen in zwei Lesungen beschlossen werden müssen¹⁾.

4. Garantien für die Sonderregelung reformierter Gemeinden

Eine umfassende Garantie ergibt sich aus Artikel 2 Abs.1. Danach muß jede Ordnung mit der im Vorspruch gegebenen theologischen Grundlegung übereinstimmen. Im Vorspruch werden die reformierten Bekenntnisschriften genannt und die ihnen entsprechenden Ordnungen aufgezählt. Sie gelten mit der Einschränkung, die sich aus der Vereinigung mit den lutherischen Gemeinden zur Landeskirche für die Leitungsorgane ergibt. Die Grundordnung darf keine Änderung erfahren, die der bekennnismäßig geforderten Gemeindeordnung widerspricht. Die Rechte reformierter Gemeinden dürfen also durch eine Gesetzesänderung in ihrem jetzigen Wesensgehalt nicht beschnitten werden.

5. Funktion der Schutzbestimmungen

In den provinzialkirchlichen Organen hat die reformierte Minderheit zwei Möglichkeiten zur Erhaltung ihrer bekennnismäßig geforderten Gottesdienst- und Gemeindeordnung: Widerspruch und Satzungsbefugnis.

1) Die Grundordnung kann, wenn zwei Drittel der Anwesenden zustimmen, von der Kirchenleitung durch Notverordnung geändert werden; Art.131 Abs.3 GO.

Eine provinzialkirchliche Entscheidung gilt für die reformierten Gemeinden nicht, wenn die Mehrheit der reformierten Mitglieder der Provinzialsynode ihr mit der Begründung widersprochen hat, daß sie mit dem Bekenntnis der reformierten Kirche oder mit der "zu Recht bestehenden besonderen Ordnung" der Gemeinden unvereinbar sei. Das gleiche gilt, wenn eine von den reformierten Mitgliedern vorgeschlagene Änderung der Ordnung ihrer Gemeinden abgelehnt wird¹⁾. Ein Widerspruchsrecht besteht auch gegen einen Beschluß²⁾ der Kirchenleitung, gegen den der Vorsitzende des reformierten Moderamens protestiert³⁾.

Das Moderamen hat ein originäres Satzungsrecht gemäß Artikel 106 der Grundordnung. Im Falle eines Widerspruchs gegen eine Entscheidung der Provinzialsynode ist es ermächtigt, diese Entscheidung im Rahmen der gesamtkirchlichen Ordnung mit Zustimmung der Kirchenleitung abzuändern. Die Zustimmung hat - wegen der Befugnisse des Moderamens - nur deklaratorische Bedeutung⁴⁾. Die Satzungsbefugnis umfaßt die Lehre, Gottesdienstordnung, Gemeindeordnung und die Ordnung der biblisch begründeten Ämter. Wenn Artikel 106 diese Bereiche auch nicht in dieser umfassenden Form aufzählt, so ergibt sich der Umfang der Satzungsbefugnis aus Art.126. Schwierigkeiten macht die Abgrenzung der Ordnungsbereiche, da sie eng ausgelegt, aber auch die Weite von Generalklauseln haben können. Richtschnur und Rechtfertigung sind für die Begrenzung allein aus dem Vorspruch zu entnehmen; denn alle Ordnung muß mit den dort gegebenen Grundlagen im Einklang stehen⁵⁾.

Diese Ersetzungsbefugnis besteht gemäß Artikel 139 der Grundordnung nicht gegenüber Beschlüssen der Kirchenleitung. Der Moderator muß also darauf hinwirken, daß die Beschlüsse dem reformierten Bekenntnis und der Ordnung der Gemeinden

1) Art.126 GO

2) Darunter ist jede Willensäußerung zu verstehen, also auch Notverordnungen.

3) Art.139 GO

4) siehe oben S.106

5) Art.2 Abs.1 GO

nicht widersprechen oder daß eine von den Reformierten gewünschte Ordnung erlassen wird. Gerade in jüngster Zeit hat die Kirchenleitung für die Reformierten zwei Notverordnungen erlassen, die speziell deren Belange betreffen¹⁾. Entgegen dem Wortlaut der Grundordnung, die eine Ersetzungsbefugnis nicht gibt, wird sie doch in einem bestimmten Umfang zu bejahen sein. Die Kirchenleitung nimmt Aufgaben der Provinzialsynode wahr, wenn diese nicht tagt oder nicht einberufen werden kann. Erfüllt sie aber diese Aufgaben, dann muß sie auch den gleichen Bindungen gegenüber dem reformierten Bekenntnis unterworfen sein, wie sie für die Provinzialsynode bestehen. Soweit dort für das Moderamen eine Satzungsbezugnis gegeben ist, soweit reicht sie auch beim Tätigwerden der Kirchenleitung in den Aufgaben der Provinzialsynode.

6. Bedeutung der Sonderregelungen

Den reformierten Gemeinden stehen umfangreiche und wirkungsvolle negative, aber keine positiven Einwirkungsmöglichkeiten auf die Leitung der Kirche zu. Die Landeskirche ist auf keine Weise verpflichtet, den Satzungen des Moderamens zuzustimmen. Auch kann sie nicht zum Erlaß von Gesetzen, Notverordnungen oder Verträgen im Sinn einer für die Reformierten erwünschten Regelung gezwungen werden. Einen Ansatz zu solcher Regelung enthält Artikel 126 Abs.1 Satz 3, der dem Moderamen auch dann eine eigene Satzungsbezugnis gibt, wenn die Provinzialsynode eine von den reformierten Mitgliedern vorgeschlagene Änderung der Ordnung der reformierten Gemeinden ablehnt. Dieser Gedanke ist auch im Verhältnis zur Kirchenleitung auf Grund der oben genannten Begründung anzuwenden.

1) NotVO über die Rechtsmittel in Kirchensteuerangelegenheiten, KABl.1961/16; NotVO zur einstweiligen Neuordnung der Rechtsverhältnisse der reformierten Gemeinden, KABl.1963/8 und 19.

4. Kapitel

Die Rechtsgestalt der Union in Berlin-Brandenburg

I. Die Diskussion um das Wesen der Union¹⁾

1. Problemlage

Die vorangegangenen Kapitel hatten die historische Entwicklung und die gegenwärtige Rechtslage der reformierten Gemeinden innerhalb der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zum Gegenstand. Diese Kirche ist eine Unionskirche. Der Ausdruck "Kirchenunion" hat einen Klang, der auch den theologisch interessierten Laien aufhören läßt. Nach den Jahrhunderten der Kirchenspaltung wird der Ruf nach der Einheit der Kirche immer lauter. Die Geschichte der Kirchenunion beschränkt sich freilich nicht nur auf den Bereich des "Protestantismus"²⁾. In Deutschland allerdings handelt es sich hierbei nur um die Vereinigung lutherischer und reformierter Kirchen. Die heutige Skala der Meinungen darüber reicht von strikter Ablehnung bis zu eingeschränkter Bejahung.

Sehr unterschiedlich wird dieser Begriff jedoch verstanden und ganz verschiedene Vorstellungen werden damit verbunden. Es besteht deshalb weder im theologischen noch im juristischen Schrifttum eine einheitliche Auffassung über die Union.

So wie unter dem Namen "Union" im Laufe der Kirchengeschichte verschiedenes verstanden worden ist, so wurden auch für die unter dieser Bezeichnung stehenden kirchengeschichtlichen Vorgänge im 19. Jahrhundert unterschiedliche Einordnungsversuche unternommen.

-
- 1) Mülhaupt, EKL III (1959), Sp.1549-1554; Hildebrandt, EKL III (1959), Sp.1554-1557; Delius, EKL I (1956), Sp.397-399; Beckmann, RGG VI (1962), Sp.1138-1140, 1144-1146.
 - 2) Im Bereich der römisch-katholischen Kirche gibt es ebenfalls Unionen mit der Ostkirche. Sie erkennen den Primat des Papstes an und haben die Dogmen der römisch-katholischen Kirche unter Beibehaltung des eigenen Ritus, der Kirchensprache und der Hierarchie angenommen; Spuler, RGG VI (1962), Sp.1128-1136; Vogel (passim).

Dabei wurden immer wieder neue Definitionen gesucht und gleiche Kennzeichen mit ungleichem Gehalt verwendet. Die Skala der Bezeichnungen umfaßt Bekenntnis-, Verwaltungs-, Regiments-, Sakraments-, absortive -, formelle -, konservierende -, konfessionelle -, organisch-föderative Union. Hinter allen diesen Begriffen steht, sie rechtfertigend, eine 150jährige ernste rechtstheologisch-juristische Diskussion um das Wesen der Union und die ebenso alte Praktizierung der Union in weiten Teilen Deutschlands.

Im theologischen Gespräch geht es vor allem um die Frage, ob die Unionskirche überhaupt eine Kirche oder nur ein neuer Kirchentypus ist; ob dort ein von den lutherischen und reformierten unterschiedliches, ein drittes Bekenntnis gilt.

2. Begriff¹⁾

Union ist die irgendwie näher zu bestimmende Vereinigung zweier Konfessionstypen in einem Kirchenkörper, sei es als Landeskirche oder als Gemeinde²⁾. Für die näher zu bestimmende Vereinigung hat sich in der Kirchenrechtswissenschaft eine Unterscheidung nach vier Typen herausgebildet, und zwar in Verwaltungs-³⁾, Kultus-⁴⁾, Konsensus-⁵⁾ und Bekenntnisunion⁶⁾.

Gegenwärtig wird für die Umschreibung der Unionstypen von folgenden unzureichenden Begriffsbestimmungen ausgegangen⁷⁾. Danach bleiben in der "Verwaltungsunion" die lutherischen und reformierten Gemeinden als Konfessionsgemeinden bestehen;

1) Beckmann, Lamparter, S.322 führt aus, daß es schwer, wenn nicht unmöglich ist, eine Definition der Union zu geben, die alle Möglichkeiten ihrer Realisierung umgreift.

2) Holstein, S.244; Friedrich, S.343; Geppert, S.6; Adam, ZevKR 1962-63/183.

3) Sie berührt das Bekenntnis überhaupt nicht, sondern bedeutet nur ein Zusammenlegen der Verwaltung.

4) Sie bedeutet gegenseitige Zulassung zu Gottesdienst und Abendmahl.

5) Im Bewußtsein des gemeinsamen evangelischen Glaubens wird eine innere religiöse Gemeinschaft gepflegt.

6) Bei ihr hat die Gemeinschaft zu einem neuen unierten Bekenntnis geführt. Sie wird auch Lehrunion genannt.

7) Diese Unterteilung macht Beckmann, RGG VI (1962), Sp.1144-1146.

lediglich die kirchliche Verwaltung ist gemeinsam. In der "föderativen Union" verbindet die lutherischen und reformierten Gemeinden nicht nur eine gemeinsame Verwaltung, sondern vereinigt sie auch gemeinsames Leben im geistlichen Bereich, Sie hält zwar daran fest, daß die lutherischen und reformierten Gemeinden ihren Bekenntnisstand unverändert bewahren können, aber sie verbindet diese Gemeinden auch auf gemeinsamen Synoden und Pfarrkonventen, in einer gemeinsamen Kirchenordnung und Leitung, wobei versucht wird, dem konfessionellen Charakter der Gemeinden und Pfarrer durch besondere Bestimmungen bei Ordinationen, Visitationen und geistlicher Leitung Rechnung zu tragen. Entscheidend ist bei dieser Konföderation die gegenseitige Zulassung der Glieder lutherischer und reformierter Gemeinden zum Abendmahl¹⁾. Eine "Konsensusunion" gründet sich auf dokumentarisch festgelegte Übereinstimmung in der Lehre der Kirche. Bei dieser Form der Union bilden die Gemeinden unter Aufgabe ihres bisherigen Konfessionsstandes auf Grund des Lehrkonsensus, wie er in der Unionsurkunde formuliert wird, eine neue, auf einem von ihnen selbst bestimmten Bekenntnisstand verpflichtete "evangelische Kirche". Die bisherigen Lehrunterschiede sind durch den Konsensus - soweit sie bekenntnistrennend verstanden werden - aufgehoben.

3. Einordnung der EKU (APU) in Vergangenheit und Gegenwart

a) Die Entwicklung bis 1922

In den älteren Darstellungen des Kirchenrechts nehmen die Abhandlungen über die Kirchenunion und ihre Problematik einen größeren Raum ein. Es wird vor allem die Rechtslage an Hand der königlichen Erlasse untersucht²⁾. Die neueren Lehrbücher und Einzeluntersuchungen beschränken sich häufig

- 1) Die föderative Union wird dann als eine konfessionell gegliederte bezeichnet, wenn die konfessionellen Eigenheiten zu einer größeren Trennung innerhalb der Kirche führen.
- 2) Über die Verwirrung, die im Schrifttum der Jahre 1850-1923 zur Union angetroffen wird, eingehend: Marsson, S.158 ff.

mit der Aufzählung der Unionskirchen, manche geben noch einen kurzen geschichtlichen Abriß, eine umfassende Schilderung fehlt fast ganz.

Von einem Teil der Autoren wird dabei die Auffassung vertreten, daß die EKU seit der Gründung ihre Struktur nicht entscheidend verändert habe. Sie wird unterschiedlich als Verwaltungs-¹⁾, Kultus-²⁾ oder Konsensusunion eingeordnet³⁾. Besonders eindringlich legte G.Holstein (1928) dar, daß die Entwicklung der preußischen Union sich in den durch die Kabinettsorder von 1817 gesetzten Bahnen vollzogen hat.

Andererseits wird vorgetragen, daß die Union einen Strukturwandel durchgemacht habe. Diese Ansicht vertreten Marsson⁴⁾, Bredt⁵⁾, Brunner⁶⁾, Friedrich⁷⁾. Danach war die Kirche im Jahre 1817 als Konsensus-, 1834 als Kultus- und ist seit 1852 als Verwaltungsunion anzusehen⁸⁾.

In der Rechtsprechung⁹⁾, die sich mit diesen Fragen bei den Urteilen über Kirchengliedschaft, Kirchen- und Schulbaulast auseinanderzusetzen hatte, wurde nur die Kultus- und Lehrunion unterschieden¹⁰⁾. Diese Entscheidungen wurden immer nur für die Gemeinde getroffen. Danach erfolgte bei der Lehrunion der Zusammenschluß in der Weise, daß alle Unterschiede zwischen den Konfessionen aufhören und an der Stelle der Zugehörigkeit zu der einen von ihnen die zur evangelischen Kirche schlechthin tritt. Die Lehrunion liegt vor bei einem entsprechenden Entschluß einer vor 1817 gegründeten Gemeinde und der Bestätigung durch das Konsistorium. Gleichfalls zählen dazu die Gemeinden, die erst nach Verkündigung

1) Wolf, Ordnung, S.405; Grundmann, S.129; Voigt, S.215.

2) Sehling, S.142; v.Rosen-v.Hoewel-Kühn, S.149; Schwarzklose, S.40; Friedberg, S.124; Holstein, S.251 ff.

3) Liermann, Kirchenrecht, S.41; v.Kirchheim, S.149.

4) S.47 ff.

5) Band I, S.147 ff.

6) S.16 ff.

7) S.344

8) Brunner gebraucht etwas abweichende Bezeichnungen.

9) Eine eingehende Untersuchung findet sich bei Marsson, S.123 ff.

10) RGZ 5/300, 6/235; Pr.OVG 33/29, 35/175, 52/244 (etwas mißverständlich), 55/214, 60/268, 71/269, 100/120.

der Union, und zwar nicht, als spezifisch lutherisch oder reformiert, sondern auf dem Boden des Unionskonsensus allgemein als evangelisch errichtet worden sind¹⁾. Die Gemeinden der Kultusunion erklären, daß sie in den Unterscheidungslehren kein Hindernis der vollständigen Gemeinschaft am Gottesdienst, an den heiligen Sakramenten und den kirchlichen Gemeinderechten sehen, bekennen sich auch zu dem Gemeinsamen der beiderseitigen Bekenntnisse - und hierin liegt der wesentliche Unterschied gegenüber der Lehrunion -, sie folgen für sich dem lutherischen oder reformierten Bekenntnis.

b) Gegenwärtiger Streitstand

aa) Neue Ansätze

Nach dem Erlöschen des Summepiskopats erfolgte auch in den Kirchen der APU eine Wiederbesinnung auf das Wesen der Union. In der Verfassungsurkunde von 1922 wurden in der Präambel die Bekenntnisschriften aufgezählt und in mehreren Artikeln auf die Minderheiten Rücksicht genommen²⁾. Einen weiteren Fortschritt in der Erkenntnis der Bedeutung des Bekenntnisses in der Union brachte die Zeit des Kirchenkampfs (1933-1937). Der Verfassungsausschuß der "Vorläufigen Leitung der DEK" forderte in seinen Leitgedanken für die rechte Kirchenordnung die Kirchen auf, daß das Verhältnis der Bekenntnisse in den deutschen Landeskirchen "mit neuem Ernst behandelt werden muß - ohne daß jedoch voreilige Lösungen und innerlich unechte Konstruktionen erstrebt werden dürften"³⁾. Auf der folgenden Tagung der Bekenntnissynode der APU wurde die konfessionelle Frage geprüft⁴⁾. Die Synode beschloß als Grundlegung für die weitere Arbeit folgende Sätze:

1) Nach der Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts befinden sich auch in Berlin Gemeinden, die der Lehrunion angehören; siehe dazu die oben zitierten Entscheidungen.

2) Artt.6, 155

3) Böhm-Dibelius, S.6

4) 2.Tagung der vierten Bekenntnissynode in Halle vom 10. bis 13.Mai 1937.

Unumgängliche Voraussetzung ist die Theologische Erklärung von Barmen.

Die Kirche ist ein Zusammenschluß von Gemeinden mit reformatorischen Bekenntnissen.

Die verschiedenen Bekenntnisse haben in dem Kampf Trost und Weisung gegeben und über die Verschiedenheit der Bekenntnisse ist unsere Gemeinschaft nicht zerbrochen.

Die Synode weiß sich verpflichtet, daß das verantwortliche Gespräch zwischen Lutheranern, Unierten und Reformierten in allem Ernst weitergeführt werden muß 1).

bb) Gegenwärtige Einordnungsversuche

In den Kirchenrechtsdarstellungen der letzten zwanzig Jahre wird die gegenwärtige Rechtslage mit den alten Leitworten umschrieben. Die einmal getroffenen Entscheidungen werden auch auf die Zeit nach der Neuordnung bezogen und es stehen sich wie früher die Bezeichnung der Kirche als Verwaltungs-²⁾ und Kultusunion³⁾ gegenüber.

Auch erfordert die gegenwärtige Lage des Staatskirchenrechts immer noch Gerichtsentscheidungen, die sich mit dem Wesen der Union auseinandersetzen müssen. Sie zitierten dabei in ihren Urteilsgründen die oben genannten Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts und setzten diese Rechtsprechung - wenn auch mit teilweise anderer Begründung - fort. Danach ist das Bekenntnis insoweit evangelisch, als es in seinen wesentlichen Teilen lutherisch oder reformiert ist und diejenigen Grundsätze enthält, welche innerhalb des Kreises der "Deutschen Reformation" als für das Wesen des Protestantismus entscheidend anerkannt sind⁴⁾.

Für Evangelische aus der EKU, die in den Bereich einer lutherischen Landeskirche ziehen, ist die Entscheidung des LVG

- 1) Dafür enthält dieser Beschluß noch weitere Hinweise, wie die Frage des Bekenntnisses gründlich und entschlossen in Angriff genommen werden kann; Niesel, Bekenntnissynoden, S.35.
- 2) Friedrich, S.344; Voigt, S.215; Wolf, Ordnung, S.405.
- 3) v. Rosen-v. Hoewel-Kühn, S.149.
- 4) VG Düsseldorf, KirchE 2/137; VG Kassel, KirchE 3/274; Bundesfinanzhof, ZevKR 1962-63/326; Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, ZevKR 1951/220.

Hannover vom 10. April 1951 von besonderer Bedeutung¹⁾.

"Es kann bei einem Christen aus Westpreußen davon ausgegangen werden, daß er nach den Lehrsätzen des lutherischen Katechismus konfirmiert worden und somit Angehöriger der in der EKU zusammengeschlossenen Landeskirchen lutherischen Bekenntnisses geworden ist.

Zwischen der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover und der EKU besteht aber, wie aus den Bestimmungen der Verfassung beider Kirchen und aus ihren Dogmen zu ersehen ist, eine solche Wesensgleichheit, daß die Angehörigen beider Kirchen nicht als Mitglieder verschiedener Religionsparteien im Sinne des Kirchenrechts angesehen werden können. Die Angehörigen beider Kirchen sind Glaubensgenossen."²⁾

Es überrascht merkwürdigerweise niemand, daß in den Steuerangelegenheiten selbst die Kirchenregierungen nur formaljuristische Thesen vortragen und damit die Einheit aller Evangelischen begründen³⁾ und die gleichen Kirchenregierungen - jedenfalls durch ihre leitenden Mitarbeiter - im theologischen Schrifttum von einer unüberwindlichen Kluft sprechen.

4. Theologischer Streitstand

Kritik und Befürwortung der EKU entzündeten sich nicht so sehr an juristischen Problemen, als vielmehr am theologischen Verständnis. Bereits oben wurden die wesentlichen Punkte der Kritik angedeutet: nach einer Meinung ist die Union keine Kirche, nach anderer Ansicht ist in ihr ein drittes Bekenntnis entstanden⁴⁾. Im kirchenrechtlichen Schrifttum werden mit der gebotenen Zurückhaltung die folgenden Ansichten vertreten:

1) LVG Hannover, KirchE 1/155

2) Das Preußische Oberverwaltungsgericht hatte seine Entscheidung anders begründet. Während dort auf das Bekenntnis der einzelnen Gemeinde abgestellt wurde, erfolgt hier die Begründung vom Bekenntnis der Kirche her.

3) In den Unionskirchen dagegen ist diese Begründung legitim.

4) Siehe oben S. 111.

Die Behauptung, daß die Union ein drittes Bekenntnis, eine dritte Kirche sei, geht auf Stahl zurück¹⁾. Dieser Auffassung hat sich auch Grundmann angeschlossen²⁾. Diese Ansicht wird, soweit ersichtlich, sonst nicht mehr aufgegriffen. Aber auch Bredt³⁾ meint, daß sich zwar nicht rechtlich, aber doch tatsächlich ein drittes Bekenntnis entwickelt habe.

Im theologischen Schrifttum wird vielfach die Ansicht vertreten, die Union dürfe nicht beanspruchen, sich Kirche zu nennen. In dieser Form war diese Aussage in der kirchenrechtlichen Literatur nicht zu finden. Vielmehr wurde dort mehrfach betont, daß es sich hier um einen neuen, eigenen Kirchentypus handle⁴⁾. Im Gegensatz zu Stahl äußert Beckmann, daß die Unionen keineswegs so etwas wie eine neue evangelische Kirchengemeinschaft und auch nicht so etwas wie eine dritte protestantische Konfession bilden⁵⁾.

Diese Hinweise lassen im wesentlichen die von den Bekenntnissen her geäußerten Ansichten erkennen.

a) Auffassungen der VelKD und der EKU

Von lutherischer Seite wird immer wieder behauptet, daß die Union keine Kirche sei. Dafür kann als zugespitzte Äußerung in neuerer Zeit die Erklärung von Bischof Meiser gelten⁶⁾: "Die Verantwortung für die reine Predigt des Evangeliums und die rechte Verwaltung der Sakramente, die allein die Kirche Jesu Christi bauen und erhalten, treibt uns in dieser für die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union entscheidungsschweren Stunde, ihrer in Fürbitte zu gedenken und in allem Freimut auszusprechen, was uns im Hinblick auf das vorgelegte Verfassungswerk der APU mit Besorgnis erfüllt.

1) S.421; er übte schärfste Kritik an der Union und seine Argumente werden auch heute noch vorgetragen.

2) Grundmann, S.129

3) Band I, S.149

4) Wolf, Ordnung, S.405 nennt sie ebenfalls Bekenntniskirchen; Holstein, S.144 nennt sie Konfessionskirchen.

5) Beckmann, Einheit, S.7

6) KJ 1951/48-50; siehe auch Brunner, S.36 ff.

Es fällt uns das nicht leicht, denn die theologische und kirchenrechtliche Konzeption, die dem überreichten Entwurf zugrunde liegt, ist der der Vereinigten Lutherischen Kirche genau entgegengesetzt. Nach der vorgelegten Ordnung bleibt unklar, als was die APU sich selbst versteht. Erhebt sie den Anspruch, Kirche im eigentlichen Sinn zu sein? Dagegen spricht, daß sie keine klare Bekenntnisgrundlage hat und keine kirchenleitenden Befugnisse ausübt. Ist sie ein Kirchenbund? Das Wort wird peinlich vermieden. Der eingeführte Begriff "Gemeinschaft im Dienste des Evangeliums" ist rechtlich unklar, unbestimmt und jeder Auslegung zugänglich. Wir halten diese undurchsichtige Selbstaussage nicht für die tragfähige Grundlage einer Kirche. Uns bewegt dabei besonders die Sorge, welche Wirkung die geplante Neuordnung auf das Zusammenleben der Gliedkirchen innerhalb der EKD haben muß."

Die Unierten erklären, daß es sich bei den Unionen nur um einen anderen Kirchentypus handle. Die Antwort auf die Erklärung von Bischof Meiser durch Präses Kreyßig macht das besonders deutlich¹⁾: "Die evangelische Kirche der Union hat niemals aufgehört zu existieren... Was macht eine Glaubensgemeinschaft zur Kirche? Sie haben mit Ihrem Brief darauf an einer Stelle die allein zutreffende Antwort gegeben, wenn Sie sagen, daß allein die reine Predigt des Evangeliums und die rechte Verwaltung der Sakramente die Kirche Jesu Christi baue. Von dieser unabdingbaren Aussage über das Wesen der Kirche weichen Sie aber nach unserem Urteil selbst ab, wenn Sie im weiteren Verlauf Ihres Briefes ausführen, daß das Bekenntnis entscheidend für die Existenz jeder Kirche ist... Angesichts der Grundartikel wird man nicht sagen können, daß die evangelische Kirche der alt-preußischen Union kein Bekenntnis habe. Ihren Darlegungen liegt die Auffassung zugrunde, daß zur Einheit der Kirche bis auf den Buchstaben gleiche Bekenntnisschriften gehören. Eben darin aber sehen wir eine verhängnisvolle Verengung und Mechanisierung des Bekenntnisses zu Jesus Christus sowie

1) KJ 1951/51-56; RKZ 1951, Sp.252 ff.

eine Wertung des Bekenntnisses gegenüber der Heiligen Schrift, die zu einer Erstarrung der Kirche führt. Wir können die Aussagen der Bekenntnisschriften der Lutherischen Kirche nur so verstehen, daß das Bekenntnis zu Jesus Christus mehr ist als die Summe der theologischen Lehraussagen über ihn. Die in der APU zusammengeschlossenen lutherischen, reformierten und unierten Gemeinden haben damit denselben Schlüssel zur Heiligen Schrift und sind im Entscheidenden ihres Schriftverständnisses und ihres Zeugnisses von Christus einig. Dieses Einssein ist die Begründung der in der APU vorhandenen Abendmahlungsgemeinschaft."¹⁾²⁾

b) Auffassung der Reformierten

Von reformierter Seite wurde der Ruf nach der Einheit der Kirche der Reformation besonders eindringlich vorgebracht³⁾. Das sprechen die folgenden Sätze Calvins deutlich aus: "Ich werde keine Mühe und Arbeit scheuen, damit die weit auseinanderliegenden Kirchen zusammengefügt werden; ich will, soweit es auf mich ankommt und soweit man mich dazu (zur Herbeiführung der Einheit) brauchen sollte, es mich nicht verdrießen lassen, sogar zehn Meere zu durchqueren."⁴⁾

Die reformierten Stimmen betonen auch heute noch, daß sie angesichts aller Schwierigkeiten⁵⁾ an den Unionen festhalten wollen. "Diesmal mußte das Verhältnis des Bundes zu den Unionskirchen und seiner Tätigkeit in diesen erwogen werden. Trotz aller Verluste, die die Reformierten durch die Union erlitten haben, sehen sie in ihr nicht eine Belastung

1) Damit war der Briefwechsel noch nicht abgeschlossen. Es folgte eine ausführliche Entgegnung von Bischof Meiser, die nicht mehr beantwortet wurde, da eine Annäherung der Standpunkte durch die Fortführung des Briefwechsels aussichtslos erschien. Diese Entgegnung ist abgedruckt in KJ 1951/57-62; RKZ 1951, Sp.409.

2) Ebenso Gollwitzer, KidZ 1956/25.

3) Dazu: Steup RKZ 1953, Sp.412 ff. und 439 ff.; Barth, Bekenntnisunion, S.16 ff.

4) Zitiert bei Bohatec, S.633.

5) Siehe dazu den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs auf der Hauptverhandlung des Reformierten Bundes in Göttingen (1963), S.13-15.

und Erschwerung ihres Dienstes für die Kirche Jesu Christi. Wir wünschen auch nicht ihre Beseitigung. Wir sind gern zu jeder Mitarbeit bereit, aber wir wollen nicht überfahren werden und haben daher unsere Verantwortung für jede reformierte Gemeinde wahrzunehmen."¹⁾

Damit im Einklang stehen die Äußerungen der reformierten Gemeinden in Berlin-Brandenburg²⁾. So schreibt das Moderamen zur Einführung der neuen Agende: "Das Moderamen bekundet mit der Freistellung des Gebrauchs der neuen Agende seinen Willen, an der Union festzuhalten und soweit als möglich die Gemeinschaft mit den nichtreformierten Gemeinden zu pflegen."³⁾

II. Gegenwärtige Aufgliederung der Union in Berlin-Brandenburg

1. Theologische Aussagen

a) Rechtsgestalt der Kirche

Das Wort "Kirche" erscheint mehrfach in der Grundordnung. Der Sinngehalt ist jedoch davon abhängig, ob diese Bezeichnung im Vorspruch und in den Grundsätzen oder in den verschiedenen Artikeln selbst erscheint. In den einzelnen Artikeln wird entsprechend Artikel 1, der die Kirche formal-territorial bestimmt, dieses Wort in seiner rechtlichen Bedeutung verstanden. Kirche ist dann die Gesamtheit der Gemeinden.

Ein geistliches Verständnis von der Kirche beinhaltet der Vorspruch und die Grundsätze. Gegenüber allen kritischen Äußerungen wird im Vorspruch zur Grundordnung bezeugt, daß die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg in der Einheit der einen heiligen, allgemeinen christlichen Kirche steht. Es bestand nie Zweifel darüber, daß es sich auch ohne gleich-

1) Arbeitstagung des Moderamens des Reformierten Bundes vom 15.-16. Januar 1951, RKZ 1951, Sp.55.

2) Kritisch zur gegenwärtigen Entwicklung: Manoury, RKZ 1954, Sp.197.

3) Richtlinien zur neuen Agende, KABl.1962/30.

lautendes Bekenntnis der in ihr verbundenen Gemeinden um eine echte Kirche handle¹⁾. Bei den Beratungen der Grundordnung wünschten einige Synodale das lutherische Element stärker betont; diese Bestrebung hat sich nicht durchgesetzt²⁾.

Über das Verhältnis dieser beiden Kirchenbegriffe sagt Artikel 2, daß die Ordnung der evangelischen Kirche mit der im Vorspruch gegebenen Grundlage übereinstimmen muß³⁾.

Der Gedanke der Union kommt durch das in Ziffer 4 Abs.4 gebrauchte Wort "gemeinsam" und durch den Wortlaut der Ziffer 7 des Vorspruchs hinreichend zum Ausdruck. Das Wort "Union" wird in den Ziffern nicht ausdrücklich genannt⁴⁾. Jede Entschließung - ob Einschränkung oder Erweiterung - der Kirche,

1) Zum Selbstverständnis der EKU als Kirche: Kuhn, ZevKR 1962-63/270.

2) Als ein Beispiel dazu siehe die Ausführungen zur Bischofswahl, oben S.101.

3) Diese Aufgliederung erinnert an G.Holstein, S.259 ff. Selbst beteiligt an der Verfassung von 1922 hatte er in seinem Kirchenrechtslehrbuch nicht nur die Grundlage und die Begründetheit für die Kirchen, sondern auch im besonderen für die Unionen aufgezeigt.

4) Die Gedanken des Verfassungsausschusses zur Frage der Union faßt Böhm, Verhandlungen, S.48 ff. folgendermaßen zusammen: "Wir sind uns alle bewußt, daß die Union so, wie sie uns von unseren Vätern überliefert ist, und mit dem Ansatz, den sie im vergangenen Jahrhundert gehabt hat, heute in mancherlei Weise in Frage gestellt ist und daß wir dieses Infragegestelltsein auch dahin verstehen müssen, daß wir hier ganz neu, auch theologisch, an dieser Frage zu arbeiten haben, um hier eventuell zu einer Antwort zu kommen."

Auf der anderen Seite sind wir uns alle einig in dem großen Dank gegen die Führung Gottes, der uns Lutheraner und Reformierte in über hundert Jahren zu gemeinsamem Leben und Dienst zusammengeführt hat, so daß in diesem langen Zusammenleben beide viel voneinander gelernt haben, sowohl, was die Verkündigung, wie auch, was die Ordnung der Kirche anlangt. Aus diesen beiden Überlegungen ergibt sich dann die doppelte Aufgabe, die auch unserer Ordnung gestellt ist: nämlich entsprechend der Infragestellung der Union unsere Ordnung so zu gestalten, daß sie einer freien Entwicklung der Bekenntnisse in unserer Kirche Raum gibt."

"Sie muß allen freie Bahn geben, ohne daß damit die Gemeinsamkeit des Zusammenlebens und -wirkens berührt wird. Dieser Doppelpoligkeit des Problems will die Grundordnung gerecht werden."

die das Miteinander der verschiedenen Bekenntnisgemeinden zum Inhalt hat, wird an Ziffer 7 des Vorspruchs zu prüfen sein. Dieser Satz ruft alle Organe auf, auf seine Konkretisierung hinzuwirken.

b) Bekenntnisbegriff

aa) Aussagen in der Grundordnung

Das Wort "Bekenntnis" kommt in der Grundordnung, wie es bei einer weitgehend von den theologischen Vorstellungen der Bekenntenden Kirche geprägten Ordnung nicht verwunderlich ist, außerordentlich häufig vor. Es hat aber nicht in allen Bestimmungen, in denen es verwendet wird, dieselbe Bedeutung. In der Grundordnung wird dieser Begriff teils im Plural, teils aber auch im Singular gebraucht. Vorspruch und Grundsätze sprechen fast ausnahmslos von den Bekenntnissen, von den Bekenntnisschriften. An einer Stelle heißt es, daß die Kirche sich verpflichtet weiß, "das Bekenntnis ihrer Gemeinden zu schützen"¹⁾. Nachdem in der gleichen Ziffer des Vorspruchs die lutherischen und reformierten Bekenntnisschriften aufgezählt worden sind, kann ein uniertes Bekenntnis damit nicht gemeint sein. Darunter wird wohl der Bekenntnisstand aller Gemeinden der Kirche²⁾, beziehungsweise ein Terminus für die Einheit in der Unterschiedenheit zu verstehen sein.

Uneinheitlich ist der Sprachgebrauch in den Artikeln selbst³⁾. Während an fünf Stellen vom "reformierten Bekenntnis" gesprochen wird, steht dieses Wort ohne nähere Bestimmung sonst im Singular. Damit ist dann einmal ein besonderer, reformatorischer Bekenntnisstand gemeint, zum anderen auch der Bekenntnisstand im allgemeinen.

1) Vorspruch 4 Abs.4; siehe auch Grundsätze, Ziff.2 Abs.3.

2) Böhm, Verhandlungen, S.46; siehe auch die Überschrift des Vorspruchs: Von Schrift und Bekenntnis.

3) Artt.5, 10, 11, 18, 22, 40, 44, 70, 86 (130), 106, 126, 134, 139, 150 GO.

bb) Aussagen in den Lehrverpflichtungen
und Gelübden 1)

In den Lehrverpflichtungen, den verschiedenen Formen der Gelübde und den Anstellungsvoraussetzungen wird die Bekenntnisverpflichtung in verschiedener Art und Weise hervorgehoben.

Gegenüber unterschiedlichen früheren, mißverständlichen Regelungen bekennen die Geistlichen in der Ordination die altkirchlichen Symbole und bezeugen das rechte reformatorische Kirchenverständnis in den

lutherischen Bekenntnisschriften
reformierten Bekenntnisschriften
reformatorischen Bekenntnisschriften²⁾.

Sie stehen zur Theologischen Erklärung von Barmen.

Die Kirchenmusiker anerkennen die "Bekenntnisgrundlage" der EKV. Die Katecheten sind an die Heilige Schrift und an die in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg geltenden Bekenntnisse gebunden und der Konsistorialpräsident und die nichttheologischen Mitglieder des Konsistoriums erfüllen ihre Arbeit in Bindung an die Heilige Schrift und das Bekenntnis der Kirche.

Die Ältesten im Gemeindekirchenrat (Presbyterium), Kreis- und Provinzialsynode geloben, das Amt sorgfältig und treu dem Worte Gottes, dem Bekenntnis und den Ordnungen der Kirche gemäß zu verwalten.

Als Voraussetzung für den kirchlichen Verwaltungsbeamten wird genannt, daß er der evangelischen Kirche angehört und sich zu Wort und Sakrament hält.

Für die Gemeindegliederin wird kein Bekenntnisvorbehalt angeführt.

Es werden also hierbei Worte gebraucht wie Bekenntnisschriften, Bekenntnisgrundlage, geltende Bekenntnisse und das Bekenntnis. Scheinbar bestehen hier Widersprüche. Die sorg-

1) Zur geschichtlichen Entwicklung der Lehrverpflichtung seit 1817: Adam, ZevKR 1962-1963, S.190 ff.

2) Siehe oben S. 59 Anm.2.

fältigste Unterscheidung wird bei den Geistlichen gemacht, während bei den anderen Diensten von einem Bekenntnisvorbehalt in unterschiedlichem Umfang Gebrauch gemacht wird. Werden die Anforderungen und Unterscheidungen immer geringer, je unbedeutender der Auftrag wird? Oder ist darin eine juristische Spitzfindigkeit zu sehen, die aus unterschiedlichen Formulierungen auch einen verschiedenen Gehalt herauslesen will? Offensichtlich handelt es sich nur um ein Versehen bei der Formulierung der Gesetze, daß die Verpflichtung auf das Bekenntnis nicht einheitlich geregelt worden ist.

2. Grundlinien gegenwärtiger Unionsverfassung

Für die gegenwärtige Gestalt der Union in Berlin-Brandenburg lassen sich folgende Grundlinien erkennen:

Es besteht ein partieller Konsensus. Die Heilige Schrift, die altkirchlichen Symbole gelten in allen Gemeinden; sie stellen sich alle auf den Boden der Barmer Theologischen Erklärung.

Gemeinsame Gottesdienstordnung unter Berücksichtigung des reformierten Bekenntnisses.

Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Gemeinsame Gemeindeordnung unter Berücksichtigung und Anerkennung der durch das reformierte Bekenntnis geforderten Ordnung.

Gemeinsame Kirchenleitung, aber mit dem Moderamen als geistlichem Leitungsamt.

Gemeinsames Dienstrecht und gemeinsame Rechtspflege.

Gleichheit und Unterschiedenheit wechseln miteinander ab, doch entwickelt sich jede Unterschiedenheit von einer gemeinsamen Bestimmung in den Ordnungen her. Welche Elemente sind von größerer Bedeutung und darum mehr zu betonen? Entsprechend dieser Abgrenzung fällt die rechtstheologische Begriffsauffassung der Union aus.

3. Ergebnis

Jede Unionskirche steht in einem Spannungsfeld zwischen Konfessionalismus und Unionismus mit dem Bekenntnis als Scheidewand. Das sind die beiden wichtigsten, aber nicht die einzigen Pole. Wenn auch von geringerer Bedeutung, aber nicht ohne Entschiedenheit wird im Schrifttum und auf den Synoden über Kultus, Ordnung und weitere kirchliche Lebensäußerungen diskutiert. Zwar sind auch sie bekenntnisbezogen und somit Teil jenes oben genannten Spannungsfeldes, aber sie führen doch wiederum ein so selbständiges Leben, daß gerade dort ständig neue Gegensatzpaare entstehen und andere wieder untergehen. Um die Vielfalt der Möglichkeiten der Ordnungen auszudrücken, genügt die Aufteilung in Verwaltungs-, Kultus-, Konsensus- und Bekenntnisunion nicht. Sie zeigen immer nur eine von den gegenwärtigen Lagen, umfassen aber nicht alle Ordnungsbereiche. Zur Bezeichnung des Formenreichtums sind sie untauglich, sie genügen nur für eine Orientierung. Diese Begriffe sind vielfach mehr beschreibender Natur und beschränken sich überwiegend auf äußere Merkmale. Es mangelt nur zu oft jeder theologischen Rechtfertigung.

Jede Union als eine Gemeinschaft des kirchlichen Lebens ist Bekenntnisausgleichung. Der Begriff der Union ist kein statischer¹⁾. Jede Ordnung, jede Zeit hat Umfang und Wesen neu zu bestimmen. So wie die Union in den Landeskirchen unterschiedlich gestaltet ist, so wandelt sie sich dynamisch in der Zeit innerhalb der Kirche. Die veränderte Betonung der kirchlichen Elemente führt zu einer ständigen Akzentverschiebung, so wie in der Gegenwart deutsch- und französisch-reformierte Gemeinden in unterschiedlichem Umfang sich auf Sonderordnungen berufen. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ist in der Gegenwart keine ausschließliche Verwaltungs-, Kultus- oder Bekenntnisunion, sondern sie vereinigt Elemente dieser Unionstypen in sich.

1) Benn, ZevKR 1952-53/312 meint, daß es in der Union nichts Neues gebe; anders Kuhn, ZevKR 1962-63/275.

4. Rechtsfolgen

Die Stellung der einzelnen Gemeinden innerhalb der Union bedeutet Freiheit und Bindung. Zwei Entwicklungen führten in Preußen zur Union. Die eine begann mit der befohlenen Toleranz zwischen den Konfessionen und führte zur Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft. Die andere brachte die gemeinsame Verwaltung und Kirchenordnung. Der weitere gemeinsame Weg sollte zu einer Bekenntnisunion führen.

Die französisch-reformierten Gemeinden sind der Union nie beigetreten und dennoch sind sie Mitglieder der Landeskirche¹⁾. Der Nichtbeitritt dieser Gemeinden bedeutete nach dem Unionsaufruf, daß sie nicht Glied des Kirchenkörpers werden wollten, dessen Tendenz auf die Schaffung einer Bekenntnisunion gerichtet war. Sie wollten keine Veränderung des traditionell-historischen Bekenntnisstandes.

Nach dem Fortfall des Summepiskopats kann nicht mehr zwischen geistlichen und rechtlichen Angelegenheiten in der Kirche unterschieden werden. Alle Leitung ist an das Bekenntnis gewiesen und darf ihm nicht widersprechen. Eine Gemeinschaft von Gemeinden, die diese Trennung streng durchführen will, ist eine "Doppelkirche"²⁾.

Der Weg zu einer solchen Aufteilung zurück ist nicht mehr gangbar. Eine gemeinsame Leitung und der Verlust jeder kirchlichen Gemeinschaft in einer Union sind vom Bekenntnis her nicht zu rechtfertigen. Der frühere Einspruch der reformierten Gemeinden gegen die Union wird in dem Augenblick wieder aktuell, in dem die Landeskirche für alle Gemeinden eine Ordnung schafft - sei es lutherisch oder in einem mißverstandenen Maße uniert -, die dem reformierten Bekenntnis widerspricht. In diesem Fall müßten die Gemeinden aus der Landeskirche austreten, also auch die gemeinsame Verwaltung mit ihr aufgeben. Wie sich dieser Entschluß rechtlich zu vollziehen hat, bleibt wegen Fehlens einer entsprechenden

1) Pr.OVG 46/163; eine ähnliche Rechtslage besteht bei den anderen reformierten Gemeinden, Marsson, S.95.

2) Engelhardt, ZevKR 1961-62/385 Anm.32; Liermann, Kirchenrecht, S.41; Marsson, S.43.

Regelung in der Grundordnung unklar¹⁾.

Es wird schwierig sein, diesen Augenblick zu bestimmen.

"Das ist keine Rechtsentscheidung, sondern eine Entscheidung eigener Art, die hier, wenn auch nicht voll zutreffend, als Lehrentscheidung bezeichnet werden mag."²⁾ Die Evangelische Kirche weiß sich verpflichtet, ihre Bekenntnisse immer wieder an der Heiligen Schrift zu prüfen und in Lehre und Ordnung gegenwärtig und lebendig zu erhalten³⁾. Auch das Modereamen mit seinen Gemeinden wird immer wieder zu prüfen haben, ob eine Regelung auf Grund einer verpflichtenden biblischen Weisung oder so nur aus historischen Gründen besteht. Jede Prüfung und Entscheidung wird im Hinblick auf die gemeinsame protestantische Glaubensgrundlage auch daraufhin erfolgen müssen, daß die Väter der reformierten Gemeinden sogar unter Opfern die Einheit der Kirche wollten.

Ecclesia reformata semper reformanda. Die Kirche der Reformation aus einer "Bewegung" entstanden, muß immer "unterwegs" bleiben, darf niemals in festen Formen "historisch" werden. Sie ist eine Gemeinschaft der Erneuerung. Auch das muß sich in ihrer "Rechtsgestalt" zeigen⁴⁾.

1) In der RKZ findet sich der Hinweis, daß die Gemeinde Deutsch-Sorno aus der Landeskirche austreten wolle und die Gerichte darüber zu entscheiden hätten. Nach einer Mitteilung des Konsistoriums ist in dieser Angelegenheit nie entschieden worden, da der Pfarrer sein Amt während des Verfahrens zur Verfügung stellte.

2) Benn, ZevKR 1962-63/176

3) Vorspruch 6

4) Wolf, Niemöller-Festschrift, S.260.

A n h a n g

Die zu Berlin am 30. November 1949 zusammengetretene französisch-reformierte Kreissynode gibt dem französisch-reformierten

Kreiskirchenrat

die nachstehende

O r d n u n g

§ 1

Der Kreiskirchenrat besteht aus

- a) dem Präses der franz.-ref. Kreissynode,
- b) 2 weiteren Pfarrern
- c) 3 Ältesten

Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt.

Den Vorsitz führt der Präses der franz.-ref. Kreissynode, im Falle seiner Behinderung ein vom Kreiskirchenrat zu bestimmender Pfarrer, der ordentliches Mitglied des Kreiskirchenrates ist. Aus dem Kreis der Ältesten ist einer zum Sekretär zu bestimmen.

§ 2

Die Wahl erfolgt durch die franz.-ref. Kreissynode, bei der einfache Mehrheit entscheidet. Sofern 1/3 der anwesenden Mitglieder der Synode dies beantragt, muß die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgen. Der Antrag kann auf die Wahl einzelner Mitglieder beschränkt werden.

§ 3

Die Amtszeit währt bis zur Neuwahl des Kreiskirchenrates durch die nächste Kreissynode.

Die bisherigen Mitglieder des Kreiskirchenrates sind auch im Falle ihrer Nichtwahl zur Teilnahme an der nächsten Kreissynode berechtigt, jedoch ohne Antrags- und Stimmrecht.

§ 4

Der Kreiskirchenrat wird durch den Vorsitzenden und den Sekretär (bzw. durch die Stellvertreter) nach außen hin vertreten.

§ 5

Zu jeder Sitzung des Kreiskirchenrates sind auch die Stellvertreter einzuladen. Sie haben Rede- und Antrags-, aber kein Stimmrecht, falls der von ihnen zu Vertretende anwesend ist.

§ 6

Die Beschlüsse des Kreiskirchenrates werden mit Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 7

Der Kreiskirchenrat ist beschlußfähig, wenn mindestens der Vorsitzende und der Sekretär bzw. ihre Stellvertreter und ein weiteres Mitglied oder dessen Stellvertreter anwesend ist.

§ 8

Der Kreiskirchenrat wird von dem Vorsitzenden in der Regel einmal im Vierteljahr einberufen. Er muß einberufen werden, wenn zwei Mitglieder oder das evangelisch-reformierte Moderamen dies unter Angabe der Tagesordnung verlangen.

§ 9

Über die Sitzungen ist ein Protokoll anzufertigen, nach Schluß der Sitzung zu verlesen und vom Vorsitzenden und Sekretär zu unterzeichnen.

Jedes Mitglied hat Anspruch auf eine Protokollabschrift und eine solche ist auch dem Moderamen zu erteilen.

§ 10

Die Mitglieder des Kreiskirchenrates unterliegen der Schweigepflicht im Rahmen des Art.151 der Grundordnung.

Lebenslauf

Am 16. April 1939 wurde ich als zweites Kind des Verkehrsmeisters Johannes Zastrow und seiner Ehefrau Martha, geb. Ewert in Berlin-Tegel geboren.

Nach dem Besuch der 21. Volksschule (Alfred-Brehm-Schule) in Berlin-Tegel trat ich zu Ostern 1952 in die Gabriele-von-Bülow-Schule ein. Am 2. März 1959 legte ich an dieser Schule die Reifeprüfung ab. Nach dem Abitur studierte ich Rechtswissenschaft an den Universitäten Freiburg i. Br. und Berlin. Nach einem Studium von acht Semestern bestand ich am 27. November 1963 vor dem Justizprüfungsamt Berlin das Referendarexamen. Seit dem 20. Mai 1964 befinde ich mich im juristischen Vorbereitungsdienst im Kammergerichtsbezirk.

